Enver Hoxha über die jugoslawische „Selbstverwaltung" S. 9
1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 20 vom 15. Mai 1981 15. Jahrgang 1 DM



Friedensdemonstrationen fanden in der vergangenen Woche in vielen Städten der Bundesrepublik statt (unser Bild zeigt eine Aktion in Bremen). Der unmittelbare Anlaß für diese Demonstrationen bildete zumeist die 36. Wiederkehr des Tages der Befreiung vom Faschismus. Die mit Abstand größte Demonstration erlebte Westberlin. 50000 gingen hier am vergangenen Freitag auf die Straße, um gegen Aufrüstung und Militarismus zu protestieren. (Berichte über die Friedensdemonstration auf Seite6.)

Westberlin: Hohe Verluste für Koalition

CDU hat keine Regierungsmehrheit

AL drittstärkste Partei

WESTBERLIN. — Trotz großer Verluste der beiden Koalitionsparteien SPD und FDP konnte die CDU bei den Wahlen zum Westberliner Abgeordnetenhaus nicht die angestrebte absolute Mehrheit erringen. Die Alternative Liste (AL) konnte ihren Stimmenanteil auf 7,4 Prozent verdoppeln; sie wird mit neun Sitzen die drittstärkste Fraktion im neuen Abgeordnetenhaus sein und auch einen Vertreter in den Bundestag entsenden können.

Weder die CDU noch die SPD/FDP-Koalition verfügen jetzt über eine Mehrheit zur Bildung einer neuen Regierung. Bürgermeister Vogel hat es noch in der Wahlnacht abgelehnt, sich mit den Stimmen der AL erneut zum Regierungschef wählen zu lassen. Damit hat er das Feld geräumt und den CDU-Kandidaten Weizsäcker die Initiative zur Bildung eines neuen Senats überlassen. Weizsäcker bemüht sich jetzt um eine Koalition mit der FDP, die allerdings mit der eindeutigen Aussage in den Wahlkampf gezogen war, keine gemeinsame Regierung mit der CDU zu bilden. Im folgenden veröffentlichen wir eine Stellungnahme der Sektion Westberlin unserer Partei zum Ausgang der Wahlen.

Keine Stimme der CDU! Stoppt den Vormarsch der Reaktion!

Unter dieser Stoßrichtung hat die KPD/Sektion Westberlin zu den Senatswahlen Stellung bezogen. In Berlin darf Strauß und Co. nicht gelingen, was im vergangenen Oktober in Bonn verhindert werden konnte.

Mit 47,9 Prozent der Stimmen hat die CDU nun auch in Westberlin ihr Ziel nicht erreicht. Es ist zwar gelungen, 3,5 Prozent der Stimmen auf Kosten der SPD/FDP-Koalition hinzuzugewinnen. Das reicht aber nicht für die absolute Alleinherrschaft aus.

Die Westberliner waren nicht so blind, wie diese Reaktionäre es gerne gesehen hätten. Viele haben zwar eindeutig der SPD/FDP-Koalition ihr Vertrauen entzogen. So hat die SPD nur noch 38,4 Prozent der Stimmen erhalten, 4,3 Prozent weniger als vor zwei Jahren. Und die FDP hat fast ein Drittel ihrer Wähler verloren und mit 5,6 Prozent nur noch knapp die Fünf-Prozent-Hürde genommen.

Das ist nicht verwunderlich bei der Politik des Westberliner Senats in den letzten Jahren. Nicht ein Problem dieser Stadt wurde im Interesse der Arbeiter und Werktätigen gelöst. Arbeitsplätze wurden massenhaft wegrationalisiert, nicht zuletzt durch die Subventionspolitik des Senats. Die Wohnungsmisere wurde nicht gelöst, die Warteliste bei den Kitas ist weiter gewachsen. Und der Senat war stets konkurrenzfähig in der Preistreiberei mit den anderen Unternehmern. So steht die Preissteigerung bei der BVG mit bis zu 20 Prozent nicht wesentlich hinter den Benzinpreisen zurück.

Die Alternative zu dieser Politik ist nicht das Programm der CDU, im Gegenteil. Mit dem liberal wirkenden Herrn von Weizsäcker zog die

Fortsetzung auf Seite2

Lohnrunde '81:

Damm gegen Reallohnabbau durchbrochen

Abschlüsse erheblich unter Teuerungsrate

DÜSSELDORF. — Nachdem die IGM-Bonzen in Sindelfingen grünes Licht für einen Tarifabschluß gaben, der ein ganzes Stück hinter der Teuerungsrate zurückbleibt, ist nun der gewerkschaftliche Damm gegen den Reallohnabbau insgesamt gebrochen. Bei Druck, Bau, Stahl und ÖTV folgten Abschlüsse, die teilweise sogar noch erheblich niedriger als der 4,9-Prozent-Abschluß in der Metallverarbeitung liegen.

Die IG-Druck-Führung akzeptierte einen Tarifabschluß von 5 Prozent für die Druckerei-Arbeiter. Im Baugewerbe stimmte die Große Tarifkommission dem skandalösen "Schlichtungsspruch" von 4 Prozent zu.

Besonders brutal verschaukelt wurden die Stahlarbeiter, die für neun Monate 4,3 Prozent und für Februar, März, April insgesamt 150 Mark Abschlagszahlung erhalten.

Die Tarifgemeinschaft der DGB-Gewerkschaften im öffentlichen Dienst stimmte für die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes einem Tarifabschluß von 4,3 Prozent ab 1. Mai zu; für die Monate März und April erhalten die Kollegen eine Abschlagszahlung von jeweils 120 Mark.

In folgenden großen Branchen waren die Lohnrunden bis Redaktionsschluß des „Roten Morgen" noch nicht beendet: Chemie, Textil- und Bekleidung sowie Handel und Banken. Hier müssen die Kollegen jetzt darum kämpfen, daß sie wenigstens nicht weniger als die Metaller und Druckereiarbeiter erhalten.

Um den jetzt begonnenen Abbau der Reallöhne künftig stoppen zu können, muß die klassenkämpferische Opposition gegen die DGB-Bonzen in den Gewerkschaften gestärkt werden. Das ist die Lehre des Verrats von Sindelfingen!

Diese Woche

Wahlen in Frankreich

Mitterand ist Präsident

PARIS. — Mit einem wesentlich deutlicheren Vorsprung, als ihn Giscard d'Estaing vor sieben Jahren gegenüber seinem Konkurrenten erzielte, konnte der Sozialdemokrat Mitterand am Sonntag die Präsidentenwahl für sich entscheiden. Etwa 52 Prozent der Wähler gaben ihm ihre Stimme.

Dieses Votum drückt deutlich die Hoffnungen der französischen Werktätigen, aus denen Mitterand seine Wählerschaft rekrutiert hat, auf grundlegende Änderungen in der Politik des Landes aus. Giscard erhielt die Quittung für die von ihm in unverhüllter Form betriebene kapitalistische Krisenpolitik, mit der den arbeitenden Menschen immer größere Lasten aufgebürdet wurden. Seine Versprechungen im Wahlkampf, er werde sich in seiner zweiten Amtsperiode für die Schaffung von Arbeitsplätzen einsetzen (etwa 1,7 Millionen Werktätige sind in Frankreich ohne Arbeit), nahm ihm niemand mehr ab.

Mitterands Wahlsieg wurde Sonntag Nacht in Paris und in anderen Städten von Hunderttausenden gefeiert, die zu Kundgebungen auf die Straße gingen. Die reaktionären bürgerlichen Medien jammerten, mit dem Machtantritt Mitterands sei der „Sozialismus" über Frankreich hereingebrochen. Tatsächlich aber wird — bei allen angekündigten Reformen — auch der neue Präsident eine Politik im Dienst des Kapitals durchführen. Bedeutende Änderungen wird es durch den Wechsel im Elysee-Palast auch auf internationaler Ebene nicht geben. Mitterand ist ein entschiedener Verfechter eines weiteren Ausbaus der französischen Atomstreitmacht und einer engeren Integration Frankreichs in die NATO.

II. Kongreß der Kommunistischen Jugend Deutschlands erfolgreich abgeschlossen!

ESSEN. — Für jemand, der nicht selbst am II. Kongreß des Jugendverbandes der KPD teilgenommen hat, war es auf der Abschlußfeier in Essen leicht zu spüren: Dieser Kongreß war erfolgreich! Die Stimmung, der Delegierten, die an der Abschlußfeier teilnahmen, zeigte dies in aller Deutlichkeit.

Und so stand denn auch die Abschlußfeier selbst von vorne herein in diesem Zeichen. Dazu kamen die kämpferischen Lieder des Sängers Eck und der Auftritt der Gruppe Elbe 1 — rundherum gelungen!

Der Kongreß selbst hatte nach gründlicher Diskussion zahlreiche wichtige Aufgaben erfüllt: Die Verabschiedung des Aktionsprogramms und der Satzung des kommunistischen Jugendverbandes, die Erarbeitung von Richtlinien für die Arbeit des Verbandes in der heutigen Jugendbewegung, der Beschluß über den neuen Namen des Verbandes — er wurde von Rote Garde in Kommunistische Jugend Deutschlands — geändert — schließlich die Wahl einer neuen Leitung des Verbandes.

So sind gute Grundlagen dafür gelegt, die kommunistische Jugendarbeit in der kommenden Zeit zu verbessern, gewonnene Positionen auszubauen und bisherige Mängel zu beseitigen.

Die ausländischen Delegationen aus Albanien, Canada, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Portugal, Spanien und der Türkei, die am Kongreß und der Abschlußfeier teilnahmen, äußerten sich ebenso wie die Teilnehmer optimistisch über die Perspektiven des Kampfes der KJD auf der Grundlage der Ergebnisse dieses Kongresses. (Der „Rote Morgen" wird in der nächsten Ausgabe näher auf den Kongreß eingehen.)



Die KJD (früher Rote Garde) in Aktion: Protestdemonstration gegen faschistische Provokationen in Dortmund.

Kommentar der Woche

Empörung in Bonn — man hat den Bundeskanzler beleidigt. Und nicht irgendwer, sondern der israelische Ministerpräsident Begin in Person brach da den gepflegten diplomatischen Stil.

Nun ist es natürlich so: Vom Standpunkt des Antifaschisten, des Kommunisten aus ist es nicht nur leicht verständlich, wenn ein Jude reaktionäre Entwicklungen und Nazi-Verwicklungen kritisert, vor allem und gerade in der Deutschen Bundesrepublik. Das ist das gute Recht aller Überlebenden der Nazi-Vernichtungslager.

Aber es ist ein schmutziges Spiel, das Herr Begin da treibt. Wenn der israelischen Regierung faschistische Umtriebe in der Bundesrepublik oder die faschistische Vorgeschichte bundesdeutscher Politiker wirklich Sorgen machen sollte, dann hätte die gesamte Geschichte der deutsch-israelischen Beziehungen nach 1945 anders ausgesehen.

Das schmutzige Spiel des Menachim Begin

Wo waren denn diese Skrupel oder Sorgen als man normale und dann sogar engste Beziehungen zur Bundesrepublik Adenauers aufnahm, dessen Chefeberater Globke schließlich einer der Hauptverantwortlichen der Nazi-Rassengesetze gewesen war?

Wo waren denn Skrupel und Sorgen, als man geheime Militärverträge mit der Bundeswehr in den 60er Jahren schloß, deren Generalität bekanntermaßen von jeher faschistisch durchsetzt war?

Wo war denn eine solche Haltung im Angesicht des Franz Josef Strauß und seiner reaktionären Mobilisierungskampagne in der Bundesrepublik?

Nichts war da, Fehlanzeige. Die Tatsachen sind es, die beweisen, daß es der israelischen Regierung nicht wirklich um die Sorge vor einem neuen Faschismus oder um den Kampf gegen den alten Faschismus geht. Das ist Taktik, damit wird nur operiert, das ist ein Spiel.

Und worum geht es Begin dann wirklich, worum geht es all jenen israelischen Politikern verschiedener Parteien, die ihm zugestimmt haben? Sie haben Angst. Angst vor der eigenen Isolierung. Denn heute, nach der Entwicklung der letzten Jahre, ist Israel nicht mehr alleinige Trumpfkarte des westlichen Imperialismus in Nahost. Zwar spielt es nach wie vor in den Plänen Washingtons eine große Rolle, aber da gibt es auch Sadats Ägypten, das Arabien der Saudis, die türkischen Militärs...

Die rassistische Politik, die die israelische Regierung ihrerseits gegen die Palästinenser betreibt, verliert allmählich die absolute Unterstützung — siehe die Initiativen der EG, siehe auch bestimmte Tendenzen in den USA und deren Waffenlieferungen an arabische Staaten.

Die Kräfteveränderungen nach der iranischen Revolution haben die arabische Reaktion für den USA- und den westdeutschen Imperialismus wichtiger gemacht. Diese aber muß, zumindest an der Oberfläche, eine antiisraelische Politik betreiben. Die Folge: Heute wird in Westeuropa über ein Existenzrecht für Palästinenser gesprochen.

In diese Veränderung paßt nun vor allem Begins Siedlungspolitik nicht ganz hinein, dadurch sieht dieser sich doppelt, in Israel selbst durch die katastrophale Wirtschaftslage, und international zusehends isoliert. Und mit ihm all jene, die ebenfalls für eine zionistische Politik Israels eintreten, wenn auch gemäßigter.

Und so ist es nicht nur ein Spiel, eine Taktiererei, die Begin da betreibt, es ist auch ein schmutziges Spiel

Er versucht mit der Pose des Verfolgten von den eigenen Verbrechen abzulenken. Nicht von seiner eigenen Vergangenheit als Bombenleger in arabischen Dörfern. Sondern von der rücksichtslosen, aggressiven Politik der israelischen Regierungen im Nahen Osten.

Natürlich stimmt es, daß das Interesse des westdeutschen Kapitals an Palästina aus dem Interesse am arabischen Öl geboren ist.

Aber: Wo stünde denn Begins Israel, dieser hypermilitarisierte Staat, ohne die täglichen Ströme an Dollars und Mark, die seine Bomben auf den Libanon finanzieren, seine Panzer im Golan rollen lassen?

Hier wird versucht, an die berechtigten Befürchtungen der Völker, u.a. der Juden, über die deutsche Reaktion — in der Vergangenheit wie in der Gegenwart — anzuknüpfen, um die eigene reaktionäre, völkermordende Politik fortsetzen zu können. Und das muß man Mit Fug und Recht ein schmutziges Spiel nennen.

Helmut Weiss

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

CDU hat keine Regierungsmehrheit

Fortsetzung von Seite 1

finsterste Reaktion gegen die Werktätigen in den Wahlkampf. Die CDU hat sich gar nicht erst großartig bemüht, sich ein demokratisches Mäntelchen umzuhängen. Sie hat sich ja offen für mehr „Recht und Ordnung" ausgesprochen, für rücksichtslosen Einsatz der Polizei zum Schutz der Unternehmer und Wohnungsspekulanten gegen die Werktätigen. Die absolute Mehrheit hätte wahrhaftig einen kräftigen Ruck nach rechts bedeutet, so wie sie es auf ihren Wahlplakaten angekündigt hat. Einen Ruck in Richtung auf ein neues '33.

Sieger bei dieser Wahl ist die Alternative Liste (AL). Sie konnte ihre Stimmen verdoppeln und hat mit 7,2 Prozent die FDP weit in den Schatten gestellt. Dies ist der Ausdruck der wachsenden Opposition gegen eine Senatspolitik, wie sie von der Koalition gemacht wurde, eine Absage von ungefähr 100000 Wählern an das Geschwätz und den Betrug der bisher etablierten Parteien, wie es tagtäglich im Abgeordnetenhaus stattfindet. Der größere Teil dieser Stimmen kommt von intellektuellen und kleinbürgerlichen Schichten, die nach einer angemessenen Vertretung im Parlament streben. Sie wollen eine gerechtere Verteilung der Ressourcen ohne das kapitalistische Gesellschaftssystem insgesamt in Frage zu stellen. Der kleinere Teil sind Protestwähler, die den bisherigen Senatsparteien mit ihrer Stimme erst mal eine Abfuhr erteilen wollten.

Dabei ist das Programm der AL zum großen Teil für die Werktätigen attraktiver als die anderen Programme. Allerdings ist bisher das Konzept der Arbeitsplatzsicherung in der Industrie und zum Erhalt des Friedens insbesondere für die Westberliner Arbeiter unannehmbar. Deshalb hat ja auch die Sektion Westberlin der KPD die Alternative Liste bei dieser Wahl nicht unterstützt. Aber eins ist klar: CDU, SPD und FDP werden es durch den Einzug der AL ins Abgeordnetenhaus schwerer haben, in altbewährter Weise ihre gegen die Werktätigen gerichtete Politik durchzuführen. Es kommt jetzt darauf an, die AL beim Wort zu nehmen, dafür zu sorgen, daß die Probleme der Werktätigen zumindest im Abgeordnetenhaus zur Sprache kommen. Diese Chance ist heute gegeben. Sie muß genutzt werden. Die Sektion Westberlin unserer Partei wird weiterhin überall mit der AL zusammenarbeiten, wo dies zum Nutzen der Westberliner Bevölkerung ist. Sie wird auch versuchen, auf das Programm Einfluß zu nehmen, um dort die Interessen der Arbeiter besser zum Tragen zu bringen.

Die Wahlbeteiligung liegt mit 85,5 Prozent ebenso hoch wie vor zwei Jahren, ein Zeichen dafür, daß es noch ein weiter Weg ist, bis die Massen den parlamentarischen Schwindel insgesamt durchschauen. Das ist eine der wichtigsten Aufgaben für unsere Partei in den nächsten Jahren. Von den 133 Mandaten im Abgeordnetenhaus erhält die CDU 65, die SPD 52, die AL neun und die FDP sieben Sitze. Diese Verteilung läßt heute noch offen, welche Koalition die Regierung antreten wird. Die CDU wird alles daran setzen, zu einer Koalition mit der FDP zu kommen, weil sie so weitgehend ihr reaktionäres Programm durchsetzen könnte. Auf jeden Fall besser als bei einer großen Koalition, die aber auch nicht ausgeschlossen erscheint. Für uns ist es im Augenblick das Wichtigste, daß die CDU nicht die absolute Mehrheit im Interesse des Finanzkapitals erreicht hat und damit der uneingeschränkte Rechtsruck erst einmal gebremst wurde.

Erneut höhere Rüstungsausgaben verlangt

Bonner Parteien streiten sich um angebliche „Lücke"

BONN. — Es wird weiter aufgerüstet! Immer neue Milliarden sollen in die Tresore der Rüstungsschmieden der Bundesrepublik (und der USA) fließen. Zu diesem Zweck werden alle Register gezogen. Eine konzentrierte Kampagne soll jetzt erneut eine — bisher unentdeckte — „Lücke" bekannt machen, die es nun gelte „nachzufinanzieren", in Bonn streitet man sich nur noch um die Summe.

In der letzten Woche wurden nun neue Fehlbeträge einmal mehr beim Tornado entdeckt, die Summe schwankt zwischen 450 und 600 Millionen Mark, die angeblich „auf Fehlbuchungen und Fehleinschätzungen" der Industrie zurückzuführen seien. Die CDU/CSU betonte am Wochende, ihrer Meinung nach seien es insgesamt drei Milliarden Mark, die an Rüstungsausgaben zugelegt werden müßten.

Die reaktionäre Presse spielt dazu die Begleitmusik: „Bild am Sonntag" fragt „Entwaffnet Bonn?" und hackt noch ordentlich auf der Treibstoff„lücke" herum, die allerdings schon eine Woche vorher dran war.

Man stelle sich einmal vor: Grozügig gerechnet fehlt also abermals eine halbe Milliarde für den Tornado. Erst vor wenigen Monaten waren es 700 Millionen, die fehlten. Macht innerhalb eines halben Jahres eine Steigerung von 2,1 auf 3,3 Milliarden Mark allein für das Tornadoprogramm.

Alles Resultate „falscher Berechnungen" wohlgemerkt! Man braucht sich in diesem Zusammenhang nur kurz daran zu erinnern, welches Gezeter der mehr als bescheidene Vorschlag einiger SPD-Abgeordneter hervorrief, die Verteidigungsausgaben um eine einzige Milliarde zu kürzen. Den ganzen Etat wohlgemerkt, nicht etwa nur den Tornadobereich.

Und man stelle sich weiter einmal vor, was in dieser doch angeblich so leistungsfähigen Industrieorganisation, die in der BRD besteht, mit einem Verantwortlichen passiert, der sich bei einem Betrag von 2,1 Milliarden um 1,2 Milliarden, also grob 60 Prozent, verrechnet.

Aber hier geht es eben nicht um „Fehlbuchungen und Fehleinschätzungen". Hier geht es darum, daß die Rüstungskonzerne nach Belieben ihre Preise diktieren und hochschrauben, daß sie sich ohne Einschränkungen — wie etwa bei Bestellungen festgelegte Preise — aus der Staatskasse bedienen können.

Die „Kleinigkeit" von 271 Millionen Mark soll außerdem mehr bezahlt werden müssen, aufgrund von Wechselkursänderungen zuungunsten der Mark. Nun hat man zwar noch nie etwas davon gehört, daß zu jenen Zeiten, als die Mark im Kurs ständig stieg, weniger bezahlt wurde, aber solche Rechnereien ist man ja heute schon von den Ölmultis gewohnt, man sahnt auch dabei ab.

So werden ganz unter der Hand neue Rüstungsmilliarden zusammengeschustert, die einzig und allein dem Streben des Großkapitals nach möglichst hohen Profiten aus der Rüstung dienen. Der Selbstbedienungsladen Staaskasse, von den reaktionären Kräften des Landes oft so angesprochen, wenn es um die sozialen Leistungen für die Werktätigen geht, hier ist er in Reinkultur.

Proteste gegen Ausbildungsbedingungen

Demonstrationen und Besetzungen der Studenten

BONN. — Ende vergangener Woche organisierten Studenten im ganzen Land Protestaktionen gegen Prüfungsbedingungen und Bafög-Kürzung. Aber diese Aktionen richteten sich auch gegen andere soziale und bildungspolitische Mißstände.

Die Medizinstudenten organisierten in Bonn eine zentrale Aktion gegen die skandalösen Prüfungsergebnisse, wegen derer rund 56 Prozent aller Kandidaten durchgefallen waren.

Vorlesungsboykotte gab es in Gießen, Mainz, Tübingen, Konstanz und Heidelberg. In anderen Städten wurden Universitätseinrichtungen vorübergehend besetzt und ebenfalls De monstrationen durchgeführt. Neben den Medizinerprüfungen galt der Protest vor allem den finanziellen Kürzungen im Hochschulbereich. In erster Linie dabei der abermaligen Verschiebung der Höchstförderungserhöhung im Bafög-Rahmen. Dies war ursprünglich für den Herbst dieses Jahres versprochen worden — jetzt soll sie auf das Frühjahr 1982 verschoben werden. Ziel der Proteste waren auch die im Rahmen der Hochschulpläne vorgesehenen Kürzungen der Länderausgaben für das gesamte Hochschulwesen.

Die Aktionen der Studenten in der letzten Woche waren dabei insgesamt gesehen so stark wie schon seit längerer Zeit nicht mehr. Denn sie wissen, daß sie genauso wie die Schüler Opfer der Rotstiftpolitik im Bildungsbereich sein sollen.

Erst Ende der letzten Woche wurde bekannt, daß nun auch in Nordrhein-Westfalen mehrere hundert junge Lehrer nicht eingestellt werden — während vier von fünf Junglehrern in Grundschulen gekürzte Lehraufträge bekommen.

Deshalb standen im Zentrum der meisten Aktionen solche Losungen, die sich gegen die staatlichen Kürzungsprogramme im Bildungsbereich zugunsten der Aufrüstungspolitik wendeten.



Studentendemonstration in Hamburg.

Kommunistischer Studentenverband gegründet

Am ersten Mai-Wochenende fand im Ruhrgebiet die Gründungskonferenz der Kommunistischen Studenten, des Studentenverbandes der KPD, statt.

Damit sind nun kommunistische Studenten in einem selbstständigen kommunistischen Verband zusammengefaßt.

Im Angesicht der erneut erstarkenden Studentenbewegung stehen vor dem KS große Aufgaben. Die Kämpfe der Studenten gegen ihre schlechte soziale Lage, gegen die reaktionäre Politik und Ideologie an den Hochschulen, gegen die Rotstiftaktionen des Staates im Bildungsbereich zugunsten der Rüstung ergeben für die kommunistischen Studenten ein breites Arbeits- und Kampffeld.

Die Diskussion über diese Lage und die Aufgaben, die sich dementsprechend dem Verband stellen, war denn auch das zentrale Thema des Gründungskongresses.

Fehler, die in der Vergangenheit in der Hochschulpolitik gemacht wurden, konnten aufgrund der Praxisnähe der Gründungsmitglieder intensiv diskutiert werden: denn fast die Hälfte der Gründungsmitglieder ist in Fachschaften und anderen Gremien der Hochschulen mit Funktionen betraut. So ist dies zwar ein gewisser Neuanfang, aber nicht vom Nullpunkt aus.

Mit einer eigenen Organisation, gewählter eigener Leitung, und versehen mit den auf der Gründungsversammlung gefassten Beschlüssen (über diesen Kongreß und die Arbeit der kommunistischen Studenten werden wir in einer der nächsten Nummern ausführlicher berichten) haben die Genossen an den Hochschulen eine gute Ausgangsposition für die kommenden Kämpfe.

Interview mit Annette Schnoor, Betriebsrätin bei Siemens /Witten

„Der Erfolg übertraf alle unsere Erwartungen"

Wir berichteten im letzten „Roten Morgen" über den großen Erfolg der oppositionellen „Belegschaftsliste" bei der Betriebsratswahl bei Siemens in Witten. Mit gut 50 Prozent der Stimmen im Arbeiterbereich bei insgesamt fünf konkurrierenden Listen erreichte die „Belegschaftsliste" mit weitem Abstand das beste Wahlergebnis. Angeführt wurde die „Belegschaftsliste" von der RGO-Betriebsrätin und Kommunistin Annette Schnoor, die bereits seit 1974 Betriebsratsmitglied im Wittener Siemens-Werk ist. In der vergangenen Woche hatte der „Rote Morgen" Gelegenheit, mit der Genossin Annette Schnoor ein Interview zu machen.

RM: Zunächst einmal herzlichen Glückwunsch zu Eurem großartigen Erfolg bei der Betriebsratswahl. Kannst Du als erstes kurz schildern, wie es zur Aufstellung eurer „Belegschaftsliste" gekommen ist?

Annette: Am Anfang haben wir versucht, eine Persönlichkeitswahl durchzusetzen, so wie es auch der Wunsch der großen Mehrheit der Belegschaft war. Dazu haben wir, das heißt die beiden RGO-Betriebsrätinnen, einen offenen Brief an den Vertrauensleutekörper der IG Metall geschrieben, in dem wir unsere Bereitschaft erklärten, die Persönlichkeitswahl zu ermöglichen. Im Dezember vergangenen Jahres haben wir dann für die Forderung nach Persönlichkeitswahl eine Unterschriftensammlung gemacht, die auch von IGM-Vertrauensleuten unterstützt wurde. Wir konnten rund 400 Unterschriften sammeln. Trotzdem wurde die Persönlichkeitswahl von „interessierten Kreisen" sabotiert. Als dies klar wurde, bemühten wir uns darum, eine oppositionelle Liste aufzustellen. Wir sprachen Kolleginnen und Kollegen an, die wir als fortschrittlich und kämpferisch kannten und organisierten mehrfach Treffs zur Aufstellung unserer Liste. Zunächst waren wir fünf Kolleginnen, die zur Kandidatur bereit waren. Infolge der undemokratischen Listenaufstellung bei der IGM-Liste stieß dann noch ein IGM-Vertrauensmann zu uns. Und danach entschloß sich noch eine Kollegin, mit uns zu kandidieren. So waren wir dann also sieben Kandidaten.

RM: Jetzt, wo es Fakt ist, daß Ihr neun Sitze im Betriebsrat übernehmen könntet, fragt man sich natürlich, ob es nicht möglich gewesen wäre, noch mehr Kandidaten zu bekommen.

Annette: Als die Liste bereits stand, zeigte es sich, daß wir eventuell noch zwei Kandidaten hätten dazugewinnen können. Wir wollten dann aber nicht wieder neu anfangen mit dem Unterschriftensammeln, weil nicht mehr viel Zeit war. Allerdings haben wir mit einem so hohen Stimmenergebnis nicht gerechnet. Hätten wir das geahnt, dann hätten wir die Liste trotz des Zeitdrucks noch einmal neu gemacht.

RM: Vor drei Jahren gab es eine RGO-Liste bei Siemens/Witten. Warum nicht auch diesmal?

Annette: Wir, das heißt auch die Betriebsgruppe der RGO, stellten uns für diese Betriebsratswahl das Ziel, den bisherigen Betriebsratsvorsitzenden Rein zu stürzen. Schon lange wollte die große Mehrheit der Belegschaft Rein nicht mehr als Betriebsratsvorsitzenden haben, weil dieser Mann mit allen Tricks im Interesse der Werksleitung arbeitet. Um Reins Sturz möglich zu machen, war es notwendig, eine möglichst breite Liste zu schaffen. Es war notwendig, die Opposition zu vereinen. Unsere Liste mußte also für jeden offen sein, der für eine Betriebsratspolitik eintritt, die sich tatsächlich an den Interessen der Belegschaft orientiert. Das wäre bei einer RGO-Liste nicht möglich gewesen. Nicht alle Mitglieder der Belegschaftsliste sehen die Notwendigkeit der RGO. Ich habe schon auf der Belegschaftsversammlung im vergangenen Jahr den Standpunkt vertreten, daß für den Fall, daß es zu keiner Persönlichkeitswahl kommen sollte, eine breite oppositionelle Liste notwendig ist, die für jeden offen ist, egal ob er rot oder grün oder welches Parteibuch er eventuell besitzt, Hauptsache er will einen Betriebsrat, der die Interessen der Belegschaft vertritt. Und immerhin ist Rein jetzt als Betriebsratsvorsitzender gestürzt. Die Belegschaft betrachtet dies zu Recht als großen Erfolg. Möglich wurde das nur durch die „Belegschaftsliste".

RM: Daß ihr ein derart starkes Ergebnis bei der Wahl erreicht habt, hat euch offenbar selbst überrascht?

Annette: Wir rechneten wohl damit, daß wir die IGM-Liste übertreffen und stärkste Liste werden würden. Aber dieses Ergebnis hat doch alle Erwartungen übertroffen. Angesichts der Tatsache, daß fünf Listen kandidierten, wobei sich — uns eingeschlossen — vier Listen als Opposition gegen den alten Betriebsrat darstellten, sind 50 Prozent für unsere Liste einfach sagenhaft. Wir erhielten übrigens genau 50 Prozent plus eine Stimme.

RM: Was ist denn von den anderen drei Listen zu halten, die als Alternative zum alten Betriebsrat auftraten?

Annette: Das sind Spalter- und Splitterlisten. Sie konnten nur für die reaktionären Kräfte von Nutzen sein. Jeder wußte doch: würden sich lediglich eine von Rein angeführte IGM-Liste und die „Belegschaftsliste" gegenüberstehen, dann wäre der „Belegschaftsliste" die Mehrheit sicher. Bei zwei der Splitterlisten ist es eindeutig, daß sie lediglich gegründet wurden, um eine fortschrittliche Betriebsratsmehrheit zu verhindern. Eine dieser Listen ist eindeutig eine Schöpfung der Werksleitung, die damit das Ziel verfolgte, erstens die Persönlichkeitswahl platzen zu lassen und zweitens der Opposition Stimmen wegzunehmen.

RM: Worauf ist der große Erfolg für eure Liste zurückzuführen?

Annette: Da gibt es natürlich eine Reihe von Gründen. Für die Belegschaft war klar, daß eine konsequente Opposition gegen Rein und Co. nur von der Belegschaftsliste kommen konnte. Nur unsere Liste hatte ein Programm für eine kämpferische Betriebsratsarbeit, die konsequent von den Belegschaftsinteressen ausgeht. Unsere Gegner versuchten gegen uns mit der Behauptung anzugehen, auch durch die RGO-Betriebsräte habe sich letztlich nichts verändert. Diese Leute begreifen einfach nicht, daß die Kollegen das anders sehen. Sicher konnten wir als kleine Minderheit im Betriebsrat die Politik des Betriebsrats insgesamt nicht verändern. Aber schließlich war im Betrieb bekannt, daß ich schon von jeher keinen Kampf mit Rein und der Werksleitung gescheut habe. Es hatte sich unter den Kollegen auch herumgesprochen, daß die RGO-Betriebsräte die einzigen sind, zu denen man kommen kann, und die auch kämpfen für eine Sache, auch dann, wenn man sich dabei mit Bonzen und Bossen „anlegen" muß oder wenn eine Sache scheinbar aussichtslos ist. Von den anderen Betriebsräten dagegen hören die Kollegen nur allzu oft: „Da kann man nichts machen" oder „Das war immer schon so" usw. Die Kollegen machten demgegenüber die Erfahrung, daß wir alles tun, um ihre Interessen durchzusetzen. Sie haben gesehen, wie anders wir an die Sachen rangehen.

RM: Wie geht es jetzt weiter?

Annette: Wir müssen weiter kämpfen. Rein ist zwar nicht mehr Betriebsratsvorsitzender. Aber er ist nach wie vor freigestellter Betriebsrat und man darf nicht glauben, er sei jetzt entmachtet. Leider haben wir ja noch nicht die Mehrheit im Betriebsrat. Also wird es auch künftig nicht einfach sein, im Betriebsrat eine richtige Politik, eine konsequente Vertretung der Interessen der Belegschaft durchzusetzen. Aber die Voraussetzungen dafür haben sich erheblich verbessert.



„Die Sieger". Dieses Foto mit den Mitgliedern der „Belegschaftsliste" wurde vor der Wahl gemacht. Der Optimismus erwies sich als berechtigt. Zweite Reihe Mitte: Annette Schnoor.

Das Wahlergebnis (Arbeiterbereich)

Belegschaftsliste:	**574 Stimmen (50 Prozent) = 9 Sitze**
IGM-Liste:	**297 Stimmen (25,8 Prozent) = 4 Sitze**
Splitterlisten:	**82, 93 und 97 Stimmen = je ein Sitz**
Wahlbeteiligung:	**71 Prozent**

„Roter Lautsprecher" — Sprachrohr der Belegschaft

Die Betriebszeitung der KPD bei Siemens/Witten trägt nicht nur den Namen „Roter Lautsprecher", sie ist auch wirklich das Sprachrohr der Belegschaftsinteressen. Der „Rote Lautsprecher" erscheint bereits seit 1974, und zwar ziemlich regelmäßig in monatlichem Abstand. Verteilt wird er an die Kolleginnen und Kollegen im Arbeiterbereich, deren Gesamtzahl ca. 1600 beträgt. Die verteilte Auflage liegt bei rund 700 Exemplaren.



ROTER LAUTSPRECHER

Betriebszeitung der KPD für Siemens Witten

WARNSTREIK FÜR 8%

Am Montag haben auch die Siemens - Kolleginnen gezeigt, daß bei den diesjährigen Tarifverhandlungen mindestens 8% rauskommen müssen, - sonst gibts Ärger!

Um 14.oo Uhr ging es raus aus der Halle zur Kundgebung- die wenigen, die

Daß der „Rote Lautsprecher" ziemlich beliebt ist, hängt sicherlich damit zusammen, daß jede Ausgabe neben den allgemeinpolitischen Stellungnahmen auch Enthüllungen (oft auch Leserbriefe) aus dem Betrieb enthält, in denen die Mißstände und die Sorgen behandelt werden, die den Kollegen auf den Nägeln brennen.

Siemens/Witten ist ein Betrieb, in dem die Arbeiterbelegschaft hauptsächlich aus Frauen besteht, die nicht nur brutal ausgebeutet sondern auch von den Bossen und gewissen Vorgesetzten (fast nur Männer), auf gemeine Weise unterdrückt und erniedrigt werden. Erst seit die kommunistische Partei bei Siemens/Witten aktiv ist, ungefähr seit 1973, wird diese besondere Unterdrückung der Arbeiterinnen angeprangert und dadurch organisiert sich mehr und mehr der Widerstand dagegen.

Unsere Genossin Annette Schnoor zog 1974 bei einer Nachwahl in den Betriebsrat ein und seitdem haben die Kolleginnen eine Sprecherin, die auch im Betriebsrat ihre Anliegen zur Geltung bringt. Am Anfang wurde von der Werksleitung, von der Betriebsratsspitze und den IGM-Bonzen eine hemmungslose Hetze gegen unsere Partei und gegen Annette betrieben. Inzwischen hat das allerdings stark nachgelassen. Zu sehr ist das Ansehen von Annette gewachsen und zu beliebt ist inzwischen auch der „Rote Lautsprecher".

Nicht lange nachdem Annette Schnoor gewählt worden war, versuchten die Bosse und Betriebsratsvorsitzender Rein sie mit einem Ausschlußverfahren aus dem Betriebsrat zu werfen, wobei dann anschließend ihre Entlassung folgen sollte. Die Solidarität der Kolleginnen trug dazu bei, daß Annette ihren Arbeitsgerichtsprozeß im Februar 1975 gewann und Betriebsrätin bleiben konnte. Zur gleichen Zeit wurde Annette wegen Mitgliedschaft in der KPD/ML aus der IG Metall ausgeschlossen.

Die Gründung einer Betriebsgruppe der RGO im Jahr 1978 war ein weiterer wichtiger Schritt zur Stärkung des Widerstands der Belegschaft gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Bei der Betriebsratswahl 1978 kandidierte eine RGO-Liste mit Annette als Listenführerin und erhielt 30,9 Prozent der Stimmen. Das waren nur 14 Stimmen weniger als die IGM-Liste erhielt. Alle vier Kandidatinnen der RGO-Liste waren damit gewählt.

Der jetzige Erfolg der „Belegschaftsliste" ist ein deutlicher Ausdruck dafür, wie es den Kommunisten und den in der RGO zusammengeschlossenen Kollegen zunehmend gelingt, im Betrieb eine kämpferische Einheit für die Durchsetzung der Belegschaftsinteressen gegen Bosse und Bonzen zu schmieden.

Postenschieberei auf geheimer Fraktionssitzung

Verschwörung gegen Belegschaftswillen

Am Willen der großen Mehrheit der Belegschaft von Siemens/Witten gab es nichts zu deuteln: die oppositionelle „Belegschaftsliste" wurde von der Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter gewählt. Sie ging mit großem Abstand als weitaus stärkste Liste aus der Wahl hervor. Von Rechts wegen hätte also Annette Schnoor Betriebsratsvorsitzende werden müssen. Mindestens die Hälfte der freigestellten Sitze hätten ebenfalls der Belegschaftsliste zugestanden. Und genauso verhält es sich natürlich mit dem Betriebsausschuß, der für die laufende Arbeit des Betriebsrates verantwortlich ist.

Aber der Belegschaftswille wurde wieder einmal von den Bonzen und ihren Gefolgsleuten mit Füßen getreten. Am Tag vor der konstituierenden Sitzung des neugewählten Betriebsrates fand eine illegale Geheimsitzung statt, an der alle Betriebsräte der Minderheitsfraktionen teilnahmen. Nicht eingeladen waren die sieben Betriebsräte der Belegschaftsliste sowie ein fortschrittlicher Kollege, der mit seiner Liste im Angestelltenbereich die meisten Stimmen erhalten hatte. Auf dieser Fraktionssitzung wurden dann die Pöstchen geschoben.

Ergebnis der Geheimabsprachen war, wie noch vor der konstituierenden Sitzung durchsickerte, daß der Betriebsratsvorsitz, statt an Annette Schnoor, an einen Vertreter der IGM-Liste fallen sollte und daß die Belegschaftsliste keinen einzigen freigestellten Betriebsrat stellen sollte.

Die Möglichkeit, eine Mehrheit gegen die Belegschaftsliste bei der Verteilung der Posten zusammenzuzimmern, ergab sich für die Bonzen überhaupt erst daraus, daß zwei der neun Betriebsratssitze, die gemäß dem Wahlergebnis der oppositionellen Liste zugestanden hätten, von der IGM-Liste besetzt werden konnten, weil die oppositionelle Liste nur sieben Kandidaten aufgestellt hatte. Die Führer der IGM-Liste waren unverfroren genug, diese „geschenkten" Sitze auszunutzen, um die Liste, die das Vertrauen der Belegschaftsmehrheit besitzt, aus der Betriebsratsspitze auszubooten.

Die RGO-Betriebsgruppe deckte diese Verschwörung bereits einen Tag später, an dem die konstituierende Sitzung stattfand, mit einem Flugblatt auf. Es herrschte große Empörung in der Belegschaft. Das führte dazu, daß bei der konstituierenden Sitzung die Geheimabsprachen nicht von allen Mitverschworenen eingehalten wurden.

Wenigstens erhielt Annette Schnoor nun einen der freigestellten Sitze. Ferner erhielt die Belegschaftsliste zwei Sitze im Betriebsausschuß. Der fortschrittliche Angestelltenvertreter, dessen Liste bei den Angestellten die meisten Stimmen erhalten hatte, wurde stellvertretender Betriebsratsvorsitzender.

Daß jedoch alle anderen Posten einschließlich dessen des Betriebsratsvorsitzenden an die IGM-Liste und an die drei Splitterlisten verschoben wurden, ist und bleibt eine skandalöse Mißachtung des Wahlentscheids der Belegschaft.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

4800 **BIELEFELD** 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18.

4630 **BOCHUM**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/393888, geöffnet: Mi-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

4600 **DORTMUND** 1, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231/832328, geöffnet: Mo., Mi., Fr., 17 - 19 Uhr.

4100 **DUISBURG** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203/443014.

4000 **DÜSSELDORF** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffent: Fr. 17 - 19 Uhr, Sa. 10 - 12 Uhr.

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/771200, geöffent: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr

7800 **FREIBURG**, Parteibüro der KPD, Klarastr. 29, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen" Schulterblatt 98, Tel.: 040/4300709, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Parteibüro der KPD, Elisenstr. 24, Tel.: 0511/445162, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 18.30-19.30 Uhr.

7500 **KARLSRUHE** 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve", Goethestraße 25b (Nähe Kaiserallee), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr. Tel.: 0721/848408.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/567702, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18 Sa 10-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37a, Tel.: 0221/554956, geöffnet: Di. und Fr 17-18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz / Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621/523966

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/438043, geöffnet: Mi. - Fr. 16 - 18 Uhr, Sa. 11 - 13 Uhr.

4500 **OSNABRÜCK**, Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstraße 5

7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/432388, geöffnet: Mi 17-19 Uhr, Sa 10-12 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/4653966, geöffnet: Mo-Fr 16-18, Sa 11-13 Uhr

1.-Mai-Splitter

Bundeskanzler: „Geht doch nach drüben“

Auf der zentralen Mai-Kundgebung des DGB, die in diesem Jahr in Duisburg stattfand, muteten die Bonzen den Gewerkschaftern den arbeiterfeindlichen Kanzler der Bonner Regierung als Redner zu. Was Schmidt dann auf dem Hamborner Altmarkt vor mehr als 20000 Kundgebungsteilnehmern von sich



„Geht doch nach drüben“. Auf der zentralen Mai-Kundgebung des DGB in Duisburg pöbelte Kanzler Schmidt das Publikum an.

gab, war tatsächlich eine Zumutung. Die verbrecherische Arbeitsplatzvernichtung und die Rationalisierungsfeldzüge der Konzernherren verherrlichte Schmidt zynisch als „wirtschaftlichen Strukturwandel“, den zu vollziehen es alle Kräfte zu konzentrieren gelte; unter den „Folgen dieses Wandels“ hätten — leider, leider — „auch die Arbeitnehmer zu leiden“. Von konkreten Maßnahmen der Regierung gegen die wachsende Arbeitslosigkeit keine Rede! Stattdessen schmutzige Verleumdung der Opfer des kapitalistischen Profitsystems in Form einer „Mahnung“, die großartigen Sozialleistungen des Bonner Staates dürften nicht länger von „Trittbrettfahrern“ mißbraucht werden.

Wen kann es da wundern, daß dieser Arbeiterfeind immer wieder durch Pfeifen, Hupen und Sprechchöre übertönt wurde? Schmidt fühlte sich durch diesen berechtigten Protest auf den Schlips getreten und er keifte, die „Krawallmacher“ und „Herren Kommunisten“ sollten doch gefälligst „nach Osteuropa“ gehen, „statt unsere Freiheit hier zu mißbrauchen“. Wahrlich ein Beispiel für „politisches Niveau“, wie es auch ein F.J. Strauß hätte liefern können!

Auch was DGB-Chef H.O. Vetter anschließend darbot, war nicht viel besser als die reaktionär-demagogischen Sprüche seines Parteifreundes aus Bonn. So solidarisierte Vetter sich voll mit Schmidts dümmlichem Ausfall gegen die Protestierenden: „In Polen wärt ihr schon längst weggeblasen.“

Und was der DGB-Vorsitzende von der internationalen Solidarität der Arbeiter hält, demonstrierte er mit seinen übel chauvinistischen Parolen gegen die „schmutzige Konkurrenz“ der Stahlindustrie in den anderen EG-Ländern. Demagogisch appellierte Vetter an den Bundeskanzler, er solle in Brüssel „stahlhart“ gegen die „unfaire“ staatliche Subventionierung der Stahlindustrie in den anderen EG-Ländern auftreten. Motto: Die Briten, Franzosen, Italiener usw. nehmen „uns Deutschen“ die Arbeitsplätze weg; sollen doch gefälligst dort mehr Stahlarbeiter auf's Pflaster geworfen werden...



Der 1. Mai in Hagen stand dieses Jahr im Zeichen des Kampfes der Stahlarbeiter von Krupp gegen die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze.

„Ausbildung statt Ausbeutung“

Während die offiziellen Hauptredner des DGB in den meisten Fällen die Forderungen der Arbeiterbewegung „vergaßen“ und stattdessen sozialpartnerschaftliche Parolen verbreiteten, gab es in verschiedenen Städten auch Reden von Vertretern der DGB-Jugend und manchmal auch von Betriebsräten. Meist waren dies Reden, die sich wohltuend von den Reden der Bonzen unterschieden und auch entsprechend starken Beifall erhielten.

So die Vertreterin der DGB-Jugend, Hilde Baumann, in Tübingen. Die Kollegin forderte „einen Lehrlingslohn, von dem man leben kann und der an die jährliche Erhöhung der Facharbeiterlöhne angepaßt wird“. Ferner forderte sie ein Streikrecht für die Auszubildenden und prangerte an, daß hierzulande in der Regel Ausbeutung statt Ausbildung betrieben werde. Hilde Baumann sprach im Namen „der Mehrheit der jungen Gewerkschaftsmitglieder“ — ein klares „Nein“ zu den Atomkraftwerken, sowie zu den „Mittelstreckenraketen, die die Angriffswaffen sind“, und auch „zu einem Polizeistaat in der Bundesrepublik“.

Der IG-Metall-Betriebsrat Herbert Kimmerle, der ebenfalls auf der DGB-Kundgebung in Tübingen auftrat, sprach sich gegen die vom Betriebsverfassungsgesetz vorgeschriebene „vertrauensvolle Zusammenarbeit“ der Betriebsräte mit den Unternehmern aus, die den Betriebsräten die Hände binde. Ebenso gegen die „Friedenspflicht“, die nur den „durch nichts demokratisch legitimierten Unternehmern“ und ihrer Willkür diene. Am Schluß der Kundgebung stimmten die Versammlungsteilnehmer die Internationale an, wobei die Musikkapelle Weilheim sich krampfhaft bemühte, den „staatsfeindlichen“ Gesang mit lauter Marschmusik zu übertönen.

In Westberlin sprach vor 20000 Versammlungsteilnehmern unter anderem der importierte regierende Bürgermeister Vogel. Der einzige Redner, der in Westberlin jedoch Beifall bekam, war der Vertreter der DGB-Jugend, Peter Lingsminat, von der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft [GGLF]. Kollege Lingsminat trug dem 1. Mai als dem internationalen Kampftag der Arbeiterklasse Rechnung, indem er sagte:

„Die Arbeiterbewegung hat kein Interesse am Profit der Rüstungskonzerne, schon gar nicht am Krieg.

Die Interessen der arbeitenden Menschen in aller Welt sind nicht entgegengesetzt. Dafür demonstrierten schon am 1. Mai 1915 in Berlin über 10000 Menschen auf dem Potsdamer Platz.

Wir bekräftigen unsere Solidarität mit den Gewerkschaftern anderer Länder, besonders in Nicaragua, El Salvador und Chile.

In Chile führen die Bergarbeiter im Augenblick einen Kmpf gegen die faschistische Militärdiktatur. Unsere Solidarität gilt gerade jetzt unseren türkischen Kollegen, deren Rechte durch das Militär genommen wurden, wo der 1. Mai verboten ist. Wir fordern die Freilassung inhaftierter Gewerkschafter.“

Plumeyer sprach gegen den Willen der IG-Chemie-Führung

In Mainz demonstrierten am 1. Mai trotz starken Regens ca. 4000 Menschen, das sind etwa 1000 mehr als im vergangenen Jahr. Hauptredner auf der DGB-Kundgebung war Paul Plumeyer, den Hauenschild, Rappe und Co. auf dem letzten Gewerkschaftstag der IG Chemie wegen seiner fortschrittlichen oppositionellen Haltung aus der Führungsspitze der IG Chemie ausgebootet hatten. Der Mainzer DGB-Kreisvorstand hatte Plumeyer schon vor dem Gewerkschaftstag eingeladen und diese Einladung nach dem Gewerkschaftstag einstimmig bestätigt. Ein dann über den DGB-Landesbezirk an den Kreisvorstand weitergeleitetes Ersuchen der IG-Chemie-Führung, diese Entscheidung noch einmal zu „überprüfen“, lehnte der Kreisvorstand einmütig ab.

Plumeyer sprach sich unter anderem gegen den Nachrüstungsbeschluß der NATO und die Stationierung der neuen Atomraketen aus. Der Friedenskampf war überhaupt eines der zentralen Themen auf der Mai-Demonstration in Mainz. Unter anderem führte die SPD-nahe Jugendorganisation „Die Falken“ ein Transparent mit, auf dem gefordert wurde: „BRD raus aus der NATO“. Ein anderes Transparent trug die Aufschrift: „Feuert Schmidt statt Raketen“.

Die Bonzen hatten Probleme

In verschiedenen Städten hatten die DGB-Bonzen ihre Probleme mit dem Publikum. So Jan Sierks vom DGB-Landesvorstand in Kiel, der als militanter Befürworter des Bonner Atomprogramms berüchtigt ist. Verschiedentlich provozierte dieser Reaktionär heftige Proteste gegen sich. So zum Beispiel, als er gegen „linke Chaoten“ hetzte oder als er von „echten und unechten Arbeitslosen“ schwadronierte.

In Kiel wurde auf Druck der oppositionellen Gewerkschafter seit vielen Jahren zum ersten Mal wieder eine richtige Mai-Demonstration des DGB durchgeführt. Es beteiligten sich rund 6000 Kollegen an der Demonstration. Die DGB-Jugend führte in Kiel eine sehr kämpferische Veranstaltung durch, auf der die Polit-Rock-Gruppe Elbe 1 für Stimmung sorgte.

In Köln verdrängten die Kollegen vom SPDeigenen Druckhaus Deutz, das stillgelegt werden soll, die Kölner SPD-Spitze samt dem neuen Oberbürgermeister von der Spitze des Demonstrationszuges. Auf einem Transparent prangerten die IG-Druck-Kollegen die Vernichtung der Arbeitsplätze im Druckhaus Deutz durch die SPD an. Dieses Transparent rief den Unmut der SPD-Bonzen hervor.

Jugendgruppen, unter ihnen die Rote Garde, führten auf der Demonstration in Köln einen selbstgebastelten Kölner Dom mit, dessen Türme Raketen darstellten. Der Dom trug die Aufschrift: „Raus aus der NATO — Deutschland neutral — Abrüstung in Ost und West“.

In Hannover kam es zu starken Protesten, als der Oberbürgermeister Schmalstieg (SPD) sprechen wollte. „Aufhören! Aufhören!“ riefen vor allem die ÖTV-Kollegen. Der aktuelle Anlaß für die Empörung der Kollegen: Wegen eines Warnstreiks der Müllarbeiter hatte der OB eine Hetzkampagne gegen die ÖTV betrieben. Unter anderem fordert die Stadt „Schadensersatz“ von der ÖTV, weil die Kollegen mit den Mülladern demonstriert hatten. Dies sei „Mißbrauch städtischen Eigentums“.

Hagen: Größte Demonstration seit Jahrzehnten

In Hagen demonstrierten rund 8000 Menschen vom Werk Krupp-Südwestfalen in Wehringhausen und vom Hauptbahnhof aus zum Kundgebungsplatz. Es war die größte Demonstration und Kundgebung, die Hagen seit den 50er Jahren erlebt hat. Der 1. Mai in Hagen wurde in diesem Jahr vor allem zum Kampftag gegen die Stillegungspläne von Krupp, denen in Hagen die Arbeitsplätze von 2000 Stahlwerkern zum Opfer fallen und die die ganze Stadt schwer treffen würden. Rund 2000 Stahlarbeiter von Krupp waren am 1. Mai auf der Straße. Oft demonstrierten auch ganze Arbeiterfamilien mit.

Sulzbach-Rosenberg: Abfuhr für F.J. Strauß

Der 1. Mai im nordbayerischen Sulzbach-Rosenberg stand ebenfalls im Zeichen des Kampfes der Stahlarbeiter gegen die Arbeitsplatzvernichtung. Der Klöckner-Konzern will hier die Max-Hütte stillegen. Nach einem Demonstrationszug durch die Altstadt von Sulzbach-Rosenberg fand in einem überfüllten Saal eine Mai-Kundgebung statt, die unter der Losung stand: „Rettet die mittlere Oberpfalz — Heute schon 15,7 Prozent Arbeitslose“. Als Hauptredner sprach Kollege Wurl aus der Abteilung Betriebsräte des IGM-Vorstandes. Wurl wies die „Grüße“ des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß zurück. Wörtlich sagte er: „Wer blutige Hände von faschistischen Diktatoren schüttelt und diese als demokratisch bezeichnet, von diesem Herrn wollen wir keine Grüße.“

Die Bonzen fürchten die Kampftradition des 1. Mai

Der 1. Mai gehört den Arbeitern!

Auch in diesem Jahr waren die Kundgebungen und Demonstrationen zum 1. Mai in der Bundesrepublik und in Westberlin von einem schroffen Gegensatz geprägt.

Klassenkämpferische und revolutionäre Gewerkschafter bemühten sich, die DGB-Aktionen so zu gestalten, daß die große Kampftradition des 1. Mai zu neuer Kraft und Wirksamkeit belebt wird. Dies drückte sich in den Parolen und Forderungen auf den Mai-Demonstrationen aus, die — anders als der Mai-Aufruf des DGB — nicht den Sozialpartnerschaftsbetrug, sondern die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Kämpfe widerspiegeln, die wir heute gegen Arbeitslosigkeit, Lohnabbau, Kriegsgefahr und Reaktion führen müssen.



Demgegenüber traten die DGB-Bonzen die Tradition des 1. Mai als Kampftag der Arbeiter aller Länder wieder unverfroren mit Füßen. Mitbestimmungsbetrug, Kumpanei mit den Unternehmern und der arbeiterfeindlichen Bonner Regierung, Verteidigung des kapitalistischen Ausbeutersystems und des Imperialismus bestimmten die Kundgebungsreden der DGB-Bonzen. Geradezu provokatorisch waren oft die Reden der Minister und der sonstigen „politischen Prominenz“, die auf Einladung der Gewerkschaftsführer die Mai-Kundgebungen für ihre Demagogie und Angriffe auf die revolutionäre, antifaschistische und antimilitaristische Bewegung mißbrauchen konnten.

Die Mißachtung und Furcht der DGB-Bonzen gegenüber der revolutionären Tradition des 1. Mai zeigt sich auch darin, daß sie nichts Ernsthaftes tun, um in den Betrieben für den 1. Mai zu mobilisieren. Gemessen daran, wie in den letzten Jahren die gewerkschaftlichen Kämpfe angewachsen sind, war die Beteiligung der Arbeiter an den Mai-Aktivitäten auch in diesem Jahr alles andere als begeisternd.

Kann das jedoch wundern angesichts einer Politik der DGB-Führung, die in jeder Hinsicht darauf abzielt, die gewerkschaftlichen Kämpfe zu sabotieren und den Klassenkampf des Proletariats zu unterdrücken? Die Gewerkschaften müssen wir im Kampf gegen Bosse und Bonzen zur Kampforganisation der Arbeiterklasse machen. Nur auf dieser Grundlage können wir auch den 1. Mai wieder zu einem wirklich machtvollen Kampftag für die breiten Arbeitermassen machen.

München: OB Kiesl ausgepfiffen

Auf der Mai-Kundgebung in München, an der sich an die 10000 Menschen beteiligten, erdreistete sich der CSU-Oberbürgermeister auch diesesmal, eine provokatorische Hetzrede gegen alle fortschrittlichen Kräfte in den Gewerkschaften zu halten. Es ist angesichts der Tatsache, daß Kiesl dies auch schon am 1. Mai 1980 tat, eine Schweinerei, daß die DGB-Bonzen diesen Herrn erneut zu Wort kommen ließen. Völlig zu Recht wurde Kiesl nun von einem großen Teil der Kundgebungsteilnehmer ausgepfiffen. Der Vorsitzende des DGB-Kreises München, Alois Mittermüller, entblödete sich daraufhin nicht, die Gewerkschafter anzupöbeln, indem er sagte: „Möge jeder, der gepfiffen hat, sich prüfen, ob dies Ausdruck eines demokratischen Verständnisses war.“



Die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze durch die SPD-Bonzen prangerten in Köln die Kollegen des SPDeigenen Druckhauses Deutz an.

Lohnrunde '81: DGB-Führer auf Kapitulationskurs

Unternehmer marschieren durch die Bresche von Sindelfingen

Tarifabschlüsse in anderen Branchen noch unter Metallabschluß

DÜSSELDORF. — Nachdem Franz Steinkühler und der IGM-Vorstand in Sindelfingen die Tür für einen Reallohnabbau geöffnet hatten, marschieren die Unternehmer jetzt schwungvoll von einem Lohnraub-Abschluß zum anderen. Das Modell von Sindelfingen wurde inzwischen bei Metall in den meisten Tarifbezirken übernommen. Und in den anderen Branchen, außer der Druckindustrie, liegen die bisherigen Tarifabschlüsse noch um einiges niedriger als bei Metall. Am schlechtesten haben die Stahlarbeiter abgeschnitten.

Wenige Tage nach dem Abschluß von Sindelfingen kam es auch in der Druckindustrie zu einem Tarifabschluß. Bei zwölf Monaten Laufzeit erhalten die Druckereiarbeiter rückwirkend vom 1. April an linear Lohnerhöhungen um 5 Prozent. Die IG-Druck-Führung ist von vorneherein den bequemen Weg gegangen, im Kielwasser der Metallindustrie zu segeln. Die bekanntermaßen besonders kampfstarken Drucker wurden von ihrer Führung zu keinerlei Aktionen mobilisiert. Auch nicht zu Solidaritätsaktionen für die Metaller, die ja in diesem Jahr die vorderste Kampflinie in der Gesamtlohnrunde bildeten.

Bezeichnend für die Kapitulationspolitik der Mahlein und Ferlemann in dieser Tarifrunde ist die Einschätzung des 5-Prozent-Abschlusses durch das „Handelsblatt":

„Die Arbeitgeber können mit dem Ergebnis zufrieden sein. Denn zum einen konnte die Branche 1980 ein überdurchschnittliches Wachstum — um 6,9 (real 3,5) Prozent auf 18,8 Mrd. DM — erzielen. Zum anderen stieg auch die Produktivität — nach Berechnungen der IG Druck je Arbeiterstunde um 9,7 Prozent auf 88,62 DM — deutlich an." („Handelsblatt" vom 4.5.81)

Auch im Baugewerbe ist die Tarifrunde inzwischen endgültig abgeschlossen. Die Bauunternehmer brachten den unverschämten 4-Prozent-Abschluß nun endgültig unter Dach und Fach, weil inzwischen auch die Tarifkommission der IG Bau, Steine, Erden dem Schlichtungsspruch trotz neuerlicher Proteste der Gewerkschaftsbasis zugestimmt hat. Rund eine Million Bauarbeiter müssen also ihren Gürtel erheblich enger schnallen!

Noch schlechter als die Kollegen vom Bau sind jedoch die Stahlwerker weggekommen. Sie erhalten ab 1. Mai für die kommenden neun Monate lediglich 4,3 Prozent mehr Lohn und Gehalt. Für die Monate Februar, März und April werden sie mit einer einmaligen Abfindung von lächerlichen 150 DM abgespeist. Das „Gesamtvolumen" beträgt durch diese niedrige Abschlagszahlung für die Stahlwerker nur 3,8 Prozent, denn 150 DM für drei Monate machen umgerechnet auf einen Durchschnittslohn lediglich 2,5 Prozent aus. Was die Vorweganhebung betrifft, so wirkt sie sich praktisch überhaupt nicht aus, weil vereinbart wurde, daß sie von den Unternehmern auf die Effektivlöhne angerechnet werden darf.

Wenn man bedenkt, daß die Stahlarbeiter von Kurzarbeit und Massenentlassungen weit überdurchschnittlich stark betroffen sind und dadurch zusätzliche Lohneinbußen verkraften müssen, sind sie extrem schlecht gefahren. Die IGM-Bonzen haben hier nach der arbeiterfeindlichen Devise gehandelt: Wo die Kapitalisten in der Krise stecken, müssen die Lohnabhängigen die ganze Zeche bezahlen.

Dabei machen die Großbanken, die in erster Linie hinter der bundesdeutschen Stahlindustrie stehen, nach wie vor Milliardenprofite. Die auch in der Stahlindustrie führende Großbank, die Deutsche Bank nämlich, verzeichnete im abgelaufenen Geschäftsjahr mit einem um 28 Prozent gestiegenen Betriebsergebnis sogar ihren bisher absolut dicksten Rekordprofit!

Zweifellos hätten die Stahlbarone diesen räuberischen Tarifabschluß nicht durchsetzen können, wenn die Stahlwerker von den IGM-Bonzen nicht bewußt und sorgsam aus der starken Lohnbewegung der Metallarbeiter herausgehalten worden wären. Niemand wird bezweifeln, daß die Stahlarbeiter mit auf der Straße gewesen wären, wenn auch sie von der Gewerkschaftsführung zu Warnstreiks aufgerufen worden wären. Und dann hätte der jetzige Schandabschluß keine Mehrheit mehr in der Großen Tarifkommission bei Eisen- und Stahl erhalten. Das Abstimmungsergebnis von 57 zu 47 Stimmen war ohnedies schon denkbar knapp.

Kurz vor Redaktionsschluß des „Roten Morgen" wurde auch der Tarifabschluß für den öffentlichen Dienst gemeldet: Die Kollegen erhalten ebenfalls nur 4,3 Prozent. Die Abschlagszahlung für März und April beträgt hier jeweils 120 DM.

Unter den wichtigen Branchen sind es jetzt nur noch Chemie, Textil- und Bekleidung, sowie der Einzelhandel und das Bankgewerbe, bei denen die Lohnverhandlungen noch nicht beendet sind. Nachdem aber Steinkühler in Sindelfingen die starke Lohnbewegung der Metaller gestoppt hat, ist es nicht wahrscheinlich, daß in einer dieser drei Branchen doch noch ein offenes Gefecht entbrennt und die Arbeiter eine zweite starke Widerstandsfront gegen den Reallohnabbau aufzubauen vermögen.

Was jedoch in diesen Bereichen als realistisches Ziel der Kollegen noch drin ist: Sie können noch verhindern, daß auch hier Abschlüsse unter den 4,9 Prozent von Metall durchgepeitscht werden.

Die kämpferischen Gewerkschafter müssen für dieses Ziel ihre ganze Kraft einsetzen. Denn diese Lohnrunde war für die Unternehmer erst die Eröffnungsschlacht für ihre lohnpolitische Wende. Allerspätestens in einem Jahr wird sich dieser Kampf erneut zuspitzen und dann wird jedes Stück Boden, das in dieser Lohnrunde verteidigt werden konnte, für die gewerkschaftliche Kampffront wichtig sein.

Musterknaben

Noch Ende April einigten sich die Führer der IG Bergbau und Energie und der IG Bau, Steine, Erden mit den Unternehmern auf Tarifabschlüsse weit unter der Teuerungsrate. Zu dieser Zeit standen die Metaller mitten in einem zugespitzten Kampf, bei dem sie einen Abschluß durchzusetzen versuchten, der die Reallöhne sichern kann. Für den Dolchstoß von hinten in die gewerkschaftliche Front sprach die Zeitung „Frankfurter Rundschau" den IGBE- und IG-Bau-Bonzen in ihrer Ausgabe vom 27. April folgendes Sonderlob aus:

„Die Funktionäre der Männer vom Bau und denen unter Tage gehören eben zu den Gewerkschaftern, die durchaus im Sinne der Arbeitgeber und auch von Wirtschaftsminister Lambsdorff genügend Einsicht dafür zeigen, daß die Realeinkommen sinken müssen und es nicht für richtig halten, diese Tarifrunde — wie es die IG Metall tut — zu einer die Zukunft entscheidenden Prinzipienfrage zu machen."



Auch die Forderung der Metaller nach Beseitigung der diskriminierenden „Frauen-Lohngruppe" 2 wurde von den Gewerkschaftsbonzen verraten. Das Foto stammt von der Metaller-Demonstration am 3. April in Gelsenkirchen.

300 ÖTV-Kollegen unterzeichneten Resolution an ÖTV-Vorstand

„Alles tun, um Reallohnabbau zu verhindern"

BREMEN. — Im April unterschrieben 300 Kollegen im Zentralkrankenhaus Bremen-Ost einen Brief, der an den Hauptvorstand der ÖTV, an die Große Tarifkommission der ÖTV und an die Mitgliederzeitschrift „ÖTV-Magazin" gerichtet ist. Im Zentralkrankenhaus Bremen-Ost sind 1500 Menschen beschäftigt. 450 Kollegen sind in der ÖTV organisiert. Im folgenden der volle Wortlaut des Briefes:

„Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in der „Quelle" Nr. 2/81, der Funktionärszeitschrift des DGB, ist nachgewiesen worden, daß die Reallöhne für Arbeitnehmer bereits im Jahre 1980 gesunken sind (,Die Quelle' Nr. 2/81, S. 92). Im Jahre 1980 hat es eine durchschnittliche Inflationsrate von 5,5 Prozent gegeben. Das Jahr 1981 hat mit einer ähnlich hohen Inflationsrate begonnen. Hinzu kommen erhöhte Renten- und Krankenversicherungsbeiträge. Wir fordern die Große Tarifkommission der ÖTV auf, alles zu tun, um einen Reallohnabbau in diesem Jahr zu verhindern. Einen Abschluß unterhalb der offiziellen Preissteigerungsrate, die noch nicht einmal die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge berücksichtigt, darf es auf keinen Fall geben. Ist dieses Ziel durch Verhandlungen nicht zu erreichen, müssen Kampfmaßnahmen eingeleitet werden."

+ Betriebsratswahl '81 + + + Kurzberichte + + + Betriebsratswahl '81 +

Opel/Bochum

Opposition geschwächt

Bei Opel/Bochum verbesserte die IGM ihre Position im Betriebsrat von 16 auf 23 Sitze. Das war jedoch nicht der sensationelle Sieg, als den es die örtliche Presse hingestellt hat. Denn vor drei Jahren hatte die CDU-nahe CDA kandidiert und sechs Sitze errungen. In diesem Jahr wurde die IGM-Liste nach einem Parteien-Proporz aufgestellt; die Plätze auf der Liste wurden zwischen SPD, CDU (CDA) und DKP aufgeteilt. Tatsächlich hat somit die IGM ihr Ergebnis von der letzten Betriebsratswahl im Wesentlichen gehalten.

Einbußen mußte die oppositionelle GOG hinnehmen. Vor drei Jahren erhielt sie 3327 Stimmen und konnte neun Vertreter in den Betriebsrat entsenden. Jetzt bekam die GOG nur noch 2416 Stimmen und sieben Sitze im neuen Betriebsrat. Die Gründe für diesen Stimmenrückgang sind einmal in der von den IGM-Führern vor der Wahl betriebenen Hetze und in undemokratischen Machenschaften gegen die GOG zu suchen. So mußten sich beispielsweise alle Vertrauensleutesprecher schriftlich dazu verpflichten, die offizielle IGM-Liste zu unterstützen und aktiv für sie zu werben.

Aber auch die fehlerhafte Politik einiger GOG-Betriebsräte und das mangelhafte Bemühen der Liste um eine Mobilisierung der Basis im Betrieb trugen zu den Verlusten bei. Ein weiterer Faktor war schließlich die Weigerung der GOG, die Opposition bei Opel/Bochum im Hinblick auf die Betriebsratswahl auf eine breitere Grundlage zu stellen. Die RGO im Betrieb hatte schon im Januar zur Bildung einer breiteren oppositionellen Liste aufgerufen und ihre Bereitschaft erklärt, gemeinsam mit den Kollegen von der GOG zu kandidieren. Eine solche gemeinsame Kandidatur war von der GOG jedoch abgelehnt worden.

Opel/Rüsselsheim

IGM baut Position aus

Acht Listen standen im Opel-Werk Rüsselsheim zur Wahl. Die offizielle IGM-Liste konnte ihr Ergebnis von 69,3 Prozent vor drei Jahren auf 78,8 Prozent erhöhen und damit 42 von 49 Sitzen im Betriebsrat erobern. Die DAG verlor einen Sitz und hat jetzt zwei Sitze. Der ultrareaktionäre CMV konnte seine vier Sitze behaupten. Von den übrigen Listen, zumeist von Postenjägern aufgestellt, konnte nur eine Türken-Liste mit einem Bewerber in den Betriebsrat einziehen.

Bedauerlich an dem Ergebnis von Opel/Rüsselsheim ist die Tatsache, daß die Liste 6, „Rettet unsere Arbeitsplätze", keinen Sitz erringen konnte. Auf dieser Liste, die von dem bisherigen RGO-Betriebsrat Attila Özgüz angeführt wurde, hatten vier Kollegen kandidiert. Von den IGM-Führern im Betrieb waren sie als „Spaltergruppe" diffamiert worden.

Tatsächlich aber setzte sich die Liste 6 im Gegensatz zur IGM-Betriebsratsmehrheit aktiv für die kompromißlose Verteidigung der durch Massenentlassungen bedrohten Arbeitsplätze bei Opel ein. Insofern sind die Kampfpositionen der Rüsselsheimer Kollegen durch das Ergebnis der Betriebsratswahl nicht gestärkt worden.

Bayer/Leverkusen

Oppositionelle Liste kandidiert wieder

Bei Bayer/Leverkusen wird in dieser Woche der neue Betriebsrat gewählt. 1977 war eine oppositionelle Liste mit dem programmatischen Namen „Gewerkschafter für einen besseren Betriebsrat" angetreten und hatte 20 Prozent der Stimmen bekommen. Trotz dieses überzeugenden Votums der Belegschaft sperrte die rechte Betriebsratsmehrheit die oppositionellen Kollegen aus den Betriebsratsausschüssen aus. Sie strengte zudem Gewerkschaftsausschlüsse gegen die Mitglieder der oppositionellen Liste an, die vom Hauptvorstand der IG Chemie auch bestätigt, vom Beschwerdeausschuß der Gewerkschaft dann allerdings wieder rückgängig gemacht wurden.

Nachdem sich der reaktionäre BR-Vorsitzende Weber auf den Posten des Chefs der Betriebskrankenkasse von Bayer zurückgezogen hatte, erklärte ein Teil der „Gewerkschafter für einen besseren Betriebsrat" seine Bereitschaft, in diesem Jahr die offizielle IG-Chemie-Liste zu unterstützen. Die anderen oppositionellen Kollegen sahen dagegen im Wechsel an der BR-Spitze keinen Anlaß, auf die notwendige eigenständige Kandidatur zu verzichten. Sie stellen sich unter dem Namen „Kolleginnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit" erneut zur Wahl. Neben ihrer Liste, zu deren Wahl auch die Betriebszelle der KPD aufgerufen hat, kandidieren noch zwei weitere oppositionelle Listen, die „Demokratische Ausländereinheitsliste" und die Liste „Wechselschicht-Protest".

Vulkan-Werft/Bremen

Mehrheit für Gruppe „Echolot"

Eine ähnliche Entwicklung wie auf HDW/Hamburg nahm die diesjährige Betriebsratswahl auf der Bremer Vulkan-Werft, dem mit 4000 Beschäftigten größten Werftbetrieb im Unterweserraum. Hier stand neben der offiziellen IGM-Liste, deren Kandidaten sich aus der SPD-Betriebsgruppe rekrutierten, auch die von oppositionellen IGM-Mitgliedern gebildete Gruppe „Echolot" zur Wahl.

Diese Gruppe gibt seit etwa drei Jahren eine gleichnamige Betriebszeitung heraus, in der sie vor allem den sozialpartnerschaftlichen Kurs der alten Betriebsratsclique kritisiert hat. Schon im Oktober 1977 konnte die „Echolot"-Gruppe mit acht Kollegen in den Betriebsrat einziehen.

Die Erfahrungen der Vulkan-Arbeiter in den letzten drei Jahren mit Entlassungen, Rationalisierung und der auf „vertrauensvolle" Zusammenarbeit mit dem Vorstand ausgerichteten Politik der Betriebsratsmehrheit haben sich im diesjährigen Wahlergebnis niedergeschlagen. Die meisten Kollegen wählten die Opposition. „Echolot" konnte 14 von 27 Sitzen im neuen Betriebsrat erringen und hat damit die Mehrheit.

Ein verdientes Ergebnis für die alte SPD-Clique, die dadurch abserviert wurde.

Hamburger Forum gegen Atomraketen

„Das Trennende zurückstellen, das Gespräch vertiefen"

HAMBURG. — „Es ist höchste Zeit, daß alle, die sich bedroht fühlen, die die Sorge um den Frieden teilen, miteinander beraten und gemeinsam für folgende Forderung eintreten: Die Bundesregierung muß ihre Zustimmung zum NATO-‚Nach'rüstungsbeschluß und zur Stationierung neuer Atomraketen auf dem Boden der Bundesrepublik zurückziehen!" — So heißt es in einem Aufruf zum Hamburger Forum, auf dem am 24. und 25. April mehr als 4000 Menschen zusammenkamen.

Zahlreiche Persönlichkeiten hatten zu diesem Forum aufgerufen, darunter auch Stefan Jensen vom Landesvorstand Hamburg der VOLKSFRONT. Das Treffen geriet zu einer weiteren Bekundung des Friedenswillens der westdeutschen Bevölkerung, der Ablehnung US-amerikanischer Atomkriegspläne.

„Laßt uns dieses Forum als einen Schritt begreifen, das Trennende zurückzustellen, das begonnene Gespräch zu vertiefen, gemeinsam alles zu tun, um die Stationierung neuer Atomraketen in der Bundesrepublik Deutschland zu verhindern." Diese Grundhaltung der Initiatoren ist sehr zu begrüßen.

In verschiedenen Arbeitsgruppen kam es zu einer teilweise sehr fruchtbaren Diskussion. Wichtige Informationen, zum Beispiel über die „Medizinische Versorgung" im Falle eines Atomkrieges, über das „Gesundheitssicherstellungsgesetz" (vgl. RM, 15/81) usw. wurden ausgetauscht.

In den offiziellen Reden kamen allerdings wiederum deutlich die Schwächen der „Krefelder Erklärung" zum Ausdruck.

Gösta von Uexküll sagte u.a.: **„Die neue Friedensbewegung wird der Bundesregierung den USA gegenüber den Rücken stärken müssen."**

Natürlich könnte man diesen Satz interpretieren. Wenn die Schmidt-Regierung — und mit dieser haben wir es schließlich zu tun — einfach Angst hätte, den USA gegenüber im Interesse des Friedens aufzutreten, könnte man ihr Mut machen.

Aber so ist es nicht. Die Bundesregierung versteht sich als engster Bündnispartner der USA. Dabei hat sie in Gesprächen mit US-Vertretern zu berücksichtigen, daß ein Teil des westdeutschen Finanzkapitals Interesse an einem Fortbestehen der „Neuen Ostpolitik" hat, weil sie ihm Profite bringt, und sich nicht ohne weiteres mit einem sofortigen Bruch aller Beziehungen mit der UdSSR einverstanden erklären kann.

Mit ähnlichen Tatsachen muß Reagan ja auch im eigenen Land rechnen, wie die Aufhebung des Getreideembargos gezeigt hat.



Das ist aber keineswegs ein Hindernis für die enge Gefolgschaft der von Schmidt regierten Bundesrepublik gegenüber Reagans USA, und eine Lockerung dieser Gefolgschaft ist das letzte, was Schmidt beabsichtigt. Es gibt also keinen Grund für die westdeutsche Friedensbewegung, ausgerechnet Schmidt den Rücken zu stärken.

Hier ist G. v. Uexküll offensichtlich auf dem Holzweg. Dazu kommt, daß auch er nicht die einzige Möglichkeit benennt, die Bundesrepublik wirklich von den USA abzukoppeln: den Austritt aus der NATO. Er gibt sich weiterhin damit zufrieden, wenn es zu „Rüstungskontroll-Gesprächen" kommt — zwischen den beiden aggressivsten Militärblöcken der Welt. Diese Gesrpäche hatten bisher immer nur eine erhöhte Aufrüstung zur Folge. Diese Verhandlungen sind sicher nicht, wie es ein weiterer prominenter Redner — der ehemalige Oberst Josef Weber — meinte, „die möglicherweise letzte Chance, dem Untergang zu entgehen."

Wir Kommunisten wollen dieser Bundesregierung nicht den Rücken stärken, sondern das Rückgrat brechen. Dem Kriegskurs der Bonner Minister stellen wir unseren Frieden entgegen. Der Kampf um die Verwirklichung seiner Hauptpunkte — raus aus der NATO, Neutralität, fremde Truppen raus aus Westdeutschland — muß bis zum Nachgeben der Regierung oder zu ihrem Sturz geführt werden. Zu ihrer Ersetzung durch eine Regierung, die wenigstens zur zeitweiligen Erhaltung des gegenwärtigen Friedens bereit ist und es ablehnt, an einen Krieg zwischen den Militärblöcken der Supermächte teilzunehmen.

Wir unterstützen mit Nachdruck alle Kräfte der Regierungsparteien, besonders der SPD, die die Politik von Schmidt und Apel nicht mehr mitmachen wollen. Und das ist ein großer Teil der SPD-Mitglieder, mancherorts die Mehrheit. **Ihnen** gilt es in der Weise den Rücken zu stärken, daß sie nicht im entscheidenden Moment doch wieder zurückstecken, wie das oppositionelle Kräfte in der SPD bisher so häufig getan haben.

Die effektivste Arbeit auf dem Hamburger Forum lief in den Arbeitsgruppen, wo es möglich war, politisch kontrovers zu diskutieren, ohne unsachlich zu werden. Dort kam es auch zu greifbaren Ergebnissen; es wurden Unterrichtseinheiten für die Arbeit an Schulen erarbeitet bzw. ins Auge gefaßt, Planungen für Friedenswochen begonnen und ähnliches.

Die Teilnehmer bekräftigten ihre Entschlossenheit zum diesjährigen Antikriegstag am 1. September mit schlagkräftigen Aktionen auch in Hamburg das „Nein!" zu den NATO-Kriegsplänen unüberhörbar zum Ausdruck zu bringen.

Hamburger KPD-Genossen beteiligten sich an diesen Diskussionen. Darüberhinaus hatten sie am Eingang zum Tagungssaal einen Informationstisch aufgebaut, an dem sich viele fruchtbare Diskussionen ergaben und viele Exemplare unseres Friedensplanes verteilt wurden.



Hamburger Friedensforum

Friedensaktionen im ganzen Bundesgebiet

Den 8. Mai, den 36. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, nahmen demokratische Kräfte in mehreren Städten der Bundesrepublik zum Anlaß, um mit Demonstrationen, Kundgebungen und Veranstaltungen ihre Bereitschaft zum aktiven Friedenskampf zum Ausdruck zu bringen. Im Mittelpunkt stand dabei zumeist die Ablehnung der geplanten Stationierung neuer amerikanischer Atomraketen in der Bundesrepublik.

Hamburg. Etwa 4000 Menschen beteiligten sich am Freitag an einem Friedensmarsch durch die Stadt. Am Sonnabend fanden sich Hamburger Bürger zusammen mit Gästen aus der Sowjetunion zu einer gemeinsamen Kundgebung vor dem Ehrenmal der Opfer des Faschismus auf dem Friedhof Ohlsdorf zusammen. Eine Protestkundgebung gab es vor dem Rathaus, wo eine umstrittene Gedenktafel für die von den Faschisten ermordeten Abgeordneten der Bürgerschaft enthüllt wurde. Auf dieser Tafel fehlt zum einen jeder Hinweis auf das Nazi-Regime, stattdessen ist von „Opfern totalitärer Verfolgung" die Rede. Zum anderen hat sich der Senat gegen alle früheren Proteste bis zuletzt geweigert, die ermordeten Abgeordneten — unter denen auch der frühere KPD-Vorsitzende Ernst Thälmann war — auf der Tafel namentlich aufzuführen.

München. Unter Parolen wie „Atomraketen in Europa – Nein, danke!" demonstrierten mehrere tausend Münchner gegen den Raketenbeschluß der NATO und die Aufrüstungspolitik der Bundesregierung. Aufgerufen hatte die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen. Inge Gerber, die Sprecherin der Arbeitsgemeinschaft für Bayern, sagte in einer Ansprache an die Demonstrationsteilnehmer: „Wir wehren uns gegen die scheinbare Logik, man müsse erst nachrüsten, um dann abrüsten zu können." Auf der Theresienwiese enthüllte die VVN eine Gedenktafel für die Opfer des faschistischen Bombenanschlags vom 26. September 1980, bei dem 13 Menschen ermordet worden waren.

Hamm. Eine Friedensdemonstration mit 350 Teilnehmern fand am Sonnabend im westfälischen Hamm statt. Einen Tag zuvor hatte der Juso-Bezirk Westliches Westfalen zu einer Kundgebung unter dem Motto „36 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs: Keine Atomwaffen in der Bundesrepublik!" eingeladen. Bei einer Podiumsdiskussion im Rahmen der Kundgebung verurteilte unter anderem auch der SPD-Bundestagsabgeordnete Schreiner den NATO-Raketenbeschluß.

Hannover. 30 Organisationen, darunter auch die VOLKSFRONT, hatten sich in der niedersächsischen Landeshauptstadt zusammengefunden, um gemeinsam ein Friedensfest vorzubereiten. Mehrere tausend Besucher kamen zu diesem Fest, wo unter anderem in verschiedenen Arbeitsgruppen intensiv über die Fragen des Friedenskampfes diskutiert wurde.



Am Jahrestag der Befreiung vom Faschismus demonstrierten auch in Iserlohn etwa 300 Menschen gegen die wachsende Kriegsgefahr.

„Purer Unsinn"

Herbert Mies verteidigt die NATO

In der „Deutschen Volkszeitung" 19/81 findet sich ein Gespräch mit Herbert Mies, dem Vorsitzenden der DKP. Darin heißt es u.a. (man beachte schon die Art der Fragestellung!):

„DVZ: ...Ähnlich wie in den 50er Jahren ist derzeit wieder die Rede von Neutralismus und Pazifismus. Bundeskanzler Schmidt behauptet, wer die amerikanische Raketenkröte nich schlucken will, stelle das Bündnis in Frage. **Wer aber möchte das schon?**

Herbert Mies: Es geht keineswegs darum, die Bundesrepublik aus dem Bündnis mit den USA herauszulösen... Es geht nicht um die Sprengung von Bündnissen, sondern um die Rolle, die die Bundesrepublik darin spielen will. Zur Debatte steht, ob die Regierung in Bonn die aggressiven Kräfte der USA zur Fortsetzung ihres Konfrontationskurses ermuntert oder ihnen widersteht... **Der Vorwurf, eine die Abrüstung fördernde Bundesrepublik löse sich aus dem Bündnis mit den Amerikanern, ist purer Unsinn."**

(Hervorhebungen von uns — Red.)

Demonstration gegen die Stationierung von Atomraketen

16.5., 12.30 Uhr, Mönchengladbach, Flachsbleiche.

Sammelpunkt der KPD: 11.30 Uhr, St.-Christopherus-Kirche, Gladbacher Straße.

Anschließend an die Demonstration, ca. 15.00 Uhr:

Veranstaltung der KPD

Es spricht: Helmut Weiss, Redaktion „Roter Morgen"

„Haus Ohlenforst"

Mönchengladbach-Neuwerk, Engelbeckerstr. 326

50000 demonstrieren für den Frieden und gegen den Krieg

Volkskorrespondenz aus Westberlin

Einen großen Fortschritt in der Friedensbewegung bedeutete die Demonstration vom 8. Mai, an der sich 50000 Menschen beteiligten. Über sonstige politische, weltanschauliche und religiöse Differenzen hinweg unterzeichneten 80 Organisationen, Initiativen und Parteien einen gemeinsamen Aufruf zur Demonstration. Sie richtete sich hauptsächlich gegen den Nachrüstungsbeschluß der NATO, gegen die atomare Bewaffnung usw.

Viele ältere Menschen beteiligten sich an dieser Demonstration und trugen ihre Erfahrungen zweier erlebter Kriege an die Jugend. In aller Deutlichkeit zeigt diese wohl machtvollste Demonstration in Westberlin seit dem Zweiten Weltkrieg, daß die Bevölkerung es ernst meint, wenn sie sagt: „Von deutschem Boden darf nie wieder ein Krieg ausgehen".

Die KPD verbreitete auf der Demonstration den Friedensplan, der gerade die verfaßte Erklärung der Sektion Westberlin enthält. So die Forderung nach Neutralität als auch die nach einer entmilitarisierten und freien Stadt, fanden großes Interesse und wird sicher verstärkt diskutiert werden. Dies zeigte auch der rege Andrang von interessierten Menschen am Literaturstand der Partei, der unter vielen anderen Ständen am Ort der Abschlußkundgebung aufgebaut war. Die Menschen in unserem Land verlangen den Frieden, das wird immer deutlicher, und da reicht es nicht nur, einzelne Waffensysteme abzulehnen, sondern da muß der Austritt aus der NATO her, die neutrale BRD muß her, und da muß es auch eine entmilitarisierte, freie Stadt Westberlin geben.

Sondersitzung der Innenminister

Schon wieder neue Polizeiwaffen.

BONN. — Eine Sondersitzung der Länderinnenminister in Brühl hatte am 6. Mai auch die polizeiliche Vorbereitung auf Bürgerkriegsmaßnahmen zum Thema. Im Mittelpunkt stand die Frage einer Verschärfung der Polizeibewaffnung mit Gummi- oder Plastikgeschossen und Kampfgas.

Eine Einigung über die Art neuer Waffen „zwischen Schlagstock und Pistole", wie es von seiten des Staates immer umschrieben wird, kam an diesem Tag nicht zustande. Noch wollen nicht alle Minister der Einführung der oft tödlich wirkenden Gummigeschosse zustimmen, deren Einsatz bisher vor allem von Tandler (CSU, Bayern) und Möcklinghoff (CDU, Niedersachsen) gefordert wurde. „Zu einem späteren Zeitpunkt" soll nochmals darüber beraten werden. Es ist gut möglich, daß bis dahin die CDU-regierten Länder und Bayern von sich aus die gewünschte neue Bewaffnung vornehmen. Tandler hat seine Entschlossenheit dazu bekräftigt.

Als „Alternative" zu den Gummigeschossen ist derzeit eine Plastikmunition im Gespräch, die der Stuttgarter Polizeiberater Siegfried Hübner erfunden hat.

Ein vier Zentimeter starker und fünf Zentimeter langer Plastikzylinder soll die beabsichtigte mannstoppende Wirkung erzielen, ohne ernsthafte Verletzungen hervorzurufen. Und zwar gleichgültig, ob er aus 30 oder drei Metern Entfernung trifft. Ähnliches hatte man auch von den Gummikugeln behauptet, als ihr Einsatz zum ersten Mal öffentlich in Erwägung gezogen wurde. Die gegenteiligen Erfahrungen aus Einsätzen etwa in Nordirland wurden von offizieller Seite bewußt verschwiegen, konnten dann allerdings nicht geheimgehalten werden, nachdem es auch in der benachbarten Schweiz zu lebensgefährlichen Verletzungen jugendlicher Demonstranten durch den Einsatz dieser Waffen gekommen war. Auch Plastikgeschosse sind keine neue deutsche Erfindung: Sie werden ebenfalls bereits in Nordirland eingesetzt.

Auch hierbei handelt es sich um Bürgerkriegswaffen. Und niemand wird ernsthaft die Behauptung aufrechterhalten können, das beschriebene Geschoß könne aus wenigen Metern Entfernung, bei Treffern zum Beispiel in die Augen, nicht tödlich wirken!

Bezeichnend ist, daß bei dieser Munition der Einsatz aus nächster Nähe als völlig unbedenklich bezeichnet wird; eine Aufforderung an Polizisten, die Waffe auch dementsprechend einzusetzen, während ein solcher Gebrauch bei anderen Waffen wenigstens formal untersagt war. Wie wenig das allerdings zu bedeuten hat, haben inzwischen Tausende von demonstrierenden Bürgern zum Beispiel beim Einsatz der chemischen Keule erleben müssen, die Polizeibeamten noch aus wenigen Zentimetern Entfernung benutzt, ohne daß einer von ihnen wegen dieser gezielten Gesundheitsschädigung jemals belangt worden wäre.

Der westdeutschen Bevölkerung aber soll der Einsatz der Plastikgeschosse als geradezu humanitäre Maßnahmen verkauft werden. Dabei geht es auch darum, auf den Einsatz von Schußwaffen vorzubereiten. Durch das „öffentliche Nachdenken" der Politiker und Polizeifunktionäre sollen sich die Menschen in unserem Land an den Gedanken gewöhnen, damit die ersten gezielten Todesschüsse in eine Demonstrantenmenge nicht so unverhofft fallen.

Zu Vorreitern der bürgerkriegsmäßigen Ausstattung der Polizeitruppen machen sich auch immer die Führer der Polizeigewerkschaften. Dietrich Siemann, GdP-Vorsitzender in Baden-Württemberg, ging bei der Vorstellung der Plastikmunition gleich in die Offensive: „Wer es ablehnt, die Lücke zwischen Schlagstock und Schußwaffe zu schließen, trägt die Mitverantwortung dafür, wenn Polizeibeamte in Notwehr scharf schießen."

Auch die Ausrüstung der Polizei mit chemischen Kampfstoffen soll erweitert und vor allem dem vorgesehenen Einsatz gegen Massendemonstrationen angepaßt werden. Die chemische Keule reicht da nicht mehr aus. Allerdings wird diese Motivation von offizieller Seite nicht zugegeben: wieder werden angeblich menschenfreundliche Beweggründe vorgeschoben.

Daß das Chloracetophenon (CN) der chemischen Keule schwere gesundheitliche Schäden hervorruft, kann inzwischen nicht mehr abgestritten werden. Das in einem neuentwickelten „Reizstoffsprühgerät (RSSG) verwandte Ortho-Chlorbenzyldenmalonitril (CS) soll angeblich völlig ungfährlich sein und einen Getroffenen nur kurzzeitig kampfunfähig machen.

Die Vorteile für die Polizeistrategen liegen auf einem anderen Gebiet. Das RSSG ist „wie eine Maschinenpistole zu handhaben": eine „handliche Sprühpistole" verschießt das Kampfgas, das mit einem Gummischlauch aus einem Behälter zugeleitet wird, den die Polizisten auf dem Rücken tragen (siehe Bild). Sie soll aus Entfernungen bis zu 20 Metern wirksam sein; als Wirkung werden Beklemmungsgefühle, Tränenfluß und „Desorientierung" angegeben. Ein Polizeiexperte: „Ein Getroffener ist so mit sich selbst beschäftigt, daß er zu Widerstand nicht mehr fähig ist und unproblematisch festgenommen werden kann." Die „Desorientierung" Getroffener hält praktischerweise auch noch für die Zeit des Abtransports aufs Revier oder ins Gefängnis an. Nach etwa einer halben Stunde ist man dann wieder „vernehmungsfähig".

Demonstration des „Reizstoffsprühgerätes": Zu handhaben wie eine Maschinenpistole.

Auch über die Anwendung des RSSG haben sich die Innenminister am 6.5. noch nicht endgültig geeinigt. Gemeinsamkeiten verkündeten sie bisher nur bei der Forderung nach besserem Schutz der Polizeibeamten durch Auspolsterung ihrer Kampfuniformen an den bekannten kritischen Stellen und dem Verbot der makabrerweise „passiven Bewaffnung" genannten Selbstschutzmaßnahmen von Demonstranten, wie Gesichtstücher und Helme. An einer Verschärfung des Demonstrationsrechts wird weiterhin gearbeitet, mit Unterstützung aller unionsregierten Länder will Uwe Barschel (Schleswig-Holstein) noch vor der parlamentarischen Sommerpause eine Gesetzesinitiative zur Beschneidung des Demonstrations- und Versammlungsrechts einbringen.

Meldungen

ÖTV Karlsruhe: Ausschlußantrag gegen VOLKSFRONTler

Dem VOLKSFRONT-Mitglied und ehemaligen Bundestagskandidaten der VOLKSFRONT, Harald Luschnat, wurde am 5.5. von der ÖTV-Kreisverwaltung Karlsruhe mitgeteilt, daß diese beim Hauptvorstand einen Ausschlußantrag eingereicht hat.

Obwohl Harald Luschnat nachwies, daß die VOLKSFRONT viele gewerkschaftliche Forderungen in ihrem Programm hat, wird das Verfahren weiter betrieben. Der ÖTV-Hauptvorstand hat sich generell gegen die Mitgliedschaft von Gewerkschaftern in der VOLKSFRONT erklärt und behandelt diese als „feindliche Organisation". Bereits jetzt ruhen sämtliche Rechte und Pflichten des Kollegen Luschnat. Er darf — und das wird den Bonzen besonders recht sein — auch seine Funktion als Mitglied der Tarifkommission für Angestellte im Bereich Transport und Verkehr nicht mehr wahrnehmen.

Tagung demokratischer Strafverteidiger

WESTBERLIN. — Auf dem 5. Strafverteidigertag am 3. Mai forderten die Teilnehmer in einer Resolution die Justizminister der Länder auf, die RAF-Gefangenen umgehend in Gruppen zusammenzulegen.

Den Verteidigern dieser Gefangenen war zugesichert worden, nach Beendigung des Hungerstreiks diesbezügliche Forderungen zu prüfen und zu entscheiden. Bis heute aber hat sich in dieser Hinsicht nichts getan.

Desweiteren forderten die Verteidiger die Abschaffung des Paragraph 146 StPO, der die Verteidigung mehrerer Beschuldigter in einem Verfahren durch denselben Anwalt verbietet.

Der Verfassungsrichter Hirsch erklärte auf einer Veranstaltung, er verteidige jedes Wort der beschlossenen Erklärungen.

Die Strafverteidiger verurteilten auf ihrer Tagung auch die immer weiter gehende Einflußnahme von Polizeiorganen auf Strafverfahren durch Einschränkung oder Verweigerung der Aussagegenehmigung für Beamte, durch die Geheimhaltung von Akten und Zeugen, durch den Einsatz von V-Leuten und Lockspitzeln, die mit behördlicher Deckung andere zu Straftaten verleiten und sich selbst daran beteiligen. Sie wandten sich ebenfalls gegen die Praxis, Angeklagten gegen ihren Willen Pflichtverteidiger aufzuzwingen.

Massenprotest gegen 150 Verhaftungen

DUISBURG. — Der Protest gegen die Willkürliche Verhaftung von 150 Jugendlichen (siehe RM 19/81) zieht immer breitere Kreise. Es laufen Bemühungen, einen Ermittlungsausschuß ins Leben zu rufen, der die Hintergründe dieser einzigartigen Provokation offenlegt und die Interessen der Betroffenen wahrnimmt. Die Rote Garde, von der auch drei Mitglieder unter den Verhafteten waren, setzt sich aktiv für das Zustandekommen eines solchen Ausschusses und breite Öffentlichkeitsarbeit ein. Tausende Exemplare eines Flugblatts werden zur Zeit verteilt.

Die Duisburger Jugendlichen bedürfen der entschiedenen Unterstützung aller Demokraten. Das „Nürnberger Beispiel", das hier noch übertroffen wurde, darf nicht Schule machen. Solidaritätserklärungen und Anfragen an: D. Feldmann, Metzer Str. 24, 4100 Duisburg 12, Tel.: 0203 / 44 30 14.

DÜSSELDORF. — Immer mehr aktive Gewerkschafter ergreifen öffentlich gegen reaktionäre Maßnahmen von Regierung und Kapitalisten, gegen faschistische Umtriebe und ähnliches Partei. Diese begrüßenswerte Tatsache ist für die Bonzen im DGB Anlaß zur Sorge: Sie haben Angst, daß sich dieses Engagement zunehmend gegen sie selbst richtet, daß öffentlich klar wird, daß ein großer Teil der Mitglieder die Vorstandspolitik nicht mitmacht. Deshalb will die DGB-Zentrale den Gewerkschaftern jetzt verbieten, Unterschriftenlisten und Aufrufe mit Angabe ihrer gewerkschaftlichen Funktionen zu unterzeichnen.

Die Angst der Bonzen

...vor dem gesellschaftspolitischen Engagement der DGB-Mitglieder

DGB-Sprecher Ulrich Preußner beschimpfte Kollegen, die bisher so verfahren sind, am 6. Mai damit, „Mißbrauch gewerkschaftlicher Ämter" getrieben zu haben. Der Vorstand verabschiedete eine Verhaltens-„Richtlinie", mit der die Kollegen zukünftig davon abgehalten werden sollen.

„Mißbrauch gewerkschaftlicher Ämter" — ein normaler Gewerkschafter würde dabei eher an die Treffen und Absprachen zwischen Vetter und Strauß, dem Gewerkschaftsfeind Nr. 1 in unserem Land, denken! Oder an den NGG-Chef Döding, der Springers „Bild"-Zeitung zum Sprachrohr seiner Hetze gegen Hausbesetzer macht und die Polizei zu Gewalttätigkeiten ermuntert!

Aber das ist für den Bundesvorstand keine verdammenswerte Sache, weil eben das seine Politik ist. Bezeichnenderweise waren es gerade die vielfältigen Aktivitäten gegen die Kanzlerdiktatur von Strauß, an denen Tausende Gewerkschafter teilnahmen und in deren Rahmen auch Unterschriften gesammelt wurden, die in höheren DGB-Kreisen Verunsicherung hervorgerufen hatte. Diese Aktivitäten haben auch die beim ersten Treffen zwischen Vetter und Strauß bekundete Harmonie gestört...

Preußner behauptet, „politische Gruppen" würden in immer stärkerem Maße versuchen, „ihren Vorstellungen durch Unterschriftensammlungen im Bereich der Gewerkschaften besonderes Gewicht zu verleihen". Sollte man nicht erst einmal prüfen, ob es dabei um eine unterstützenswerte Sache geht? Darüber allerdings gibt es wohl meist unterschiedliche Meinungen, und die DGB-Führung kommt bei einer Gegenüberstellung der Ansichten sicherlich in der Regel sehr schlecht weg. Und was heißt denn **„ihren"** Vorstellungen? Als ob die Unterschriftensammlungen, die den Bonzen solch ein Dorn im Auge sind, mit gewerkschaftlicher Arbeit gar nichts zu tun hätten! Dabei waren und sind viele der fortschrittlichen Initiativen, die für ihre Forderungen auch mit Unterschriftensammlungen um Unterstützung werben, von aktiven Gewerkschaftern ins Leben gerufen worden. Daß diese manchmal — aber längst nicht immer — außer im DGB auch in politischen Parteien oder Organisationen aktiv sind, die dem Vorstand nicht genehm sind, ist eine ganz andere Sache. Und darauf schauen die Kollegen und Gewerkschaftsfunktionäre, die unterzeichnen, auch nicht in erster Linie. Sie prüfen die Inhalte, denn **sie** sind von den Vorstößen der Reaktion direkt betroffen — meist im Gegensatz zu Vetter, Loderer, Preußner und Co! Hier zeigt sich ein begrüßenswertes und gerade heute unbedingt notwendiges gesellschaftspolitisches Engagement der Gewerkschafter, dem die Unterstützung auch der Gewerkschaftsorganisationen gebührt.

Wenn es in der Begründung der Richtlinie weiter heißt, in Aufrufen würden oft Themen angesprochen, „zu denen die zuständigen Beschlußorgane der Gewerkschaften bereits Stellung bezogen oder in Wahrnehmung ihres satzungsgemäßen Auftrages selbst abzugeben haben" und damit den Kollegen an der Basis einen Maulkorb verpaßt werden soll, so wirft das ein gleichermaßen schlechtes Licht auf die Arbeitsmethoden und die politische Qualifikation der Gremien als auch auf das Verständnis von Demokratie, das bei diesen Funktionen vorherrscht.

Man fürchtet, so wird grundsätzlich festgestellt, daß „Unterschriftenleistungen unter nichtgewerkschaftliche Aufrufe oder Stellungnahmen mit ausdrücklicher Beschreibung der Gewerkschaftszugehörigkeit und ihrer haupt- oder ehrenamtlichen Funktion in der Öffentlichkeit den Eindruck innergewerkschaftlicher Uneinigkeit erwecken". Auch hier sollten sich die Bonzen an die eigene Nase fassen. Denn dieser Eindruck ist berechtigt und hat seine Grundlage in der arbeiterfeindlichen Vorstandspolitik. Das weiß der Vorstand selber, aber eben das soll vertuscht werden.

Viele Gewerkschafter haben erkannt, daß ein weit größerer Einsatz der vollen gewerkschaftlichen Kampfkraft an vielen Fronten des gesellschaftlichen Kampfes notwendig ist. Überall geht es um die elementaren Rechte und Interessen der gesamten Arbeiterklasse: Im Kampf für die Erhaltung des Friedens, gegen den Terror der Neo-Nazis, gegen die reaktionären Pläne und Machenschaften von Politikern und Bundesregierung, gegen die Vorbereitung eines neuen '33. Sie verdienen breiteste Unterstützung. Wer sich diesem Engagement in den Weg stellen, wer eine Solidarisierung verhindern will, der handelt gewerkschaftsfeindlich. Wer öffentlich unter Berufung auf seine Position im DGB dagegen hetzt, mißbraucht seine gewerkschaftlichen Ämter. Wer sich so gegen die Interessen aller Gewerkschafter stellt, muß in den Gewerkschaften isoliert werden. In diesem Fall ist ausdrückliche Opposition erste Pflicht jedes aufrechten Gewerkschafters.

Dietrich Lohse

„Ich schäme mich vor den Gästen unserer Stadt“

Volkskorrespondenz aus Westberlin

Liebe Redaktion des „Roten Morgens“

Von den Ereignissen am Sonntag, den 26.4., in Berlin, haben Sie sicher gehört. Dieses Drama habe ich von Anfang bis Ende miterlebt. Einen kurzen Bericht darüber, mit meinen Empfindungen und Fragen möchte ich Ihnen zustellen. (...)

Dieser Vorfall ruft Erinnerungen hervor, die man für alle Zeiten erledigt glaubte. Doch wurden viele Bürger Berlins und Gäste aus Westdeutschland und dem Ausland eines besseren belehrt. Was sich vom Nollendorfplatz bis zum türkischen Konsulat am Kurfürstendamm abspielte, war eine Bankrotterklärung der Demokratie in Berlin. (...)

Da können sich die denkunfähigen Nachkommen aus der braunen Jauche (man verzeihe diese Ausdrucksweise) in Uniform ähnlichen, mit allerlei Phantasielametta behängten Kleidungsstücken an den Straßenrand stellen und den Faschisten zujubeln. Natürlich unbehelligt von der Polizei. Und da werden auf der anderen Seite junge Menschen, die zu Recht gegen Faschisten demonstrieren, hemmungslos zusammengeschlagen. Von unserer Polizei. Einem etwa 15jährigen Mädchen wird ein Polizeiprügel nachgeworfen, der sie zu Fall bringt; nicht weniger als drei Polizisten prügeln auf die am Boden Liegende ein. Vor meinen Augen wird ein junger Mann zusammengeschlagen und am Boden liegend, weiter mit Knüppeln bearbeitet. Auf dem Kurfürstendamm springen einige „Freunde und Helfer“ aus einem Mannschaftswagen, drängen vier spazierengehende Ausländer gegen eine Hauswand, mit den Händen an die Wand und die Beine gespreizt — Schwerverbrecher werden wohl so behandelt — tasten sie nach Waffen ab und nehmen alle vier mit. Wohlgemerkt, vier Spaziergänger. Es soll an dieser Stelle auch nicht vergessen werden, die von Passanten gehörte Bemerkung eines Polizeioffiziers wiederzugeben. Der zu dem um ihn Stehenden sagte: „Habt ihr euch wenigstens abreagiert?“ Vielleicht auch noch die Worte eines Polizisten zu seinem Nebenmann: „Nun werden wir die erst mal kleen machen.“

Der etwas später ankommende Faschistenhaufen machte vor dem türkischen Konsulat halt, bekam von den Einpeitschern der „grauen Ratten“ (Entschuldigung, „Wölfe“) noch einige Parolen vorgebetet und — ich glaubte, mich zu verhören — dann bedankte sich ein dieser Figuren bei der Berliner Polizei für die Organisation und den Schutz, der zu dem guten Ablauf der Demonstration beitrug.

Als Berliner habe ich mich vor den Gästen unserer Stadt geschämt. Einige Leute in meiner Nähe wendeten sich bei der viehischen Prügelei ab und spruckten aus. Die Frage eines Passanten: „Wie ist so etwas ausgerechnet in Berlin möglich?“, konnte ich nicht beantworten. Doch verstehen konnte ich andere westdeutsche Gäste, die davon sprachen, daß man sie so bald nicht wieder nach Berlin bekäme.

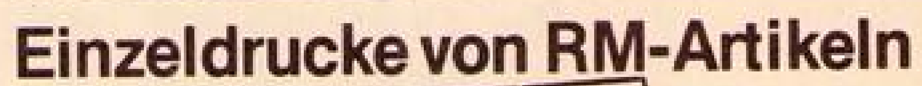
Ist es den Verantwortlichen dieser Stadt nicht möglich, diese oder ähnliche Veranstaltungen zu untersagen? Sollte es wirklich nicht möglich sein, jede faschistische Organisation in Berlin zu verbieten? Es sind doch die Kontrollratsbeschlüsse der Besatzungsmächte immer noch in kraft; nach denen jede, auf Faschismus hindeutende Tätigkeit verboten ist. Nach denen der private Besitz von Waffen jeder Art streng bestraft wird. Oder will man so etwas nicht nur nicht verbieten, sondern insgeheim heranzüchten? Damit man in absehbarer Zeit eine noch rücksichtslosere Schlägertruppe zur Verfügung hat. Der es dann auch auf ein paar Tote nicht ankommt? Wie es zur Zeit in der Türkei von der Militärjunta praktiziert wird, die mit unseren Steuergeldern von unserer Regierung unterstützt wird.

Heinz R., 1 Berlin



Dies ist eine Einladung des Landesbezirks Ruhr der Roten Garde, der Jugendorganisation der KPD. In einem Flugblatt der RG heißt es:
Von Donnerstag, den 21. Mai, bis Sonntag, den 24. Mai, organisieren wir ein Zeltlager in Holland an der Nordsee. Auch wenn's zum Baden wahrscheinlch noch zu kalt ist, wird das für jeden eine lohnende Sache!

Vorläufiges Programm:
Freitag abend: **Mammutfete am Strand** mit Grill
Samstag: Ausschlafen und abends **im Großzelt Veranstaltung** mit Bericht vom 2. Kongreß der Roten Garde, Musik, Kabarett...
Sonntag morgen: **Bilder vom Kampf der Jugend** in Holland mit dem Cine-Club...
Der Hammer: Vier Tage Vollverpflegung nur 50 Mark, zwei Tage Vollverpflegung schlappe 35 Mark.
Mitbringen solltet ihr: Bruder, Schwester, Kumpel, Kumpelin, Zelt, Luftmatratze und Schlafsack, dicke und dünne Klamotten, Regensachen, Badehose und viel Bock, was los zu machen!
Außer euch haben wir eingeladen:
„Der wahre Anton“, Kabarett aus Köln • „Rote Trommel“, Musik aus Surinam • Cine-Club, rote Filmemacher aus Holland • Genossen und Freunde aus der ganzen BRD.
Also, nix wie hin nach Ostkapelle! (...) **Anmeldungen an: Gerd Knoop, Hörder Kampweg 21, 4600 Dortmund 30, Tel.: (0231) 468865.**





Um die Arbeit mit dem „Roten Morgen“ zu erleichtern und Material für die Agitation an der Hand zu haben werden Artikel des „Roten Morgens“ zu aktuellen Fragen als Einzeldrucke herausgegeben. Folgende Drucke sind erschienen: Preis 0,50 DM für zehn Stück!

„Wie Faschismus entsteht — und verhindert wird“;
„Die neuen Männer in Washington“;
„Aus der Geschichte der KPD“ (in türkischer Sprache).

Bestellungen an Verlag Roter Morgen, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30.

• Neu erschienen • „Klassenkampf in Polen“. Eine Artikelserie zur Lage in Polen (RM 15—17/81) Stückpreis 10 Pf. Betrag bitte in Briefmarken beilegen!

Liebe „Roter-Morgen“-Leser,

als kommunistische Zeitung erhält der „Rote Morgen“ keinerlei Anzeigenaufträge der Wirtschaft. Er muß allein aus dem Verkauf und den Spenden seiner Leser finanziert werden. Die galoppierende Teuerung trifft uns hart. Nicht jeden Anstieg unserer Kosten können und wollen wir an unsere Leser weitergeben. Denn wir wollen, daß der „Rote Morgen“ mehr und nicht weniger gelesen wird. Wir bitten Euch deshalb

SPENDET FÜR DEN „ROTEN MORGEN“!

Spenden bitte überweisen auf folgende Konten:
KPD
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30
PSchKto: PSchA Dortmund (BLZ 44010046) Kto-Nr. 6420 — 467
Bank: Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199) Kto.Nr. 321004547

Spenden für den „Roten Morgen“ als Zentralorgan der KPD sind bei der Lohnsteuer bzw. Einkommensteuer steuerlich absetzbar. Höchstgrenzen: Ledige 1800,— DM im Jahr, Ehepaare 3600,— DM im Jahr. Auf Wunsch versenden wir an die Spender Spendenbescheinigungen.

Friedensdemonstration in Bremen

Vor einem Jahr — am 6. Mai 1980 — erlebte die bundesweite Bewegung der gegen die militaristischen Spektakel der öffentlichen Vereidigungen in Bremen einen spektakulären Höhepunkt. 10000 Kriegsgegner zogen zum Weserstadion, wo im Beisein von Carstens und Apel eine Gelöbnisfeier durchgeführt wurde.

Noch Monate später gaben die „Bremer Krawalle“ den reaktionären Politikern aller Parteien Anlaß zur Hetze gegen die Friedensbewegung und zu Forderungen nach einer Verschärfung des Demonstrationsrechts. In der vergangenen Woche versammelten sich am 6. Mai 4000 Bremer zu einer Massendemonstration. Dieser Termin war jedoch nicht aus nostalgischen Gründen gewählt worden. Gegen ca. 20 Teilnehmer der großen Demonstration vom Vorjahr laufen nämlich Verfahren, und somit war der Aufmarsch in der vergangenen Woche nicht zuletzt auch eine Solidaritätsdemonstration mit diesen Demonstranten, denen stellvertretend für alle Kriegsgegner der Prozeß gemacht werden soll.

Weitere Schwerpunkte der Demonstration vom vergangenen Mittwoch, an der sich auch die KPD, die Rote Garde und die Volksfront beteiligten, waren die Absage an alle Versuche, die Polizei für den Einsatz gegen Demonstrationen noch weiter aufzurüsten und die Forderung nach der Aufhebung des sogenannten Nachrüstungs-Beschlusses der NATO.

Die Demonstration war der Höhepunkt einer Friedenswoche in Bremen, in deren Verlauf die beteiligten Organisationen eine Reihe von Veranstaltungen durchführten. Die KPD stellte ihren Friedensplan vor. Am vorletzten Sonnabend wurde die Woche mit einem gemeinsamen großen Friedensfest beschlossen.



Am Jahrestag der großen Aktion gegen die öffentlichen Rekrutenvereidigungen fand in Bremen eine Demonstration statt, die von zahlreichen Organisationen getragen wurde.



Massiver Aufmarsch der Polizei

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. ......

☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich **DM 60.-** ☐ halbjährlich **DM 30.-**

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD
☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name:

Straße:

Plz/Ort:

Datum: **Unterschrift:**
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.**

Enver Hoxha

Die jugoslawische „Selbstverwaltung" – kapitalistische Theorie und Praxis

Im Jahre 1978 veröffentlichte Genosse Enver Hoxha, 1. Sekretär der Partei der Arbeit Albaniens, sein Buch über den jugoslawischen „Sozialismus". Gerade die gegenwärtigen Ereignisse in der Region Kosova, die blutige Unterdrückung der albanischen Werktätigen dieser Region, schuf zum ersten Mal seit langem auch unter jenen fortschrittlichen Kreisen in der Bundesrepublik starke Zweifel, die der jugoslawischen Propaganda glauben. Dort wird Jugoslawien als ein demokratischer, sozialistischer Staat dargestellt. Im Buch des Genossen Enver Hoxha wird dagegen anhand zahlreicher Tatsachen bewiesen, daß nichts davon wahr ist. Dieses Buch, das jedem empfohlen werden muß, der sich mit den Verhältnissen in Jugoslawien befassen will, ist in der Auseinandersetzung mit einem Text des jugoslawischen Chefideologen E. Kardelj geschrieben. (Zwischenüberschriften Redaktion RM).

ENVER HOXHA

DIE JUGOSLAWISCHE »SELBSTVERWALTUNG« KAPITALISTISCHE THEORIE UND PRAXIS

Zu bestellen bei Verlag Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103

Die Frage der Nationalitäten

Wie steht es mit der Frage der Nationen und Nationalitäten in Jugoslawien aus? Die jugoslawische Föderation hat tiefe Konflikte auf diesem Gebiet geerbt. Die Politik der großserbischen Könige und der reaktionären chauvinistischen Kreise in Jugoslawien war so, daß sie, historisch, Konflikte und Feindseligkeiten zwischen den Nationen und Nationalitäten geschürt hat.

Nach dem Zweiten Weltkrieg gab die Föderative Republik Jugoslawien die Losung „Vereinigung — Verbrüderung" aus, doch dieses Schlagwort reichte nicht aus, um die ererbten Unstimmigkeiten zu lösen, die alten Konflikte, die hemmungslose Gier nach Herrschaft über die anderen wurde deshalb nicht beseitigt.

Gegenüber den zentrifugalen Tendenzen der Republiken und Gebiete gegenüber der Föderation verfolgte die Renegatenclique Titos keine marxistisch-leninistische nationale Politik. Im Gegenteil, die Beziehungen zwischen den Nationalitäten blieben die gleichen wie zur Zeit der Könige, und gegenüber einigen Nationalitäten ging der Völkermord weiter. Diese Politik diente dazu, den Haß und die Streitigkeiten zwischen den Nationen und Nationalitäten Jugoslawiens anzuheizen. Die „Vereinigung" und die „Verbrüderung" der Völker, die in Jugoslawien viel gesprochen wird, wurde niemals auf richtige Fundamente der wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Gleichheit der Nationen und Nationalitäten gestellt.

Ohne die Gleichheit auf diesen Gebieten herzustellen, ist es unmöglich, die nationale Frage in Jugoslawien richtig zu lösen. Es werden nun schon drei Jahrzehnte, ohne, daß der „Selbstverwaltungssozialismus" über die Demagogie von der „selbstregierten Gemeinschaft der Nationen und Nationalitäten neuen Typs" hinaus irgendetwas für die Verwirklichung der souveränen Rechte dieser verschiedenen Nationen und Nationalitäten in den Republiken und Gebieten Jugoslawiens gebracht hat. So besteht zum Beispiel im Gebiet Kosova, mit einer albanischen Bevölkerung, die das Dreifache der Bevölkerung der Republik Montenegro ausmacht, im Vergleich zu den übrigen Gebieten Jugoslawiens eine ausgeprägte wirtschaftliche, politische, soziale und kulturelle Rückständigkeit. Auch in den großen Republiken gibt es in allen Lebensbereichen unzulässige Unterschiede gegenüber anderen Republiken. Dieser Zustand ist der schwächste Punkt der Föderation der jugoslawischen Revisionisten, der diese in den Grundfesten schwanken läßt. Die Hoffnungen auf eine Lösung der alten und neuen Unstimmigkeiten zwischen den Nationen in Jugoslawien sind aussichtslos.

Analysiert man diese äußerst schwierige und verworrene Situation mit wissenschaftlicher Objektivität gelangt man zu der unanfechtbaren Schlußfolgerung, daß die nationale Frage in Jugoslawien nicht gelöst werden wird, wenn man dort nicht den Marxismus-Leninismus anwendet, also, wenn dort die kapitalistische sogenannte Selbstverwaltungsordnung nicht gestürzt wird.

Diese Gefahr spüren die titoistischen Renegaten und wollen deshalb, wenn sie schon die Fragen der Nationen und Nationalitäten in den Mund nehmen müssen, den Graben durch einige bombastische Erklärungen überbrücken, ohne in die Probleme einzudringen, oder sie suchen bei den anderen Revisionisten um falsche Zeugnisse nach, wie das geschah, als sie den Erklärungen der chinesischen Revisionisten über die „marxistisch-leninistische Lösung der nationalen Frage in Jugoslawien" große Publizität gaben.

In Worten können die Revisionisten die Beziehungen zwischen den Nationen und Nationalitäten in Jugoslawien darstellen, wie sie wollen, die bittere Wahrheit über diese Frage aber wird sie noch über den Tod hinaus mit ihrem Schrecken verfolgen.

Die nationale Frage in Jugoslawien wird von den Völkern selbst gelöst werden, die von der gegenwärtigen Föderation erfaßt sind, und nicht von denen, die, unabhängig von ihren Erklärungen, in der Tat die reaktionäre und chauvinistische Politik ihrer Vorgänger fortsetzen.

Der Rankovic-Terror

Nach 1948 befand sich Jugoslawien, das in einer schweren politischen, ideologischen und wirtschaftlichen Krise steckte, infolge der antimarxistischen Abweichung seiner Führung an einem Kreuzweg. Die titoistischen Renegaten wollten sozusagen auf zwei „Stühlen" sitzen. Auf dem „Stuhl" des Marxismus-Leninismus wollten sie sitzen, um den Schein zu wahren, nur pro forma, während sie sich auf dem anderen, dem kapitalistisch-revisionistischen „Stuhl" richtig niederlassen wollten. Um dies jedoch verwirklichen zu können, brauchten sie unbedingt eine gewisse Zeit. Die Periode nach 1948 war durch die große Krise, durch die Verwirrung — und das Durcheinander stark getrübt und zerrüttet.

Für die Renegatengruppe Tito-Kardelj-Rankovic stellte sich die Frage: Wie konnte sie die Macht behalten und jeden Widerstand des Proletariats und der Völker Jugoslawiens unterdrücken, die für den Sozialismus in Freundschaft und vollständiger Einheit mit der Sowjetunion und den Ländern der Volksdemokratie kämpften? Zu diesem Zweck machten sich die jugoslawischen Revisionisten in erster Linie daran, alles, was in ihrer Partei möglicherweise noch an Marxistisch-Leninistischem verblieben war, und sei es noch so gering, zu liquidieren, und sie in ein Instrument ihrer bürgerlich-revisionistischen Ideologie und Politik zu verwandeln, sie jeder leitenden Funktion zu entkleiden. Die Arbeiterklasse wollten sie zu einer trägen Masse machen, die außerstande war, den Verrat zu erkennen und als die entscheidende politische Kraft der Revolution ihm entgegenzuwirken. Die Normen des demokratischen Zentralismus in der Partei wurden mit Füßen getreten. Die Partei wurde von der UDB abhängig gemacht, die von den Titoisten als Mittel zur Unterdrückung aller Elemente eingesetzt wurde, die nicht für die regressive antimarxistische Wendung waren. Die Partei wurde von allen Menschen „gesäubert", die dem Sozialismus die Treue hielten. Unabhängig davon, daß in ihr zum Schein einige Normen in bezug auf Wahlen, Versammlungen, Konferenzen gewahrt wurden, konzentrierte ihre bürokratische Führung in Wirklichkeit die ganze Macht in dieser angeblich marxistisch-leninistischen Partei in ihren Händen und verwandelte sie in ein bloßes Ausführungsorgan ihrer Befehle und der Befehle des Staatssicherheitsdienstes. So verwandelte die Kommunistische Partei Jugoslawiens vollständig ihr Aussehen und verlor alle Merkmale der Vorhutpartei der Arbeiterklasse, als politische führende Kraft der Gesellschaft. Das war ein großer Sieg für den Kapitalismus, für die in- und ausländische Bourgeoisie.

Um ihre Herrschaft zu retten, mußten die titoistischen Renegaten ohne Aufsehen die Staatsmacht liquidieren, die aus dem Nationalen Befreiungskampf hervorgegangen war, und eine andere Staatsmacht errichten, eine grausame faschistische Diktatur.

Die Führungsclique Tito-Kardelj-Rankovic vollzog also die Liquidierung aller marxistisch-leninistischen Merkmale der Revolution und machte sich auf die Suche nach angeblich neuen „sozialistischen", in Wirklichkeit aber kapitalistischen Wegen auf dem Feld der Wirtschaft, der Innen- und Außenpolitik, der Bildung und der Kultur und in allen anderen Lebensbereichen zu suchen. In dieser Situation wurden die Staatssicherheitsorgane und die Armee in Jugoslawien zur bevorzugten, brutalen Waffe zur Verfügung dieser Handvoll von Renegaten, die drakonisch jeden bestraften, der es wagte, den Verrat anzuprangern. Es begannen die Massenverfolgungen und -erschießungen aller gesunden marxistisch-leninistischen Elemente. Die furchtbaren Konzentrationslager, von denen eines das in Goli-Otok war, füllten sich mit Gefangenen und Internierten.

Die kapitalistische Wirtschaft Jugoslawiens

Das kleine Privateigentum beherrscht die jugoslawische Landwirtschaft vollständig und verfügt über etwa 90 Prozent der Nutzfläche; 9 Millionen Hektar Land gehören zum Privatsektor, über 10 Prozent davon, das heißt, 1,15 Millionen Hektar, zum monopolkapitalistischen, sogenannten gesellschaftlichen Sektor. Über 5 Millionen Bauern bewirtschaften in Jugoslawien im Privateigentum befindlichen Boden. Das jugoslawische Dorf hat noch nie den Weg der wahren sozialistischen Umgestaltung beschritten. Über diesen Zustand verliert Kardelj in seinem Buch kein Wort und vermeidet es, auf das Problem einzugehen, wie er es mit seinem System der „Selbstverwaltung" in der Landwirtschaft aussieht. Wenn er allerdings behauptet, mit diesem System baue man den Sozialismus auf, wie ist es dann möglich, daß er vergißt, auch in der Landwirtschaft „den Sozialismus aufzubauen", die nahezu die Hälfte der Wirtschaft ausmacht? Die marxistisch-leninistische Theorie lehrt uns, daß der Sozialismus in der Stadt wie auf dem Land aufgebaut wird — nicht auf der Grundlage des staatskapitalistischen Eigentums, des angeblich von Arbeitergruppen verwalteten Eigentums oder des offenen Privateigentums, sondern nur auf der Basis des sozialistischen gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln.

In Jugoslawien ist das Privateigentum an Grund und Boden von 10 bis 25 Hektar Land erlaubt. Doch das jugoslawische Gesetz, das den An- und Verkauf des Grund und Bodens, seine Verpachtung und Belastung mit Hypotheken, den Anund Verkauf von Landmaschinen und die Einstellung von Arbeitskräften in der Landwirtschaft zuläßt, schuf der neuen bürgerlichen Klasse des Dorfes, dem Kulakentum, die Möglichkeit, auf Kosten der armen Bauern ihre Bodenfläche, die Zahl der Arbeitsmittel, der Traktoren und Lastwagen zu vergrößern und als Folge davon, die kapitalistische Ausbeutung zu erhöhen und zu intensivieren.

Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse sind in der jugoslawischen Wirtschaft so tief verwurzelt worden, daß auch ausländischen Kapitalisten und Firmen freies Betätigungsfeld gelassen wurde, zu investieren und zusammen mit der einheimischen Bourgeoisie die Arbeiterklasse und die übrigen werktätigen Massen Jugoslawiens auszubeuten. Das jugoslawische System der Selbstverwaltung kann mit Recht als eine Macht der Kooperation zwischen dem jugoslawischen und dem amerikanischen Kapitalismus und anderen Kapitalisten bezeichnet werden. Diese sind Partner bei der Verfügung über die Reichtümer Jugoslawiens in jeder Hinsicht — bei den Fabriken, im Verkehrswesen, im Hotelgewerbe, im Wohnungsbau bis hin zur Seele der Menschen.

Wenn die jugoslawische Wirtschaft bei ihrer Entwicklung einige Schritte getan hat, so ist das nicht im geringsten dem System der "Selbstverwaltung" zu verdanken, wie das die Tito-Revisionisten für sich in Anspruch nehmen. Nach Jugoslawien sind in Form von Investitionen, Krediten und „Hilfen" große Kapitalien der kapitalistischen Welt eingeströmt, die einen beträchtlichen Teil der materiellen Basis des jugoslawischen kapitalistisch-revisionistischen Systems ausmachen. Allein die Verschuldung beläuft sich auf über 11 Milliarden Dollar. Von den Vereinigten Staaten von Amerika hat Jugoslawien über 7 Milliarden Dollar an Krediten erhalten.

Die internationale Bourgeoisie hat das jugoslawische System der „sozialistischen Selbstverwaltung" nicht ohne Absicht mit einer derartigen materiellen und finanziellen Basis gestützt. Die Krücken, die das westliche Kapital lieferte, dienten dazu, dieses System als Muster der Beibehaltung der kapitalistischen Ordnung mit pseudosozialistischem Etikett auf den Beinen zu halten.

Die ausländischen Kapitalisten haben in Jugoslawien mit ihren Investitionen viele Industrieobjekte errichtet, die Produkte von der besten zur schlechtesten Sorte herstellen. Die guten Produkte werden natürlich im Ausland verkauft, im Land dagegen beträchtlich weniger. Obwohl es im Ausland eine starke kapitalistische Überproduktion gibt und alle Märkte von denselben Kapitalisten besetzt sind, die in Jugoslawien investiert haben, verkaufen sie doch die guten Waren auf ihren Märkten mit riesigen Profiten, da die Arbeitskraft in Jugoslawien sehr billig ist, die Produkte im Vergleich zu den kapitalistischen Ländern zu geringeren Kosten hergestellt werden, wo die Gewerkschaften, mehr oder weniger im Namen der Arbeiter gewisse Forderungen an das Kapital stellen. Die besten der in Jugoslawiens Fabriken hergestellten Waren gehen an die multinationalen Gesellschaften, die auch in Jugoslawien aktiv sind. Doch außer dieser Art, Profite herauszuholen, raffen die ausländischen kapitalistischen Investoren auch noch auf andere Weise Profite an sich — durch die Zinsen für die in Jugoslawien angelegten Kapitalien. Diese Zinsen kassieren sie häufig in Form von Rohstoffen oder Grundstoffen.



Armut — Kosova ist die ärmste Region Jugoslawiens

Meldungen

Afghanistan: Bomben auf Kinder

Die Sowjetunion ist von einem internationalen Tribunal der Aggression im Sinne des Völkerrechts und der Charta der UNO gegen das afghanische Volk beschuldigt worden.

Zahlreiche Zeugenaussagen dokumentierten im Verlauf des Tribunals die Grausamkeiten und Verbrechen, die die sowjetischen Truppen in Afghanistan begehen. Dazu gehört unter anderem der Einsatz von Giftgas und Napalm nicht nur gegen die Widerstandskämpfer, sondern auch gegen die Zivilbevölkerung. Besonders schändlich ist der Abwurf sogenannter Schmetterlingsminen. Diese Minen sind als Spielzeug getarnt und treffen vor allem die Kinder.

Südkorea: Vorbehaltlose Unterstützung

In San Francisco haben sich der amerikanische Kriegsminister Weinberger und sein südkoreanischer Amtskollege getroffen. Dabei bekräftigte Weinberger erneut, daß die amerikanischen Imperialisten die Generalsjunta in Südkorea vorbehaltlos unterstützen.

Südkorea soll mit modernsten Waffen — Flugzeugen, Luftabwehrraketen und Panzern — versorgt werden. Weinberger bekräftigte außerdem, daß von einem Abzug der 3000 in Südkorea stationierten US-Soldaten keine Rede sein kann. Weinberger drohte im Gegenteil sogar mit einer Verstärkung der amerikanischen Truppen. Der, nun wirklich nicht mehr neue, Vorwand: eine angeblich „ernsthafte Bedrohung" Südkoreas durch Nordkorea.

Portugal: Demonstrationen im ganzen Land

Am 25. April 1974 wurde die faschistische Diktatur in Portugal durch den Kampf des Volkes und unter den Schlägen des Befreiungskampfes der Völker von Angola und Mozambik gestürzt. Im Gedenken an diesen Tag haben auch in diesem Jahr am 25. April überall im Land Demonstrationen und Kundgebungen stattgefunden, an denen sich Tausende von Werktätigen beteiligten.

Auf der Kundgebung, die am Abend des 24. April in Lissabon stattgefunden hat, sprach Mario Tome, der Abgeordnete der UDP (Demokratische Volksunion). Die Kundgebung wurde von einem Komitee revolutionärer Gewerkschafter, Mitgliedern der UDP und der Kommunistischen Partei Portugals (Wiederaufgebaut) organisiert. Die Demonstrationen und Kundgebungen überall im Land standen ganz im Zeichen des Kampfes der portugiesischen Werktätigen gegen den Versuch der reaktionären Kräfte, die demokratischen Rechte einzuschränken, gegen die Angriffe auf die Lebenslage und gegen die Mitgliederschaft Portugals in der NATO.

Bobby Sands ist tot

Es lebe der Befreiungskampf in Nordirland!

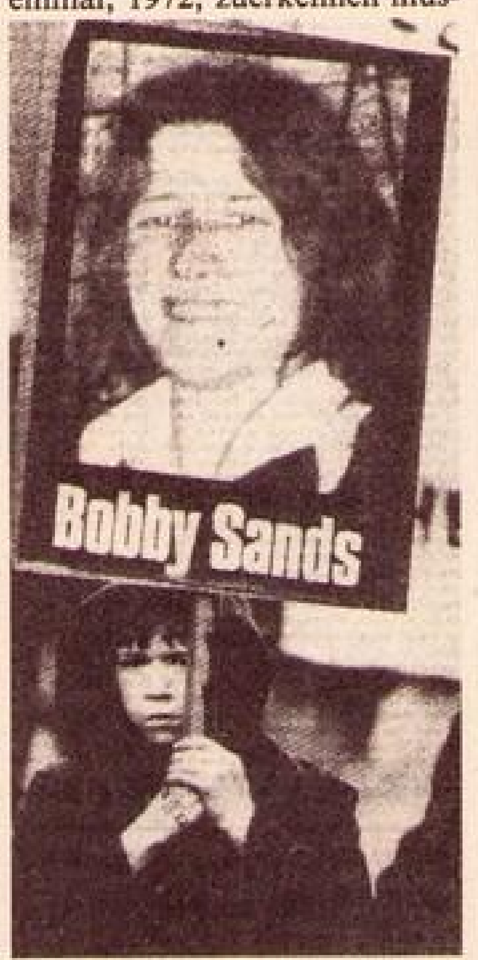
Bobby Sands ist tot. Er starb nach 66 Tagen Hungerstreik in der Nacht zum 5. Mai. Bobby Sands kämpfte und starb für die Freiheit seines Landes. Sein Name ist in den letzten zwei Monaten überall auf der Welt zum Symbol geworden. Zum Symbol für den ungebrochenen Freiheitswillen eines Volkes, das seit Jahrhunderten für seine Unabhängigkeit kämpft, das nicht bereit ist, in Knechtschaft, unter den Bajonetten der britischen Besatzer zu leben.

Der Tod von Bobby Sands war seit Tagen erwartet worden. Die britische Regierung hat über 30000 Soldaten und Polizisten nach Nordirland geschickt, um Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Nordirland befindet sich praktisch im Belagerungszustand. Die Stadtteile, die als Hochburgen der IRA gelten, sind von der Außenwelt abgeriegelt. Sie sind von schwerbewaffneten britischen Soldaten umstellt, in den Straßen wurden Sperren aus gepanzerten Fahrzeugen und Stacheldraht errichtet.

Als Bobby Sands starb, verbreitete sich die Nachricht wie ein Lauffeuer. Hunderte, Tausende von Menschen verließen ihre Häuser und versammelten sich in den Straßen. Autokonvois kreisten durch die Stadt. Vor allem viele Jugendliche hatten sich mit Molotow-Cocktails bewaffnet. Autos wurden in Brand gesteckt, Barrikaden gegen die britischen Besatzer errichtet. Die Demonstranten warfen Säure- und Benzinbomben gegen Armee- und Polizeiposten. Es gab Schwerverletzte und Tote. Trotz des riesigen Truppenaufgebots gelang es den britischen Soldaten und Polizisten nicht, die Demonstrationen und Aktionen zu verhindern. Denn ähnlich wie in Belfast sah es in den anderen Städten und Ortschaften Nordirlands aus.

Nach seinem Tod wurde der Leichnam Bobby Sands in der Wohnung seiner Angehörigen aufgebahrt. Hier nahmen Tausende nordirischer Patrioten von ihm Abschied. Seine Beerdigung am Donnerstag wurde zu einer weiteren großen Demonstration für die Entschlossenheit der nordirischen Bevölkerung, sich ihre Freiheit vom britischen Imperialismus zu erkämpfen.

Wer ist schuld am Tod von Bobby Sands? In seltener Einigkeit behaupteten die britische Premierministerin Margret Thatcher und der Führer der Labour-Partei im Unterhaus, Michael Foot: Es war Selbstmord. Das ist blanker Zynismus, Heuchelei. Bobby Sands befand sich im Hungerstreik, um die Anerkennung der gefangenen Mitglieder der IRA als politische Häftlinge durchzusetzen. Die britische Regierung hatte ihnen diesen Status schon einmal, 1972, zuerkennen müssen.



1976 wurde die Sonderregelung jedoch wieder abgeschafft. Außerdem fordern die Häftlinge im Maze-Gefängnis das Recht, eigene Zivilkleidung tragen zu dürfen, nicht an der Gefängnisarbeit teilnehmen zu müssen, das Recht, sich zu treffen und sich fortzubilden sowie den — üblichen — Erlaß der halben Strafe bei guter Führung.

Alle diese Forderungen sind vollkommen berechtigt und kein vernünftiger Mensch kann daran zweifeln, daß die IRA-Mitglieder im Maze-Gefängnis politische Gefangene sind, auch wenn Margret Thatcher sie noch so sehr als „Kriminelle", als „Verbrecher" beschimpft. Im übrigen wurden Bobby Sands und die anderen ja auch nicht von einem normalen Gericht verurteilt, sondern von einem politischen Sondergericht. Einem Gericht ohne Jury, ohne Geschworene also, und in einem drastisch abgekürzten Verfahren, bei dem noch nicht einmal eine vollständige Beweisaufnahme möglich war. Nein, Bobby Sands hat keinen Selbstmord begangen. Seine Mörder sitzen in London, Downing Street Nr. 10.

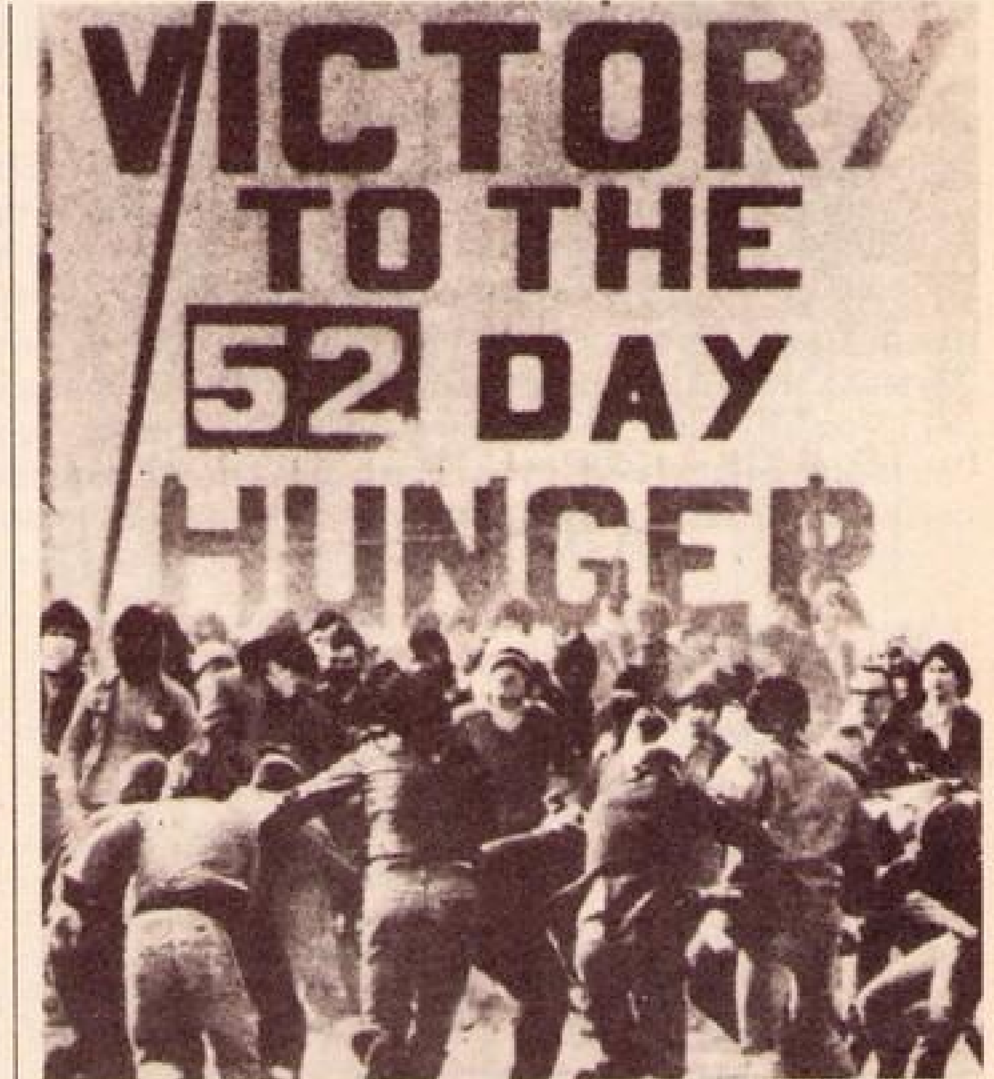
In Zusammenhang mit den Ereignissen in Nordirland wurde auch wieder die alte Behauptung aufgetischt, es handele sich um einen religiösen Konflikt. Richtig ist, daß vor allem die britischen Imperialisten und die nordirischen Faschisten, die sich um den Pfarrer Ian Paisley gruppieren, den religiösen Fanatismus schüren. In Wirklichkeit jedoch haben die Kämpfe in Nordirland tiefe historische und soziale Ursachen. Bekanntlich war ganz Irland lange Zeit eine britische Kolonie. Die Kolonialherrschaft der britischen Großgrundbesitzer und Imperialisten lastete schwer auf dem irischen Volk. Aus dem einst blühenden Land, der grünen Insel, wurde das Armenhaus Europas. Immer wieder kam es aufgrund der maßlosen Ausbeutung zu Hungersnöten, die Tausende von Opfern kosteten. Das Land wurde systematisch entvölkert. Millionen von Iren wurden zur Emigration gezwungen. Wer als Widerstandskämpfer gefangen wurde, ging entweder in britische Gefängnisse oder wurde nach Australien verbannt. Die meisten Iren jedoch wanderten in die USA aus, wo heute mehr Iren leben als in Irland selbst.

Aber weder Hunger noch Armut noch die brutale Unterdrückung konnten den Freiheitskampf des irischen Volkes aufhalten. Immer wieder kam es zu Aufständen, die die britische Kolonialherrschaft erschütterten. Einer der berühmtesten war der Osteraufstand des Jahres 1916, an dessen Spitze die Kommunistische Partei Irlands stand. Damals wurde auch die IRA, die Irische Republikanische Armee, geboren. Der Aufstand wurde von den britischen Besatzern in Blut erstickt. Erst nach dem 2. Weltkrieg sahen sich die britischen Imperialisten gezwungen, dem größten Teil Irlands die politische Unabhängigkeit zu geben, die Republik Irland wurde gegründet. Nordirland aber blieb britische Kolonie. Hier herrscht weiter die britische Armee. Und die britischen Soldaten, die nach Nordirland geschickt werden, kommen aus der Bundesrepublik. Jeder Soldat der in der Bundesrepublik stationierten britischen Rheinarmee wird in regelmäßigen Abständen nach Nordirland geschickt.

Auch heute ist die Arbeitslosigkeit in Nordirland so hoch wie nirgendwo sonst in Britannien. Die wirtschaftliche Lage der meisten nordirischen Werktätigen ist verzweifelt. Um das zu erkennen, braucht man gar keine statistischen Daten ins Feld zu führen. Es genügt, sich Bilder der Arbeiterviertel in Belfast, Derry oder anderen Städten anzuschauen.

Und hier, in der britischen Kolonialherrschaft über Nordirland, in der unerhörten Ausbeutung und Ausplünderung der nordirischen Werktätigen, liegen auch die Gründe für die Kämpfe. Und diese Kämpfe werden, solange die britische Kolonialherrschaft über Nordirland nicht beseitigt ist, auch nicht aufhören. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, ein Wort zur DKP und zur sogenannten Kommunistischen Partei Irlands zu sagen. Sie haben in ihren jüngsten Stellungnahmen den bewaffneten Kampf gegen die britischen Besatzer in Nordirland prinzipiell als schädlich verurteilt. Nun, es ist mit Sicherheit richtig, daß die bewaffneten Aktionen der IRA nicht immer sinnvoll und zweckmäßig sind. Aber daraus die Schädlichkeit des bewaffneten Kampfes gegen den britischen Imperialismus überhaupt abzuleiten, ist Verrat. Denn nach wie vor gilt — und die Tatsachen in der ganzen Welt beweisen es — daß der bewaffnete Kampf gegen den Imperialismus die sicherste Gewähr für den Freiheitskampf der Völker ist.

Verstärken wir unsere Solidarität mit dem Freiheitskampf in Nordirland! Britische Besatzer raus aus Nordirland!



Wie hier in Belfast demonstrierten überall im Land Tausende von Nordiren gegen die britischen Besatzer.

Guatemala

Coca-Cola, Mord und Folter

Nach Nicaragua, El Salvador und Honduras rückt jetzt auch ein anderes zentralamerikanisches Land immer mehr in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses: Guatemala. Tatsächlich sind dort die Verhältnisse für das Volk ebenso unerträglich wie in Salvador oder Honduras, wenn nicht gar noch unerträglicher. Kein Wunder also, wenn sich auch dort auf breiter Front der Widerstand gegen das herrschende Regime, eine Junta faschistischer Generäle, formiert.

Guatemala gehört mit seinen rund vier Millionen Einwohnern zu den am meisten unterentwickelten Ländern der Erde. 1978 übernahm dort eine Militärjunta mit dem General Romero Lucas Garcia an der Spitze die Macht. Seitdem hat der Terror gegen das Volk noch zugenommen. So nennt die „Frankfurter Rundschau" das, was heute im Land geschieht, ein „Regierungsprogramm für Mord und Folter". Tatsächlich sind seit 1978 über 5000 Menschen von sogenannten „Todesschwadronen", „antikommunistischen Allianzen" oder direkt von Polizei und Militär umgebracht worden.

Mit welchen brutalen Methoden gegen die Arbeiterbewegung vorgegangen wird, dokumentiert vielleicht am besten das Beispiel des Coca-Cola-Abfüllbetriebes in Guatemala-Stadt. 1968 kommt es dort zu ersten Versuchen, eine Betriebsgruppe der Getränkearbeitergewerkschaft aufzubauen. Daraufhin wird der Beauftragte der Gewerkschaft entführt, gefoltert und ermordet. Erst 1975 gelingt es dann, die Betriebsgruppe zu gründen. Drei Jahre später wird ihr Leiter erschossen, nachdem er vom amerikanischen Betriebsleiter bedroht worden war. Sein Nachfolger wird ebenfalls bedroht und flieht ins Exil. Dessen Nachfolger wiederum wird mit durchschnittener Kehle aufgefunden. Auch der nächste Leiter der Betriebsgruppe wird ermordet. Daraufhin bildet die Gewerkschaft ein kollektives Führungsgremium. Als sich die 27 Arbeiter im Gewerkschaftshaus versammeln, werden sie von Bewaffneten umzingelt und entführt. Seitdem fehlt von ihnen jede Spur.

Jeden Morgen werden in diesem Wagen die in der Nacht Ermordeten — meistens fortschrittliche Menschen — abtransportiert.

Erst nach massiven internationalen Solidaritätsaktionen ist es Anfang des Jahres zu einem Vertrag zwischen der internationalen Getränkearbeitergewerkschaft und der Coca-Cola-Zentrale gekommen, der den Arbeitern das Recht auf gewerkschaftliche Organisation zugesteht. Außerdem sollen die Einheiten der Landes- und Militärpolizei, die im Betrieb stationiert waren, zurückgezogen werden.

Hier wird deutlich, wie die Junta, ihre Polizei und die von ihr unterstützten Terrorgruppen im Interesse der mächtigen US-Konzerne handeln, die das Land beherrschen. Sie sind die Besitzer der riesigen Kaffee- und Bananenplantagen, von denen die Wirtschaft Guatemalas abhängt. Die amerikanischen Imperialisten sind, wie in den anderen Ländern Zentralamerikas, auch in Guatemala die Drahtzieher des Terrors gegen das Volk. Das war schon in der Vergangenheit so. Viermal in diesem Jahrhundert, zuletzt 1954, haben amerikanische Truppen Guatemala überfallen, um Aufstände niederzuschlagen oder nationalliberale Regierungen zu stürzen. Immer wieder ist aber der Widerstand aufgeflammt. Heute sich die Befreiungsbewegungen bereits zu einer ernsthaften Gefahr für die Junta geworden.

Und wieder drohen die amerikanischen Imperialisten, droht Reagan. Er will der Junta Waffen liefern und auch die Entsendung von Militärberatern ist im Gespräch. Aber ebenso wie in Nicaragua und El Salvador wird der Kampf in Guatemala weitergehen. Die Tage der Diktatoren in Zentralamerika sind gezählt.

Bergarbeiter in den USA

Seit fünf Wochen im Streik

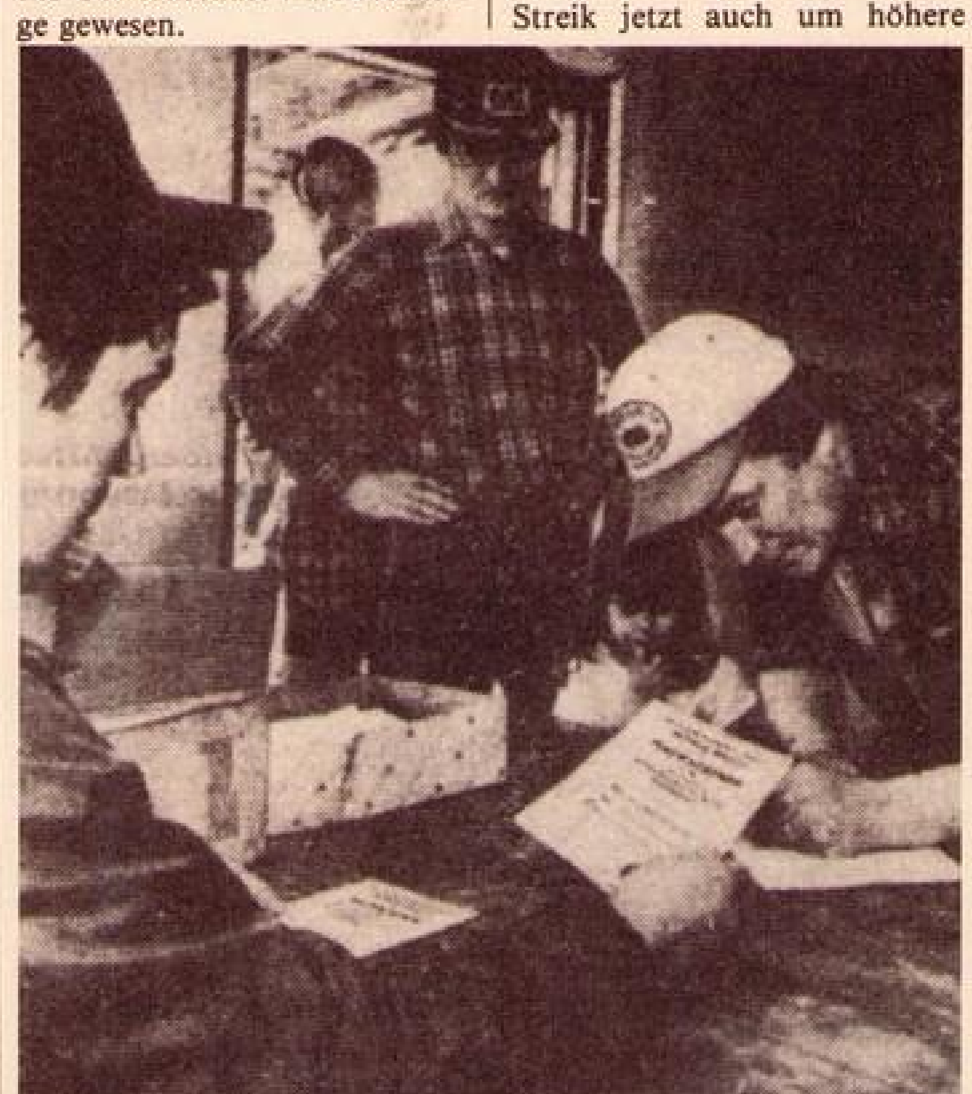
Seit dem 27. März streiken in den USA 160000 Bergarbeiter. Zuvor hatten sie mit einer Mehrheit von 60 Prozent einen zwischen den Führern der Vereinigten Bergarbeitergewerkschaft mit Sam Church an der Spitze und dem Verband der Kohlekapitalisten ausgehandelten Tarifvertrag abgelehnt. Der Streik ist deshalb von großer Bedeutung, weil es in ihm nicht nur um höhere Löhne geht, sondern auch und vor allem um die von den Bergarbeitern in der Vergangenheit schwer erkämpften gewerkschaftlichen Rechte.

Bekanntlich bemühen sich die Zechenbosse in den USA schon seit langem, die Bergarbeitergewerkschaft zu schwächen und die von ihr erkämpften Rechte wieder rückgängig zu machen. Ihren letzten Angriff starteten sie 1977. Damals antworteten die Kumpel mit einem 111tägigen Streik, dem bisher längsten in der Geschichte der Bergarbeitergewerkschaft. Die Angriffe der Zechenbarone wurden zurückgeschlagen.

Jetzt, nach dem Wahlsieg Ronald Reagans und nachdem der sein umfassendes Krisenbewältigungsprogramm bekanntgegeben hatte, fühlten sie sich offensichtlich wieder stark genug, eine Kraftprobe zu wagen. Sie hofften dabei zugleich, daß der Kreis um Sam Church in der Spitze der Bergarbeitergewerkschaft kapitulieren würde und hatten sich damit auch nicht getäuscht. So wäre die Annahme des Tarifvertrages ein schwerer Schlag für die Bergarbeiter geworden.

Um welche Punkte geht es im Einzelnen?

Bisher galten alle zwischen der Gewerkschaft und den Unternehmern abgeschlossenen Tarifverträge automatisch auch für alle nichtgewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Außerdem galten die Tarifverträge auch in den Zechen, die nach Abschluß des Tarifvertrages eröffnet wurden. Diese Regelung sollte in dem neuen Tarifvertrag abgeschafft werden. Damit hätten die Unternehmer die Möglichkeit gehabt, systematisch nichtgewerkschaftlich organisierte Arbeiter anzuwerben, um die Löhne zu drücken und die Belegschaften zu spalten. Außerdem hätte es der Tarifvertrag den Unternehmern erlaubt, auch nicht in der Gewerkschaft organisierte Leiharbeiter (über die sogenannten Sklavenhändler) einzusetzen. Noch größere Lohndrückerei und Spaltung der Gewerkschaft wäre die Folge gewesen.



US-Bergarbeiter bei der Urabstimmung. Sie lehnen den Tarifvertrag ab und stimmen mit überwältigender Mehrheit für Streik.

Weiter ging es um die gewerkschaftlichen Rentenkassen. Bislang mußten die Unternehmer für jede geförderte Tonne Kohle 1,90 Dollar an die Rentenkasse der Gewerkschaft abführen. Und zwar auch die Unternehmer solcher Zechen, in denen der gewerkschaftliche Organisierungsgrad äußerst gering ist, wenn die Kohle in der Endverarbeitung von Gewerkschaftsmitgliedern behandelt wird. Auch diese Regelung sollte abgeschafft werden.

Schließlich sollte für jeden neueingestellten Arbeiter eine Probezeit von 45 Tagen eingeführt werden, eine Sache, die es in den Zechen bislang im Unterschied zu anderen Industriezweigen nicht gegeben hat. Die Bergarbeiter lehnen das ab. Sie sagen zu Recht, daß die Probezeit von den Kapitalisten ausgenutzt werden kann, um unliebsame Arbeiter aus den Zechen so schnell wie möglich wieder hinauszusäubern.

Natürlich geht es bei dem Streik jetzt auch um höhere Löhne. Die Arbeiter fordern die Beibehaltung gleitender Lohnerhöhungen entsprechend den Preissteigerungen. Sie haben erklärt, daß die angebotenen 11 Prozent bei weitem nicht ausreichen, um die gestiegenen Lebenshaltungskosten auszugleichen.

Das sind die Hauptpunkte, um die es im Streik geht. Die Erbitterung der Bergarbeiter ist auch deshalb besonders groß, weil unmittelbar vor dem Streik bekannt wurde, daß Reagan die staatlichen Zuschüsse für die staublungenkranken Bergarbeiter bzw. deren Familien streichen will. Deshalb war es schon am 10. März zu einer Demonstration von 5000 Bergarbeitern vor dem Weißen Haus in Washington gekommen.

Die Zechenbarone führen den Streik mit den bekannten brutalen Methoden. Sie haben bereits Streikbrecherarmeen und Schlägertrupps angeheuert. In Beckley, Ost-Virginia, einer der Hochburgen des Streiks, überfielen zum Beispiel mit Eisenstangen bewaffnete Werkschutztrupps vor den Zechentoren postierte Streikposten. Im selben Ort wurden zwei Gewerkschaftsfunktionäre, die auf dem Weg zu ihrem Streiklokal waren, mit Gewehren beschossen. Die Heckenschützen gehörten zu den Werkswachen der Philpott-Zechen. In Pikeville, Kentucky, wurde ein Gewerkschafter durch einen Hüftsteckschuß schwer verletzt.

Die Ablehnung des Tarifvertrages durch die Bergarbeiter war nicht nur für die Unternehmer, sondern auch für Sam Church, den reaktionären Führer der Bergarbeitergewerkschaft, ein schwerer Schlag. War er doch in den Wochen vor der Abstimmung höchstpersönlich durch die Zechen gereist, um den von ihm ausgehandelten Vertrag anzupreisen. Er hätte allerdings wissen müssen, was auf ihn zukommt. Denn überall, wo er auftauchte empfingen ihn die Arbeiter mit Pfeifkonzerten und verbrannten symbolisch Kopien des Tarifvertrages. Vielleicht denkt Church jetzt an das Schicksal seines Vorgängers Arnold Miller, der nach dem letzten Streik zurücktreten mußte. Damals hatten die Arbeiter ebenfalls einen von ihm ausgehandelten Kompromiß abgelehnt. Nach dem Streik häuften sich dann die Resolutionen aus den Zechen, in denen der Rücktritt Millers verlangt wurde.

Die Bergarbeiter sind entschlossen, nicht nachzugeben. Ihr Kampf hat gerade jetzt, angesichts der tiefen Krise in den USA, angesichts der offenen Angriffe der Reagan-Administration auf die Lebenslage und die demokratischen Rechte der Arbeiter, große Bedeutung. „Der Streik der Bergarbeiter für die Erhaltung ihrer Gewerkschaft als militante, kämpferische Kraft“, schreibt deshalb „Unite“, das Zentralorgan der KPUSA/ML, „liegt im Interesse aller Werktätigen in den USA. Er ist eine der Verteidigungsfronten gegen die Offensive Reagans, die der Arbeiterorganisationen und die demokratischen Rechte abschaffen und zerstören will.“

Kommt mit nach Kanada!

Ich bin dabei. Ich fahre mit der Roten Garde 1981 nach Kanada. Die Fahrt findet vom 22. Juli bis voraussichtlich 14. August statt, der Preis liegt bei 1000 Mark. (Genauer Preis wird noch festgelegt).

Name: ...
Straße: ...
Wohnort: ...
Unterschrift: ...

(Bitte deutlich schreiben und einschicken an:
Rote Garde
Postfach 300526
4600 Dortmund 30

Japan

Streiks gegen Lohnraub und Rationalisierung

In Japan hat die traditionelle Frühjahrsoffensive der Arbeiter gegen den Abbau von Arbeitsplätzen, gegen den Rationalisierungsfeldzug der großen Konzerne und für die Erhöhung der Reallöhne begonnen. Diese Frühjahrsoffensive widerlegt das hierzulande häufig anzutreffende, von den Lambsdorff und Co. eifrig verbreitete, Zerrbild von den japanischen Arbeitern, für die es angeblich nichts Schöneres gibt, als für das Wohl „ihres“ Unternehmers arbeiten zu dürfen.

Trotz ihrer Exporterfolge steckt auch die japanische Wirtschaft in der Krise. Um die Lasten der Krise auf die Arbeiter abzuwälzen und ihre Profite zu steigern, wollen die Chefs der mächtigen Monopole in den jetzt beginnenden Tarifrunden die Löhne so weit wie möglich drücken. Beim ersten Lohnabschluß dieses Jahres im Stahlbereich in der Höhe von 4,4 Prozent haben sie dieses Ziel erreicht. Jetzt stehen die Tarifrunden im öffentlichen Dienst, bei der Eisenbahn und bei den Metallern an. Und hier soll offenbar der Stahlabschluß als Vorbild dienen. Gegen diesen geplanten Lohnraub haben am 3. April in ganz Japan die ersten Warnstreiks stattgefunden. An ihnen beteiligten sich über eine Million Arbeiter. Teilweise wurden die Betriebe 24 Stunden lang stillgelegt. Die Eisenbahner verbanden ihren Kampf für höhere Löhne mit Forderungen gegen die Rationalisierung. Denn bei den japanischen Eisenbahnen sollen in den nächsten Jahren 74000 Arbeiter und Angestellte entlassen werden.

Die zweite Welle von Warnstreiks folgte am 10. April. An ihnen beteiligten sich die Metaller, die Angestellten im öffentlichen Dienst, die Eisenbahner und die Hafenarbeiter. Die Arbeiter forderten Lohnerhöhungen von über 10 Prozent, um angesichts der hohen Inflationsrate ihren Lebensstandard halten zu können.

Verstärkt hat sich auch vor allem in den Werken der Automobilindustrie der Kampf gegen die hohe Arbeitshetze. Die japanischen Autokonzerne haben, um ihre Exportoffensive in die USA und nach Europa starten zu können, in den letzten Jahren ihre Betriebe scharf durchrationalisiert und die Arbeitshetze enorm gesteigert. Eine der Folgen: Die Zahl der Arbeitsunfälle ist ständig gestiegen. Die Arbeiter wehren sich dagegen, indem sie die Bänder stillegen. So kam es in den Betrieben von Nissan nach einem tödlichen Arbeitsunfall zu spontanen Streiks, die Teile der Produkton für vier Tage stillegten.

Die japanischen Arbeiter kämpfen aber nicht nur für ökonomische Forderungen, sondern auch verstärkt gegen die Wiederbelebung des Faschismus in Japan und die Aufrüstung der japanischen Armee. Diese beiden Fronten bekommen eine immer größere Bedeutung. Denn um der Krise Herr zu werden, verstärkt die japanische Bourgeoisie die politische Unterdrückung. Immer häufiger werden in den Schulen und in den Massenmedien alte faschistische Lieder gesungen bzw. gespielt und ähnlich wie bei uns verstärken faschistische Organisationen ihre Tätigkeit.

Auf einer Protestkundgebung von 10000 Arbeitern in Toyama erklärten deshalb Sprecher der Gewerkschaft, daß die Angriffe der japanischen Imperialisten auf die Lebenslage der Arbeiter untrennbar mit der Wiederbelebung des Faschismus und der Aufrüstung verbunden sind. Sie wiesen darauf hin, daß die japanische Bourgeoisie schon einmal den Ausweg aus der Krise in Faschismus und Krieg gesucht habe und appellierten an die Arbeiter, es nicht noch einmal so weit kommen zu lassen.



Am 8. März gingen auch in Japan die Frauen auf die Straße, um für ihre Rechte zu kämpfen. Unser Bild zeigt eine Demonstration in Tokio.

Meldungen

Türkei: Über 100 000 Festnahmen

Seit dem Machtantritt der faschistischen Militärjunta sind in der Türkei 122600 Personen festgenommen worden. Von ihnen befinden sich noch über 40000 im Gefängnis. Die meisten von ihnen sind fortschrittliche Menschen, Antifaschisten, Demokraten, Revolutionäre und aktive Gewerkschafter. Die Zahl der Verhafteten ist inzwischen so angewachsen, daß der türkische Militärgerichtshof, der für die Aburteilungen zuständig ist, total überlastet ist.

Ungarn: Planwirtschaft passée...?

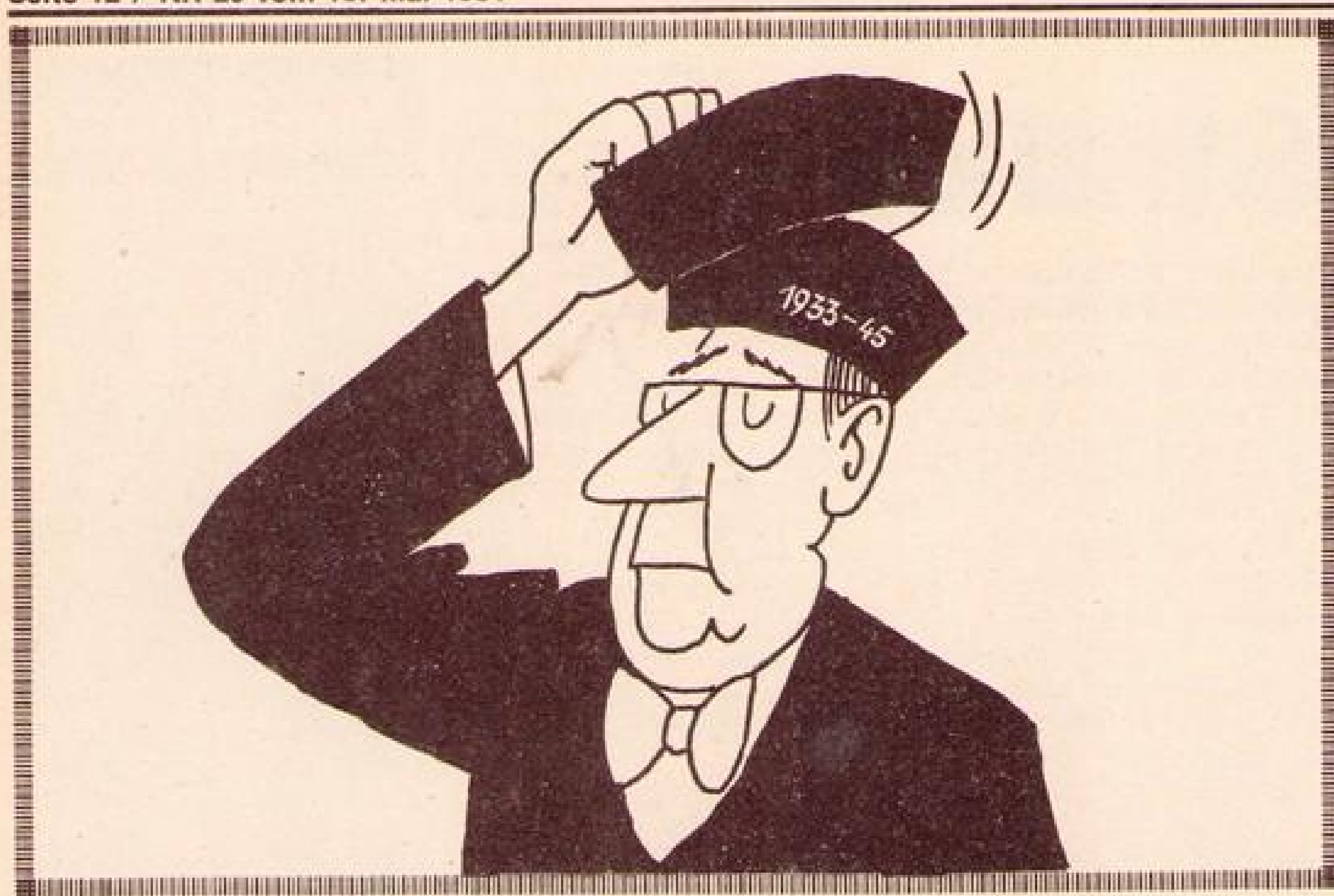
Janos Kadar, der Chef der ungarischen Revisionisten, ist immer für eine Überraschung gut. Erst unlängst ließ er eine Spielbank eröffnen — Einsätze können nur in DM getätigt werden — und hofft dabei wohl auf eine kräftige Devisenzufuhr für die zerrüttete ungarische Wirtschaft.

Jetzt wollen die ungarischen Revisionisten die Wirtschaftspläne abschaffen. Der sechste Fünfjahrplan, der jetzt in Budapest veröffentlicht wurde, ist eigentlich schon gar keiner mehr. Er ist vielmehr ein Fragment, in dem die wesentlichen Kennziffern fehlen und manche nur für ein Jahr festgelegt wurden. Stattdessen soll, wie es in offiziellen Verlautbarungen heißt, die „Entscheidungsfreiheit und Verantwortung der Einzelunternehmen gefördert“ werden. Der Kapitalismus, der in Ungarn mit



Käuferschlange in Budapest

der Machtergreifung der Kadar und Co. wieder eingeführt wurde, läßt sich auf die Dauer offenbar nur schwer „planvoll“ entwickeln. Schon der letzte Fünfjahrplan stand praktisch nur auf dem Papier. Ihm zufolge sollte z.B. die Industrieproduktion um 35 Prozent steigen. Tatsächlich stieg sie jedoch nur um 18 Prozent. Der Weg, der jetzt eingeschlagen wird, soll angeblich das Wirtschaftswachstum ankurbeln. In Wirklichkeit wird er die Krise jedoch verschärfen und den Werktätigen neue Lasten aufbürden. Denn die Manager und Direktoren der Staatsbetriebe werden ihre neugewonnene „Entscheidungsfreiheit“ in erster Linie dazu ausnutzen, die Arbeiter noch mehr auszubeuten, um ihre Profite zu erhöhen. Außerdem wird sich die Konkurrenz zwischen ihnen verschärfen. Die ungarischen Werktätigen brauchen, wenn sie sich ein Bild von dem, was auf sie zukommt, machen wollen, nur einen Blick über die Grenze, nach Jugoslawien, zu werfen. Denn offenbar hat sich Kadar von Titos angeblichen Selbstverwaltungssozialismus inspirieren lassen.



Nazi-Propaganda im Goethe-Institut

PARIS. — Schwer vergewaltigt hat ein bundesdeutsches Institut das Andenken des großen deutschen Dichters, dessen Namen es trägt: Das Goethe-Institut in Paris inszenierte in seinen Räumen eine rechtslastige Ausstellung, in deren Rahmen öffentliche Propaganda für den Nazi-Faschismus betrieben wurde.

Eine „empörende Verbreitung nazistischen Ungeistes" nannte die „Bewegung gegen Rassismus und für Völkerfreundschaft" (MRAP) die Ausstellung mit dem Motto „Jugend im Dritten Reich". Wir ihre Zeitung „Recht und Freiheit" berichtet, stellt das Institut „reichlich nazistisches Propagandamaterial" aus, mit dem ein idyllisches Bild vom Leben im faschistischen Deutschen Reich gezeichnet wird. Demgegenüber zeige die Ausstellung „nichts über die rassistische Verhetzung und sehr wenig über die Opfer". Gleichzeitig sei ein „Festival von Nazi-Filmen" veranstaltet worden. Einen großen Teil der Besucher stellten denn auch junge Neo-Nazis.

Die Goethe-Institute verstehen sich als Werbeträger bundesdeutscher Kultur...



Samstag, 16. Mai, 19.00 Uhr, ZDF
Direkt. In diesem Magazin mit Beiträgen verschiedenster Jugendgruppen gab es schon äußerst informative Sendungen zu aktuellen Problemen.

***

Sonntag, 17. Mai, 20.00 Uhr, NDR III
Quadflieg liest Borchert. Wolfgang Borchert, der 1947 starb, war einer der großen literarischen Ankläger des Krieges, von dem meist aber nur das Stück „Draußen vor der Tür" bekannt ist — hier wird eine Reihe kleinerer Texte vorgetragen.

***

Montag, 18. Mai, 20.15 Uhr, ARD
Exil. Die fünfte von sieben Folgen der Serie nach dem Roman von Lion Feuchtwanger — mit bisher äußerst unterschiedlichen Reaktionen, vor allem viele Feuchtwanger-Leser sind nicht sehr begeistert.

***

Montag, 18. Mai, 21.35 Uhr, SDR III
Soap — oder: Trautes Heim. In den ersten Folgen war diese Karikatur amerikanischer (und westdeutscher) Familienserien nicht nur sehr bissig, sondern auch sehr lustig...

***

Dienstag, 19. Mai, 18.25 Uhr, ARD
Bundesrepublik — Brasilien. Für alle Sportfreunde ein Pflichttermin, für politische Veranstaltungen schlechte Voraussetzungen: Die Ballzauberer kommen!

***

Dienstag, 19. Mai, 22.05 Uhr, ZDF
Alambrista — die Rechtlosen. Spielfilm über die Lage illegaler mexikanischer Gastarbeiter in der USA.

***

Mittwoch, 20. Mai, 19.30 Uhr, ZDF
Direkt — eine neue Folge des Jugendmagazins.

***

Freitag, 22. Mai, 23.00 Uhr, ARD
Draußen vor der Tür. Das Kriegsheimkehrerdrama von Wolfgang Borchert.



Moskauer Wunder

Die Unterwelt der medialen Kräfte und übersinnlichen Wahrnehmungen wird in der Sowjetunion ernst genommen. Staatliche Forscher spüren dem rätselhaften Faktor Psi nach, Parteizeitungen verbreiten Parapsychologisches. Hochgestellte Kreml-Funktionäre suchen Heilung durch Dschuna, eine Masseuse aus dem Kaukasus.
(„Spiegel", 17/81, 20. April)



Dschuna, die Wunderheilerin, kuriert
die sieche Kreml-Prominenz mit „Psi".
Herr Breschnew hofft nun, sie saniert
auch Landwirtschaft, Finanzen, Industrie...

ju.

Die Jugend braucht Vorbilder

„Die freiheitliche Demokratie braucht das Vertrauen ihrer Bürger, vor allem auch der jungen Generation. Der Herr Ministerpräsident wird zusammen mit der bayrischen Staatsregierung mit aller Leidenschaft und Überzeugungskraft für die Wiedergewinnung einer klaren Wertorientierung und eines wirklichkeitsnahen Problembewußtsein bei unseren jungen Menschen eintreten. Die Jugend sucht vor allem nach Werten, die ihr überzeugend vorgelegt werden, an denen sie sich orientieren kann, die ihnen Halt, Hilfe und Hoffnung geben, bei ihrem Weg zu einem Leben in Selbstverwaltung."
(Aus einem Schreiben der Bayrischen Staatskanzlei an einen Dortmunder Antifaschisten — Kreisvorstandsmitglied der VOLKSFRONT —, der schriftlich gegen die Nürnberger Massenverhaftungen protestiert hatte.)



Ehre den Vorbildern! Wie wär's mit dieser Gedenkmarke?

Das „Brandenburger"-Treffen verhindern!

AROLSEN. — Vom 15. bis 17. Mai will sich in Arolsen die „Traditionsgemeinschaft Panzerkorps ‚Großdeutschland' und ‚Brandenburg'-Verbände" treffen. Daraus darf nichts werden!

Daß wirklich nichts daraus wird oder, daß ein solches Treffen nicht ungestört abläuft, dafür wollen die Antifaschisten aus der Gegend um Arolsen sorgen. Denn diese „Traditionsgemeinschaft" ist der Zusammenschluß ehemaliger Mitglieder einer Sondereinheit innerhalb der Hitler-Wehrmacht, deren Aufgabe es war, Sabotage- und Kommandounternehmen in den Ländern Europas und des Nahen Ostens durchzuführen. „Die Kommandeure dieser Spezialtruppe wurden überwiegend aus den Kreisen ‚alter Kämpfer' der Nazi-Bewegung rekrutiert. Unter ihrer Leitung verübten die Verbände der ‚Brandenburger' Terror- und Subversionsakte gegen die Bevölkerung dieser Länder." (Aus einer Erklärung der VVN.)

Die faschistische Traditionspflege dient der Nachzüchtung faschistischer Gewalttäter, der Ausrichtung neonazistischer Verbrecherbanden. Deshalb muß dem Treiben der verschiedenen „Traditionsverbände" endlich ein Ende gesetzt werden!

Mit Nachdruck setzen sich alle Antifaschisten dafür ein, daß das Arolsener Treffen durch Innenminister Gries verboten wird. Ansonsten erwartet die Nazis ein heißer Empfang.

Kirchensäuberung

Bundespräsident Karl Carstens hat die Träger kirchlicher Ämter ermahnt, ihr seelsorgerisches Amt nicht zu mißbrauchen, um „subjektive politische Auffassungen mit dem Anspruch auf christliche Wahrheit" zu verkünden.
(WAZ, April 81)



Um wieder, wie's mal Übung war vor Jahren,
der Kanzelredner Meinung zu erfahren,
hat inkognito sich, nebst Assistent,
ins Kirchenvolk gemischt der Präsident.

„Hab'n Sie gehört, Herr Präs..." — „Psst! Hab's notiert."
— „Das mit der Rüstung auch?" — „Ist schon fixiert.
Ich werd' den Priester lehr'n, mit seinem Hetzen
des deutschen Volks Wehrwillen zu zersetzen!"

ju.

„Stadtstreicher" mit Hunden gejagt

MAINZ. — Im Dezember 1980 nahmen Polizisten den „Stadtstreicher" Erwin Tinz willkürlich fest und setzten ihn außerhalb der Stadt in einem Weinberg aus. Dort starb Tinz in der winterlichen Kälte. Daß so etwas in Mainz keine Ausnahme ist, beweisen etliche weitere Fälle, die in diesen Tagen bekannt wurden.

Der leitende Oberstaatsanwalt der Mainzer Justizbehörden, Werner Hempler, bestätigte am 5. Mai in einem Gespräch mit der „Frankfurter Rundschau", es gäbe „konkrete Anhaltspunkte" für mindestens zwei oder drei ähnliche Fälle, in denen Beamte des Mainzer Polizeipräsidiums „Stadtstreicher" an die Stadtgrenze verfrachtet und Hunde auf sie gehetzt haben. Das Landeskriminalamt habe inzwischen Ermittlungen eingeleitet.

Noch im Januar hatte der Mainzer Innenminister Kurt Böckmann behauptet, es gäbe „keinen Anhaltspunkt" für vergleichbare Fälle. Die dennoch wiederaufgenommenen Untersuchungen richten sich nach Angaben des stellvertretenden Vorsitzenden des Innenausschusses, Michael Reitzel (SPD), nicht nur gegen Polizeibeamte. Darüberhinaus bestehe der Verdacht, daß Mitarbeiter des Mainzer Ordnungsamtes an derartigen Aktionen beteiligt sind.

Das macht sehr deutlich, welcher Geist in Westdeutschland Amtsstuben herrscht. Und dazu kommt meist noch die Deckung durch die Justiz. So auch im Fall Tinz: Zu einer Anklage wegen Tötung gegen die vier an der Verschleppung des Wehrlosen beteiligten Polizisten wird es voraussichtlich nicht kommen — der Tod von Tinz stehe in keinem Zusammenhang mit dieser Aktion! Von der Anklage bliebe nur noch „Freiheitsberaubung im Amt" über.

Gegenwärtige Fragen der nationaldemokratischen Revolution

In allen Ecken dieser Welt sind in den letzten zwei, drei Jahren große Freiheitskämpfe der Völker zahlreicher Länder, der Arbeiterklasse ganzer Regionen aufgeflammt. Betrachtet man sich diese Entwicklung, so wird deutlich, daß die These, wie sie die Partei der Arbeit Albaniens aufgestellt hat, daß nämlich die Revolution eine Frage ist, die zur Lösung ansteht, voll und ganz zutrifft. Sowohl die sprunghaft angewachsenen Kämpfe der Arbeiterklasse und der Werktätigen in den hochentwickelten imperialistischen Ländern, als auch das Erstarken und der siegreiche Kampf für die nationaldemokratische Revolution in einer Reihe von Ländern beweisen, daß es sich bei der Revolution nicht um ein Ereignis der fernen Zukunft handelt. Infolge dieser zahlreichen, manches Mal geradezu hektischen Veränderungen tauchten unter unseren Lesern einige Fragen auf, die mit der wieder erstarkenden internationalen Solidaritätsbewegung, aber auch der Friedensbewegung praktische Bedeutung bekommen. Diese Fragen sollen heute und in den kommenden Wochen im „Roten Morgen“ behandelt werden.

Große Veränderungen

In den Staaten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas werden in einem nahezu ununterbrochenen Strom von Ereignissen Diktatoren gestürzt, wechselt der Imperialismus seine Statthalter aus, werden bürgerliche Staaten mit sehr begrenzten demokratischen Rechten in faschistische Diktaturen verwandelt, Aufstände blutig niedergeschlagen, und doch folgen immer neue Massenerhebungen.

Dabei hat in der Propaganda der herrschenden Klasse unseres Landes die Revolution im Iran ohne Zweifel die größte Rolle gespielt, und tut dies, wenn auch weniger sensationsträchtig, immer noch. Die iranische Revolution war Gegenstand einer weltweiten Hetzkampagne sondergleichen. Diese Propaganda war so massiv, daß sie selbst unter zahlreichen fortschrittlichen, antiimperialistischen Menschen beträchtliche Verwirrung anrichtete.

Natürlich bot dabei die religiöse Führung dieses Kampfes einige Anlässe für den Erfolg einer solchen Propaganda: aber niemand möge glauben, daß die bigotten Häuptlinge des USA-Imperialismus, der Laienprediger Carter, der Sektenschützling Reagan oder der Kirchenvorstand Rockefeller wirkliche Einwände gegen die islamische Religion haben. Der Grund für diese Kampagne war die besondere Bedeutung dieser Revolution. Dem USA-Imperialismus, der stärksten reaktionären Kraft der Welt, wurde hier einer seiner sowohl wirtschaftlich als auch militärisch wichtigsten Stützpunkte entrissen. Denn der Sieg der iranischen Revolution hatte als Ergebnis nicht nur die nationale Souveränität des Landes, den Verlust der Armee des Schahs und der äußerst profitablen Ölgeschäfte. Diese Revolution hat der gesamten antiimperialistischen und demokratischen Bewegung im Nahen Osten starken Auftrieb gegeben.

So gingen danach im Reiche der Al Sabahs, im ölreichen Kuweit, Tausende von Menschen auf die Straßen und forderten die Abschaffung der feudal ausgeübten Ditkatur, forderten demokratische Rechte und Maßnahmen gegen den angloamerikanischen Ölimperialismus.

Die Aluminiumarbeiter von Bahrain traten in den Streik, Zehntausende von Arbeitern der Golfstaaten verlangten nachdrücklich gewerkschaftliche Rechte. Selbst die „ewige Herrschaft“ der Saud-Familie wurde in dem Land, das ihren Namen trägt, erschüttert. Alle diese Entwicklungen waren noch kurz zuvor von bürgerlichen Beobachtern für unmöglich erklärt worden.

Auch der Sieg der sandinistischen Revolution in Nicaragua hat solche Auswirkungen gehabt, wenn auch diese Region nicht dieselbe Bedeutung für die imperialistischen Strategen besitzt wie die Ölstaaten am Golf.

Heute wird nicht nur in El Salvador ein revolutionärer Entscheidungskampf ausgefochten, auch in Guatemala hat das Volk zu den Waffen gegriffen, in Costa Rica gibt es fast täglich Massenaktionen und auch die einst als so beschaulich dargestellte Inselwelt der Karibik ist heute vom Drang der arbeitenden Menschen nach Freiheit und Gerechtigkeit gekennzeichnet.

Im Süden des Kontinents wankt die Diktatur der brasilianischen Generäle unter dem Ansturm der Gewerkschaftsbewegung, hat die Junta Uruguays mit ihrem Projekt einer Verfassungsreform eine totale politische Niederlage erlebt und selbst im Mörderstaat Pinochets erhebt sich die Arbeiterklasse erneut, um für ein besseres Leben zu kämpfen.

Afrika, der schwarze Kontinent, erlebt heute eine ununterbrochene Welle von Erhebungen. Der Kaiser von Frankreichs Gnaden, der Menschenfresser Bokasse mußte ebenso fliehen, wie der großmäulige, von den Zionisten an die Macht geputschte Knecht Britanniens, Idi Amin in Uganda. Nach dem Sieg der Revolution in Zimbabwe wird jetzt im Süden Afrikas die vorletzte Bastion des Rassismus gestürmt, Namibia. Dabei zeigt sich gerade in Afrika am deutlichsten, wie sich der Charakter dieser Kämpfe seit der Erringung der nationalen Unabhängigkeit verändert hat.

Rund 20 Jahre erst ist es her, daß das alte Kolonialsystem vom nationalen Befreiungskampf in Afrika zertrümmert wurde. Die 50er und die frühen 60er Jahre waren der Höhepunkt des Kampfes gegen die „Union Francaise“ und das „British Empire“, die die Kolonialvölker versklavt hatten. Heute meldet sich in diesen Ländern immer stärker die Arbeiterklasse zu Wort, kämpft sie vor allem an der gesamten Westküste Afrikas gegen den Neokolonialismus.

In Asien, wo die sowjetischen und chinesischen Revisionisten schon geglaubt hatten, den Kampf erstickt zu haben, flammt er gerade jetzt erneut auf: auf den Philipinnen und in Indonesien verstärkt sich der Befreiungskampf, Osttimor und Afghanistan kämpfen weiter, und auch die indischen und pakistanischen Reaktionäre kommen nicht zur Ruhe. Und auch die Völker Indochinas, die so heldenhaft gekämpft haben, setzen den Kampf für ihre Unabhängigkeit gegen verschiedenste imperialistische Bedrohungen fort.

Die Taktiken des Imperialismus

Die Imperialisten aus Ost und West begegnen diesem Aufschwung mit ihren alten Taktiken, die sie verfeinert haben, flexibler anwenden und zu einem ganzen System ausgebaut haben.

So bietet ihre Propaganda immer neue Wege an, die angeblich zur Befreiung und zur Besserung führen sollen, und die doch nur Irrwege sind, deren Ergebnis die Fortsetzung der imperialistischen Herrschaft ist.

Die Reformisten im Dienste des westlichen Imperialismus bieten zahlreiche Entwicklungstheorien an, deren Kern ein sogenannter „Nord-Süd-Konflikt“ ist, in dem es keine gesellschaftliche Klassen gibt, sondern lediglich reiche und arme Länder.

Eine Variante dieser reaktionäre Thesen ist die maoistische Theorie der „Drei Welten“, die ebenfalls klassenneutral ist und lediglich die reichen Länder noch weiter unterteilt.

Nigerianische Soldaten — von der Bundeswehr ausgebildet

Die sowjetischen Sozialimperialisten dagegen spekulieren mit den Klassenentwicklungen dieser Länder und arbeiten, je nach aktuellem Bedarf umgeformt, die Theorie über eine sogenannte „Nichtkapitalistische Entwicklung“ aus, ein angeblich dritter Weg zwischen Sozialismus und Kapitalismus, der zum Sozialismus führen soll. Mit diesen verschiedenen Thesen, die den Kern zahlloser Machwerke bilden, werden wir uns noch beschäftigen.

Neben diesen politischen Theorien organisiert die imperialistische Propaganda auch immer umfassendere Hetzkampagnen, die sie selbst als human und fortschrittlich, die kämpfenden Völker jedoch als reaktionär und brutal darstellen. So im Iran, so in Afrika, wo sie behaupten, es zeige sich, daß sich diese Völker nicht selbst regieren könnten, so in Indochina, das überfallen wurde und dem jetzt die Flüchtlinge vorgehalten werden.

Aber natürlich beschränken sich die Imperialisten nicht darauf, die Völker politisch in die Irre zu führen oder einzuschüchtern. Ihre wichtigste Vorgehensweise ist und bleibt die blutige Unterdrückung des Befreiungskampfes.

Zahlreich sind die Länder, in denen interveniert wird, in denen faschistische Diktaturen errichtet werden, um den Befreiungskampf im Blut zu ersticken. Der Faschismus in diesen Ländern Lateinamerikas, Asiens und Afrikas unterscheidet sich von jenem, den wir aus Deutschland oder Italien kennen. Nicht durch seine Brutalität: In dieser Hinsicht waren die Nazis Lehrmeister der Faschisten aller Länder. Sondern durch die gesellschaftliche Basis ihres Regimes.

Stand etwa der Nationalsozialismus eindeutig im Dienste derjenigen großen deutschen Monopole, die das größte Interesse an einem Krieg hatten und stützte sich vor allem auf verschiedene kleinbürgerliche Schichten, die sich gegen den eigenen sozialen Abstieg wehren wollten, so ist das in jenen Ländern anders.

Dort ist das einheimische Großkapital — in unterschiedlichem Ausmaß — relativ schwach, das Kleinbürgertum sieht seine Zukunft oftmals in einer echten nationalen Unabhängigkeit. Die wahren Hintermänner dieser Faschisten sitzen denn auch außerhalb des Landes: Es sind die großen imperialistischen Mächte, das Finanzkapital der neokolonial herrschenden Länder. Ihre Basis ist die einheimische Oligarchie, die einheimische Klassenkoalition der Großkapitalisten, der Großgrundbesitzer und der priveligierten Spitzenbürokraten aus Armee und Verwaltung.

Ein wichtiger Unterschied

Die Tatsache aber, daß es diese Basis in dieser Form gibt deutet eine wichtige Veränderung an, die den Unterschied zwischen dem alten Kolonialsystem und dem heutigen System des Neokolonialismus ausmacht. Der Kolonialismus hatte die Völker der beherrschten Länder nahezu insgesamt unterdrückt, hatte keinerlei eigenständige Bestrebungen zugelassen. Jeder Versuch inländischer sozialer Schichten, Macht anzusammeln, wurde zunichte gemacht.

Am deutlichsten kam dies in der französischen Kolonialdoktrin der „Assimilation“, also dem Aufsaugen führender Schichten der Kolonien durch das Franzosentum, zum Ausdruck. Deren höchstes Ziel sollte es sein, französischer Staatsbürger werden zu wollen. Alte Autoritäten der vorkolonialen Zeit wurden zu bloßen Befehlsempfängern.

Aber auch der britische „Indirect rule“, der die alten Autoritäten beließ oder durch „Lokalisation“ neue anscheinend einheimische schuf und seine Kolonialbeamten oft als bloße Berater darstellte, verhinderte die Herausbildung nationaler Führungsschichten. Diese wurden erst im Prozeß des weltweiten Unabhängigkeitskampfes geschaffen.

Nach wie vor existieren heute die typisch kolonialen Verhältnisse, die die Knechtschaft ganzer Völker bedeuten: ungleiche Wirtschaftsabkommen, politische Geheimverträge und Militärstützpunkte.

Es gibt aber auch zahlreiche Neuerungen: gemeinsame Aktiengesellschaften mit einheimischen Kapitalisten, multinationale Konzerne, deren wahre Besitzer im Dunkeln bleiben, halbstaatliche Betriebe, angeblich neutrale internationale Einrichtungen wie die Weltbank und ihre Unterorganisationen und anderes mehr.

Das Ziel, oder auch das spontan entstehende Ergebnis dieser Veränderungen, die sich im Rahmen selbstständiger Staaten mit scheinbar unabhängigem politischen Leben abspielen, ist es, die Basis für die Herrschaft des Imperialismus zu erweitern. Es wird den reichen Klassen oder Schichten des Landes zugestanden, sich selbst in eine kapitalistische Ausbeuterklasse zu verwandeln, die allerdings völlig abhängig vom Weltimperialismus bleibt und deren Interessen mit seinen verschmelzen.

Für diesen Prozeß war in gewisser Weise die Entstehung einer Oligarchie in den seit langem unabhängigen Staaten Lateinamerikas ein Modell, die unter der Fuchtel zunächst Englands und später der USA heranwuchs. War sie dort im wesentlichen aus den Großgrundbesitzern, zumeist rassevermischten Kreolen, entstanden, so waren in Afrika und Asien die Händler und die Stammeshäuptlinge und Scheichs eine wesentliche Quelle ihres Entstehens.

Die Situation in diesen Ländern beschreibt Enver Hoxha in „Imperialismus und Revolution“ folgendermaßen:

„Es hat sich nun erwiesen, daß solche Bestrebungen nur dann verwirklicht, solche Ziele nur dann erreicht werden können, wenn jede fremde Herrschaft, jede Abhängigkeit von Fremden beseitigt wird, wenn die Ausbeutung und Unterdrückung durch die einheimischen Herrscher, die Bourgeoisie und die Großgrundbesitzer, beseitigt wird.

Hieraus ergibt sich der Zusammenhang und die Verflechtung der national-demokratischen, antiimperialistischen und nationalen Befreiungsrevolution mit der sozialistischen Revolution, denn diese Revolutionen ebnen, indem sie dem Imperialismus und der Reaktion, die gemeinsame Feinde des Proletariats und der Völker sind, Schläge versetzen, auch den großen sozialen Umwandlungen den Weg und tragen zum Sieg der sozialistischen Revolution bei.“

Gerade das Entstehen einer einheimischen Kapitalistenklasse in den ehemaligen Kolonien, die ihr Land dem Imperialismus beläßt, die neokolonialistische Herrschaft also, macht den Zusammenhang der nationalen und der sozialistischen Revolution also noch enger.

Daß dies auch für den Kampf des Proletariats und seiner Kommunistischen Partei große Bedeutung hat, das hatte beispielsweise die KP Brasiliens in einem Artikel aus dem Jahre 1973, mit dem sie die maoistische Theorie von der „Dritten Welt“ zurückwies, bereits herausgearbeitet.

„Im Unterschied zu den Kolonien, in denen die ganze oder nahezu die ganze Nation am Kampf um Emanzipation beteiligt ist, wo die inneren Gegensätze in den Hintergrund treten, ist die antiimperialistische Bewegung in jenen Ländern, die die politische Unabhängigkeit errungen haben, keine einheitliche gesamtnationale Bewegung mehr.“

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

ROTER MORGEN

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayi 20 15 Mayis 1981 Yıl: 15 1 DM

Her hafta Cuma günü çıkar



BARIŞ YÜRÜYÜŞLERİ **Geçen hafta Batı Almanya'nın bir çok şehrinde yapıldı. (Yukarıdaki resim Bremen'de yapılan eylemi göstermektedir) Bu yürüyüşlerin düzenlenmesinde en büyük neden Hitler faşizminden kurtuluşun 36. yıldönümü olmuştu. Bu yürüyüşlerin en büyüğü Batı Berlin'de gerçekleşti. Geçen hafta Cuma günü yapılan bu yürüyüşe katılan 50 000 insan, silahlanmayı, atom roketlerini ve militarizmi protesto etti.**

Batı Berlin: Koalisyon oy kaybına uğradı

CDU hükümeti kurmak için çoğunluğu sağlayamadı

„Alternatif Listesi" üçüncü büyük parti

BATI BERLİN. — Koalisyon partilerinin büyük oy kaybına uğramalarına rağmen, CDU senato seçimlerinde hükümeti oluşturmak için hedeflediği salt çoğunluğa ulaşamadı. "Alternatif Listesi" (AL), bu seçimlerde oy oranını iki katına çıkararak, yüzde 7,2 oy aldı ve parlementoda dokuz sandelye kazandı. Bu durumda "AL" Batı Berlinde Parlamento'da yer alan üçüncü büyük parti oldu ve Federal Parlamento'ya da bir temsilci gönderebilmektedir.

Şimdi ne CDU, ne de SPD/FDP koalisyonu yeni bir hükümetin oluşturulması için yeterli çoğunluğa sahiptirler. Belediye Başkanı Vogel, daha seçim günü gecesi "Alternative Liste"nin oyları ile yeniden hükümet şefi olarak seçilmesini reddetti. Böylece alanı boşalttı ve yeni bir hükümetin kurulması girişimini CDU adayı Weizsöcker'e bıraktı. Weizsöcker şimdi seçimde büyük bir oy kaybına uğrayan ve CDU ile ortak hükümet oluşturmak isteyen FDP ile bir koalisyon oluşturma çabasındadır. Aşağıda Partimizin Batı Berlin kolunun seçimlerle ilgili görüşlerinden alıntılar vereceğiz:

CDU'ya oy vermeyelim! Gericiliğin ilerleyişini durduralım! KPD/Batı Berlin Kolu, sloganların doğrultusunda senato seçimlerinde propaganda yaptı. Geçen yılın Ekim ayında Bonn'da engellenen Strauss ve tayfası istediklerine Berlin'de ulaşmamaktadırlar.

Oyların yüzde 47,9'nu alan CDU Batı Berlin'de de hedefine ulaşamadı. Gerçi SPD/ FDP koalisyonunun hesabına göre oylarını yüzde 3,5 artırmayı başarabildi. Ama, bu CDU'nun tek başına hükümet olabilmesi için yeterli gelmemektedir.

Batı Berlinliler bu gericilerin gördüğü gibi o kadar da kör değildir. Gerçi bir kısmı, SPD/FDP koalisyonuna olan güveni ni geri çektiler. Böylece SPD sadece oyların 38,4'nü aldı. İki yıl önceki seçimlerden yüzde 4,3 az. Ve FDP, seçmenlerinin hemen hemen ücte birini kaybetti ve yüzde-beş-barajını aşarak oyların 5,6'sını alabildi.

Bu seçimlerden zaferle çıkan "Alternatif Listesi" oldu. A-L geçen seçime karşın oylarını iki katına çakarabildi ve yüzde 7,2 oy alarak, FDP'yi gölgede bıraktı. Bu, koalisyon tarafından yapılan senato politikasına karşı gelişen muhalefetin bir ifadesi, yaklaşık 100 000 seçmenin bugüne kadar parlamentoda yer alan partilerin boş laflarına ve dolandırmalarına cevabıdır.

"Alternatif Listesi"nin sanayiinde işyerlerinin güvence altına alınması ve barışı koruma programı özellikle Batı Berlin işçileri için kabul edilebilir durumda değildir. Bundan dolayı KPD/Batı Berlin Kolu, bu seçimlerde "Alternatif Listesi"ni desteklemedi. Ama şu bir gerçek: CDU, SPD ve FDP, AL'nin parlamentoda yeralmasıyla emekçilere karşı yönelttikleri politikasını eski şekliyle uygulamakta zorluk çekeceklerdir.

Partimizin Batı Berlin Kolu, Berlin emekçilerinin yararına yapılan her çalışmada "Alternatif Listesi" ile beraber çalışmaya devam edecektir.

(„CDU hat keine Regierungsmehrheit" RM/Nr. 20, S. 1)

1981 ücret turları

Sendika ağaları işçileri sattılar

Emekçilerin satınalma gücü düşürüldü

DÜSSELDORF. — IGM sendika ağaları, fiyat artışlarının çok gerisinde kalan toplu sözleşme anlaşmasına Sindelfilgen'de yeşil ışık yaktıktan sonra, gerçek ücretlerin düşürülmesine karşı oluşturulan sed bir bütün olarak şimdi yıkılmış durumda. Hatta basın, inşaat ve demir-çelik sanayiinde ve kamu işletmelerinde çalışan işçiler için alınan ücret zammının (Yüzde 4,9) oldukça altında kalmaktadır.

Basın İşçileri Sendikası IG-Druck yönetimi, basın işçileri için yüzde 5 ücret zammını getiren bir sözleşmeyi kabul etti. İnşaat işlerinde çalışan işçiler için büyük toplu sözleşme komisyonu, yüzde dört ücret zammını onayladı.

En büyük ihanete uğrayanlar da, demir-çelik işçileri oldu. Bu işçiler Şubat, Mart ve Nisan ayları için toplam 150 DM ve Mayıs ayından itibaren de yüzde 4,3 ücret zammı alacaklar.

DGB sendikalarının kamu işletmelerindeki (ÖTV) toplu sözleşme birliği bu işkollarında çalışan işçiler ve memurlar için 1 Mayıs'tan itibaren geçerli olmak üzere yüzde 4,3 ücret zammını onayladı; ayrıca Mart ve Nisan ayları için 120'şer DM verilecek.

Aşağıda verdiğimiz işkollarında gazetemiz baskıya verildiği sırada ücret turları henüz sonuçlanmamıştı. Kimya, tekstil giyim sanayii, ticarethaneler ve bankalar. Bu işkollarında çalışan emekçiler, en azından metal ve basın işçilerinden daha düşük ücret zammı almamak için mücadele etmelidirler.

Bu yılki toplu sözleşmelerle başlayan gerçek ücret düşüşünü gelecekte engelleyebilmek için, sendikalarda sınıf mücadeleci ve devrimci muhalefeti DGB sendika ağalarına karşı güçlendirmek zorundayız. Sindelfilgen ihanetinden edindiğimiz ders budur.

(„Damm gegen Reallohnabbau durchbrochnen" RM/ Nr. 20, S. 1)

İÇİNDEKİLER

Fransa'da genel seçimler yapıldı

Mitterand devlet başkanı

PARİS. — Geçen hafta sonunda Fransa'da yapılan devlet başkanlığı seçimlerini önemli bir farkla sosyal demokrat Mitterand kazandı. Mitterand, bundan yedi yıl önce yapılan seçimleri rakibi d' Estaing'e karşı az bir farkla kaybetmişti. Yeni devlet başkanı oyların yüzde 52'sini aldı.

Mitterand'a oy veren emekçilerin bu kararı, ülkenin politikasında temel değişikliklerin yapılması umudunu açıkça ifade etmektedir. Eski devlet başkanı Giscard'a, ekonomik krizin ağır yükünü çalışan insanlara yüklemek için açık bir biçimde sürdürdüğü kapitalist kriz politikasının faturası kesildi. İkinci defa iktidara geldiğinde yeni işyerlerinin açılması için — Fransa'da 1,7 milyon emekçi issizdir — çaba harcayacağı şeklindeki vaadlerine artık kimse inanmadı.

Mittarand'ın seçim zaferi, Pazar gününün ve Pazar gecesi Paris'te ve diğer şehirlerde sokaklara dökülerek gösteriler yapan yüzbinler tarafından kutlandı. Gerici burjuva basını ve yayın organları, Mitterand'ın devlet başkanlına gelmesiyle Fransa'nın üzerine "sosyalizm" bulutunun çöktüğünü feryad etmektedirler.

Ama gerçek olan, — vaadedilen bütün reformlara karşın yeni devlet başkanı Mitterand'ın da sermayenin bir sözcüsü olması ve emperyalist sermayenin hizmetinde bir politika yürütecegildir. Mitterand, Fransız atom silahlarına gücünün giderek genişletilmesinin ve Fransa'nın NATO ile daha sıkı ilişkiler kurmasının kararlı bir savunucusudur. Bu şekliyle, Fransa'daki devlet başkanlığındaki değişiklik uluslararası planda da önemli bir değişiklik getirmeyecektir.

(„Mitterand ist Präsident" RM/ Nr. 20, S. 1)

„Almanya Komünist Gençliği" nin II. Kongresi başarıyla kapandı

ESSEN. — Geçtiğimiz hafta KPD'nin gençlik örgütü 'Almanya Komünist Gençliği"nin 2. Kongresi yapıldı. Kongreye Arnavutluk'tan ve diğer ülkelerin kardeş gençlik örgütlerinden delegasyonlar katıldı. Geçen Pazar günü Essen'de Kongrenin kapanış toplantısı yapıldı ve toplantı enternasyonalist bir hava içinde geçti. Gerek Kongrenin kendisi, gerekse de kapanış toplantısı büyük bir başarıyla sona erdi.

"Almanya Komünist Gençliği" 2. Kongresinin kapanış toplantısında kongrede alınan kararlar açıklandı. Kongreye katılan bütün yabancı delagasyonların ve delegelerin de katıldığı toplantıda Alman halk ozanı Eck mücadeleci marşlar söyledi ve "Elbe 1" müzik grubu da söylediği parçalarla katılan kitleyi coşturdu.

KPD'nin gençlik örgütünün 2. Kongresinde önemli tartışmalar yapıldı ve bunun sonucu kongre önüne koyduğu görevleri yerine getirdi. Kongrede Komünist gençlik örgütünün eylem programı ve tüzüğü onaylandı, bu günkü gençlik hareketi içinde örgütün çalışmaları için direktifler onaylandı, örgütün yeni adı ile ilgili karar alındı — "Roter Garde" olan adı "Kommunistische Jugend Deutschlands" olarak değiştirildi. Son olarak da örgütün yeni yönetimi seçildi.

Kongreye ve Kapanış toplantısına Arnavutluk, Kanada, Danimarka, Fransa ve Türkiye'den katılan delegasyonlar, Kongrede alınan sonuçlar temelinde "Almanya Komünist Gençliği"nin mücadele perspektifini olumlu bulduklarını açıkladılar. (Gazetemizin önümüzdeki sayılarında kongre hakkında daha geniş bilgi vereceğiz)

(„2. Kongress der Kommunistischen Jugend Deutschlands erfolgreich abgeschlossen" RM/ Nr. 20, S. 1)



"Almanya Komünist Gençliği"nin (eski adıyla Roter Garde) aktif olarak katıldığı eylemlerden biri.

1 Mayıs arifesinde polis terörü:

DUİSBURG'TA KİTLE TUTUKLAMASINA GİDİLDİ

150 gencin tutuklanması gösteri ve toplantılarla protesto edildi

DUİSBURG. — DGB'nin Duisburg'taki merkezi 1 Mayıs mitingine bir gün kala — ki, bu mitinge Federal Başbakan Schmidt konuşmacı olarak davet edilmişti — Eyalet (NRW) polisi Duisburg'ta insan avına çıkarcasına kitle tutuklamasına gitti. Polisin estirdiği terörde gebe kadınların, sakatların ve 12-13 yaşlarında çocuklarında içinde bulunduğu 150 genç tutuklandı. Bu geniş çaplı kitlesel tutuklama Duisburg halkı tarafından nefretle karşılandı, hatta bazıları buna ilk anda inanmadılar. Tutuklama günü akşamı ve ondan sonraki günlerde düzenlenen protesto eyleminde Nürnberg örneği bu toplu tutuklama protesto edildi.

Gerek burjuva basını, gerekse de radyo ve TV bu olaya ya hiç yer vermedi veya olayı çarpıtarak kısa haber şeklinde verdiler. Nürnberg'teki kitle tutuklamasından sonra (yaklaşık iki ay önce Nürnberg'de 141 genç tutuklanmış ve Bavyera Eyaletindeki çeşitli cezaevlerine gönderilmişti), Duisburg'da yeni kitle tutuklamasına gidildi. Ama, bu tutuklama Strauss'un yönettiği Bavyera Eyaleti'nin bir ilinde değil, SPD'nin yönettiği Nordrhein Westfalen Eyaleti'nin Duisburg şehrinde, hem de Başbakan Schmidt'in konuştuğu 1 Mayıs mitinginin yapılmasında bir gün önce. SPD'nin 1 Mayıs 1981'de emekçilere getirdiği bu olmalı.

Kitle tutuklamasına nasıl gidildi?

Bir grup genç, Ocak ayından beri yıkılmak istenen Duisburg-Neumühl istasyon binasını işgal altında tutmaktadırlar. Bu binayla beraber Neumühl'de oturulabilir durumda olan bir çok bina yıkılmak istenmektedir. Bu durum mahalle halkının bir bölümünüde etkilediğinden ötürü ev işgalcileri halktan büyük bir destek ve sempati görmektedirler.



Hareket geçirilen polis birliklerinden bir kısım

30 Nisan Perşembe günü arabalarla şehir merkezine bir yürüyüş yapılmak istenmişti. Yürüyüş sırasında boş duran evler işaretlenecek ve son olarak da belediyenin önünde saat 17,00'de miting yapılacaktı. Ama bunların hiçbiri gerçekleşmedi:

Bu eylemi bastırmak için harekete geçirilen polis, istasyon binasını çember altına aldı, pankartların ve yürüyüş için diğer malzemelerin içinde bulunduğu arabaya el koydu, adıyla hitap ettiği araba şoförünü tutuklayarak, kimlik tespiti için polis arabasına sürükledi.

Polis, bu andan itibaren şehrin bütün mahallelerinde örneği görülmemiş insan avına çıktı; yürüyüşe katılabilir görünümünde olan herkesi tutukladı.

Yürüyüşe katılmak amacıyla şehir merkezine doğru ilerleyen genç gruplar, polis tarafından kovalanarak, sanayi bölgesine sürüklendiler ve orada pek az insana rastlanacak bu yerde, dövdüler ve elegeçirebildiklerini tutukladılar. Diğer taraftan şehir merkezine açılan ana cadde trafige kapandı, ana ve ara caddelerde kol gezen polis timleri, yüz hatlarından ve giyiminden yürüyüşçü olduğunu sandıkları herkesi tutuklayarak, karakola götürdüler. Keyfi olarak tutuklanan bu insanlar arasında 12-13 yaşındaki çocuklar, 8 aylık hamile bir kadın ve sakat bir arkadaş da bulunmaktadır. Ve polisin "tahminine" göre, bu insanların hepsi yürüyüşe katılacakmış.

Nürnberg'teki kitle tutuklamasına bahane olarak, yürüyüş esnasında şiddete başvurulduğu ve bir kaç camın kırıldığı gösterilmişti. Ama, Duisburg'daki toplu tutuklamaya böyle bir bahane göstermek de mümkün değil. Sokakta rastgele tutuklanan 150 genç, polis karakollarında 1 Mayıs sabahına kadar teker teker sorguya tabi tutuldu. Yandan ve önden resimleri çekildi ve parmak izleri alındı. Karakollardaki dar hücrelerin her birine 10-15 kişi dolduruldu, sığmayanlar o soğukta dışarıdaki polis arabalarında bekletildi. Polisin istasyon binasını araması sırasında estirdiği terörde şok geçiren hamile kadın hastanaye kaldırıldı ve şimdi erken doğum yapma ihtimali var.

Polisin bu terörü cevapsız kalmadı. Tutuklamanın yapıldığı günün akşamı saat 11,00 sıralarında Polis Merkezi önünde bir kaç avukatın ve tutuklananların ailelerinin de katıldığı bir gösteri yapıldı. 400 kişinin katıldığı bu eylemde güçlü protestolarla tutukluların derhal serbest bırakılması talep edildi.

Yükselen bu protestolar sonucu polis, tutuklu gençleri baskı altına almaya ve yıldırmaya cesaret edemedi. "Roter Garde"den yoldaşların da çabasıyla olay gecesi hazırlanan iki bildiri 1 Mayıs günü yürüyüşte ve mitingte geniş şekilde dağıtıldı. Çoğu yürüyüşçüler, bu gelişmelere ilk anda inanmak istemediler.

Polisin estirdiği bu teröre ve kitle tutuklaması 1 Mayıs eyleminde aynı gün yapılan ve 600 kişinin katıldığı toplantıda protesto edildi. 2 Mayıs günü de protestolar devam etti, düzenlenen mitinge 400'ün üzerinde anti-faşist katıldı. Partimizin gençlik örgütü "Rote Garde", bu eylemler içinde aktif bir biçimde yeraldı, binlerce bildiri dağıtarak, olayı teşhir etti. Ayrıca, önümüzdeki günlerde yeni eylemlerin yapılacağı bildirildi.

"Yasaklanmış bir yürüyüşe katılmak şüphesi"nden dolayı gerçekleşen bu tutuklama, bütünüyle illegal ve keyfi bir hareket-tir. Kaldı ki, yasaklanmış bir yürüyüş de sözkonusu değildir. Yapılmak istenen, izinsiz bir gösteriydi.

Bu gelişmeler karşısında sadece kızmak ve polis terörüne nefret duymak yeterli değildir. Biz emekçilerin görevi, kazanılmış demokratik haklarımızı bütün gücümüzle savunmaktır. Tutuklanan arkadaşlardan hiç biri mahkemeye verilmemeli!
Olayları inceleyecek bağımsız bir araştırma komisyonu oluşturulsun!
Olayın sorumluları hesap vermeli ve cezalandırmalıdırlar!

(„Massenverhaftung nach Gesichtskontrolle" RM / Nr. 19, S. 9)



2 Mayıs günü yapılan protesto yürüyüşü

Tüm yabancılara seçme ve seçilme hakkı tanınmalıdır

Seçme ve seçilme hakkı, Batı Almanya'da ve Batı Berlin'de çalışan tüm yabancı emekçilerin en doğal hakkıdır. Gazetemiz bu yöndeki her olumlu girişimi desteklemektedir. Batı Berlin'de oluşturulan "Tüm Yabancılara Seçme ve Seçilme Hakkı Komitesi"nin gazetemize gönderdiği yazıyı olduğu gibi yayınlıyoruz.

Avrupalı patronlar ikinci paylaşım savaşında yerle bir olan ekonomilerini yeniden inşa edebilmek için bir çok ülkeden ucuz iş gücü getirmeye yöneldiler. Zaten bir çok ülkede buna çoktan hazırdı. Çünkü, milyonları bulan işsizlerin sayısı hiç olmazsa biraz azalacak, bu yolla egemen sınıfların kredileri ve devletin borç faizleri ödenecek. Her dönem işçilerin bir çok sosyal ihtiyacları gözardı edildi. Çünkü patronlar hep konuyu, getirilen işçilerin bir kaç sene çalıştırılıp geri gönderileceği ve onların yerine yenilerini getireceklerini düşünüyorlardı.

Yıllardır "Refah Devleti" diye lanse edilen Federal Almanya'da gün geçtikçe ekonomik bunalımın derinleşmesiyle, sosyal sorunları karşılayamaz duruma gelmiştir. İşte konut, eğitim, iş vb. sorunların altından çıkamaz durumdadır. Yabancılara uygulanan politika gün geçtikçe radikalleşmeye ve yeni tedbirlerle yabancılar aldatılmaya çalışılıyor.

Ucuz iş gücü alan Avrupa ülkeleri başında sorunu rotasyon politikasıyla layaklaştırdılar. Rotasiyon politikası: Patronların arzuladıkları hükümetin uyguladığı politikadır.

Bu politikanın amaçları:

Getirilen işçiler bir kaç yıl çalıştırılacak ve geri gönderilecek yerine yenileri getirilecek. Gitmeyenler ise değişik yöntemlerle gitmeye zorlanacak.

1-Rotasyon politikasına göre, işçiler bir kaç yıl kalacakları için, onların konut sorunu olmayacak. Getirilen işçiler fabrika heim'lerine doldurulacak bir odada 3-4 kişi kalacak ve hepsindende ayrıca oda kirası alınacak. Böylece patronlar, işçileri ikinci bir sömürüye tabi tutacaklar. Ama patronların tesbitinin dışında işçiler evlere çıktığında ise insanca yaşanacak ev bulamadılar.

Berlin'de 1976'da yapılan resmi istatistiklere göre, yüzde 1'de kalorifer, yüzde 7'sinde banyo, yüzde 33'ünde içerde tuvalet bulunmaktaydı.

2-İşçiler geçici olarak getirildikleri için, ailelerini ve çocuklarını getirmeyecekler ve aynı zamandada çocukların eğitim sorunu olmayacak.

1977 yılında 22 228 yabancı öğrenci okumaktaydı ve bu sayı daha sonraki senelerde alabildiğine yükselmiş ve yabancılar için eğitim büyük bir sorun olmuş.

3-İşçiler geçici geldikleri için aile ve çocukların sağlık sorunu olmayacaktı.

4-Çalışma ve oturma izinleri Alman iş pazarına göre düzenlenecek, gerekli görüldüğü zaman oturma izinleri uzatılmayacak.

5-Yabancılar yasasıyla, yabancı işçilerin çalıştıkları ve yaşadıkları ülkedeki aynı zamanda kendi ülkelerindeki olup bitenler karşısında sessiz kalmaları, her şeye boyun eğmeleri sağlanacak.

İşte Alman patronların Rotasyon politikasıyla hedefledikleri gerçekler.

Bu politika 70'li yıllarda uygulanmaya kondu ve şampiyonluğunu Bavyera Eyaleti yaptı.

CDU ve CSU yabancı düşmanlığını açık bir şekilde yapmakta ve kendilerinin yönetiminde oldukları yörelerde keyfi oturma izinleri uzatılmakta yabancı işçi çocuklarının eğitim sorunu sürekli gözardı edilmekte. SPD ise özünde CDU, CSU'dan ayrı düşünmemesine rağmen, o değişik yöntemlerle onlardan ayrı düşündüğü izlenimi yaratmaya çalışıyor.

Son senelerde işi Rotasiyon politikasının hayata geçirilememesinden sonra ise Alman patronların entegrasyon politikasını, gündeme getirdiler. Entegrasyon politikasına göre amaçlanan:

a) Yabancıları Almanlaştırmak.

b) Yabancıların tüm sorunlarını dün Rotasiyon politikasıyla olduğu gibi bugünde entegrasyon politikasıyla gözlerden uzak tutmak.

c) Yabancıları kendi dil, kültür örf ve adetlerinden uzaklaştırmak.

d) Yabancıların burada geçici olduklarının ve bu gözle bakıldıklarının teoride gizlenmesi ama pratikte ise bu anlayışın uygulanması.

İşte tüm bu yabancılara uygulanan ayrıcalıklar ve düşmanca politikanın teşhir edilmesi, diğer taraftan yabancıların sorunlarını en iyi yabancıların kendi temsilcileri dile getirebilir, bu anlamda seçme ve seçilme tüm yabancıların en demokratik hakkıdır.

Biz bu gerçekle yola çıkarak bu hakkı elde edebilmek ve Berlin'de seçimlerin 10 Mayıs'ta yapılacağından daha da güncelleşen bu konu için somut adımlar atmak için ilk etapta bir komitenin oluşması gerekiyordu. Komitenin oluşması için yaptığımız çağrı boş çıkmadı çünkü çok sayıda tanınmış bilim adamı, yazar, avukat, sanatçı, öğretmen komitede yer alacaklarını bildirdi ve daha sonra bunlar arasında oluşan bir komite faaliyete geçti. Hali hazırda bu kampanyayı destekleyen bir çok büyük kitle kuruluşu komitenin çıkardığı destekleme bildirilerini imzalayıp göndermiş durumdalar. Bunlardan, Öğretmenler Sendikası GEW-Berlin, SJD die Falken-Berlin, İnternationele Liga für Menschenrechte-Berlin, Volksfront (Halk Cephesi) Türkiyeli kuruluşlar ise şöyle; Türkiyeli Yurtseverler Birliği, Halk Evi, Spandau Halk Kültür Merkezi, Berlin Kültür Dayanışma derneği, Yurtsever gençlik Kültür ve Spor Merkezi ve çok sayıda Profesör, yazar, avukat, öğretmen, sanatçı din adamları desteklemekte.

Yaklaşık üç haftadan beri sürdürülen imza kampanyasıyla 6 000 imza toplandı. Seçimlere kadar 15 000 toplanması beklenmekte. Seçimlerden önce ise bir basın toplantısıyla durum basına anlatılacak.

İçişleri Bakanları olağanüstü toplantısı yapıldı

Polis için tekrar yeni silahlar

BONN. — Eyalet İçişleri Bakanlarının 6 Mayıs günü Brühl'deki olağanüstü toplantısında gündeme gelen önemli konulardan birisi de, iç savaş önlemleri ile ilgili olarak polisin hazırlanması idi. Bu konunun ağırlık noktasını polisin lastik veya plastik kurşunlarla ve gazlı silahlarla giderek donatılması teşkil ediyordu.

Bakanların toplantısında kendilerinin tanımıyla "cop ile tabanca" arasındaki boşluğu dolduracak bir cins silah üzerine anlaşmaya varılamadı. İçişleri Bakanlarının bir kısmı, şimdiki durumda Bavyera ve Niedersachsen Eyaletleri İçişleri Bakanlarının (Tandler ve Mocklinhoff) önerdiği lastik kurşunların polisce kullanılmasını onaylamak istemediler — ki, bu kurşunlar kimi zaman ölüme dahi yolaçabilecek kadar tehlikelidirler. "İlerideki bir zamanda" bunun üzerine bir defa daha konuşulacak şeklinde karara bağlandı. Bu zamana kadar Bavyera'da ve CDU'nun yönettiği Eyaletlerde arzu edilen bu yeni silahın polise verileceği büyük bir ihtimalle mümkündür.

Lastik kurşuna "alternatif" olarak şimdi plastik kurşun üzerinde durulmaktadır. 4 cm çapında ve 5 cm uzunluğunda silindir şeklinde olan bu kurşun, sözde sıkıldığı zaman ciddi bir yaralamaya yolaçmamakta, sadece insanı yere yıkıp, etkisiz hale getirmektedir. Lastik kurşun ilk olarak gündeme geldiğinde de böyle yalan iddialar ileri sürülmüştü. Aslında lastik kurşun ile plastik kurşun arasındaki fark, pek o kadar büyük değil. Bu kurşunun bir Alman polis uzmanı tarafından yapıldığı söylenmekte, oysa ki, bu durumda bir çok ülkede, son günlerde özellikle Kuzey İrlanda da yürüyüşçülere karşı kullanılmaktadır.

Burada da sözkonusu olan, yine iç savaş silahlarıdır. Yakın mesafeden sıkılan plastik kurşunların göze ve diğer hashas organlara rastgelmesi halinde, ağır yaralayıcı veya öldürücü olmadığını kimse iddia edemez.

Ve sadece bununla yetinilmemektedir. Özellikle kimyasal maddelerin kullanıldığı gazlı silahlar daha da genişletilmek istenmektedir. Gelişen kitle mücadelelerine karşı polisin elindeki sersemletici ve bayıltıcı gaz bombaları artık yeterli gelmemektedir. Bunun üzerine de bakanlar kesin anlaşmaya varamadılar.

Polisin saldırısından korunmak için yürüyüşçülerin taşıdığı başlıklar ve örtülerin yasaklanmasında bütün bakanlar görüş birliğine vardılar. Yürüyüş hakkının giderek kısıtlanması için çalışmalar sürdürülecek. Son olarak Schleswig-Holstein İçişleri Bakanı, CDU ve CSU tarafından yönetilen diğer eyaletlerin de desteğini alarak, yürüyüş ve toplantı hürriyetinin kısıtlanması için daha meclis yaz tatiline girmeden parlamentoya bir yasa tasarısı verecek.

Gerçekten polisin iç savaşa hazırlanmasına hizmet eden İçişleri Bakanlarının bu düşünceleri, ülkemizdeki bütün demokrat güçlerin ve anti-faşistlerin direnişiyle karşılaşmak zorundadırlar. Zaman geçirmeden buna karşı protestolarımızı yükseltelim! Yürüyüş hürriyeti temel hakkını aktif bir biçimde savunalım! Polis devletine karşı mücadele edelim!

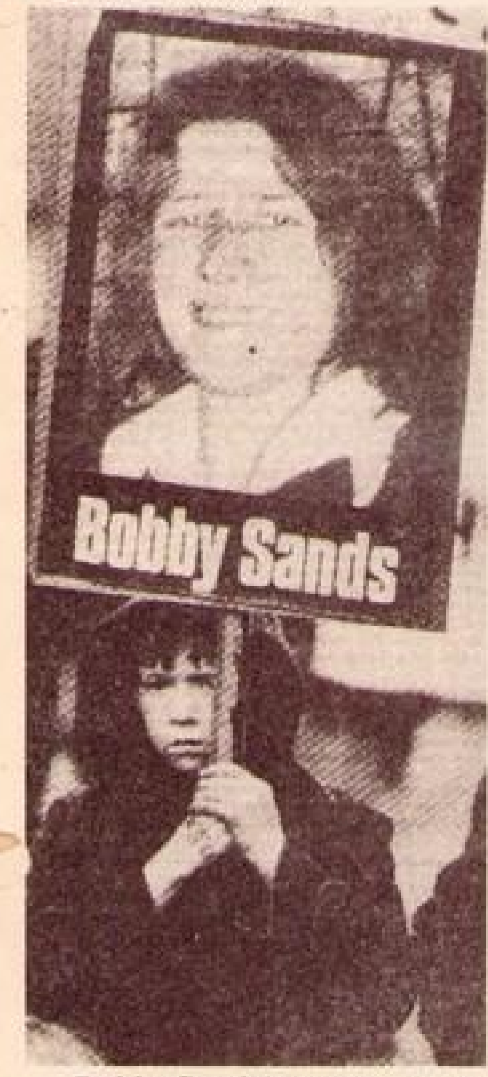
Bobby Sands açlık grevinde öldü!

Yaşasın Kuzey İrlanda halkının bağımsızlık mücadelesi!

Bobby, 1916 yılından beri İrlanda'nın bağımsızlığı için açlık grevinde ölenlerden 13'sü

BELFAST. — Bobby Sands öldü! O, açlık grevinin 66. Gününde, 5 Mayıs şafağında öldü. Bobby Sands, ülkesinin bağımsızlığı için mücadele etti ve bu yolda canını verdi. Son iki ayda O'nun adı, dünyanın her yerinde bir sembol haline geldi: Yüzyıllardan beri bağımsızlığı için mücadele veren, İngiliz işgalcilerinin süngüsü altında, demir parmaklıklar arkasında yaşamak istemeyen bir halkın, onun kırılmayan özgürlük arzularının bir sembolü haline geldi.

Bobby Sands'ın ölümü günlerden beri beklenebilir olaydı. İngiliz Hükümeti, Bobby'nin ölümünden sonra gelişecek olayları bastırmak için Kuzey İrlanda'ya 30 binin üzerinde asker ve polis göndermişti. Pratik olarak Kuzey İrlanda'da sıkıyönetim ilan edilmişti. İRA'nın (İrlanda Cumhuriyet Ordusu) kalesi durumunda olan mahallelerin dış dünya ile ilişkileri kesilmişti. Bu mahalleler ağır silahlarla donanmış İngiliz askerleri tarafından çember altına alınmış, caddelere zırhlı araçlar ve dikenli teller yerleştirilmiş, trafiğe kapatılmıştır.



Bobby Sands'ın ölüm haberi genişleyen bir yangın gibi, her tarafa yayıldı. Yüzlerce, binlerce insan, evlerini terkederek sokaklara döküldüler. Halk, özellikle de gençlik, İngiliz işgalcilerine karşı barikatlar oluşturdu. İşgal güçlerine benzin bombalarıyla ve diğer silahlarla karşı koydu, pek çok aracı ateşe verdi. Büyük bir seferberlige karşın İngiliz askerleri ve polisi, yürüyüşleri ve diğer eylemleri engelleyemediler. Çünkü, Belfast'ta olduğu gibi, ülkenin diğer şehirlerinde ve yörelerinde de işgal güçlerine karşı büyük bir direnme vardı.

Bobby Sands'ın ölümü akrabalarının evinde katafalka konulduktan sonra, binlerce Kuzey İrlandalı yurtsever onunla son olarak vedalaştılar.

Onun cenaze töreni, emperyalizme karşı bağımsızlık mücadelesi veren Kuzey İrlanda halkının kararlılığını dile getiren güçlü bir bir yürüyüşe dönüştürüldü.

Bobby Sands'ın ölümünde suçlu kim?

İngiliz emperyalizminin sözcüleri (hükümet ve muhalefet), bunun bir intihar olduğunu iddia etmektedirler. Bu adi bir iddia ve gerçeklerin açıkça çarptırılmasıdır. Bobby, İRA üyesi tutuklulara politik statüsünün tanınması için diğer üç arkadaşıyla beraber açlık grevine gitmişti. İngiliz Hükümeti daha 1972 yılında bu statüyü tanımak zorunda kalmış, ama, 1976 yılında tekrar bunu kaldırmıştı. Ayrıca Maze cezaevlerinde ki İRA'lı tutuklular, sivil elbiselerini giyme hakkını, cezaevi içinde çalışma zorunluluğunun kaldırılmasını, biribiriyle görüşme ve eğitim yapma hakkını ve tutukluluğun normal geçmesi halinde diğer tutuklular gibi, cezanın yarısında serbest bırakılmalarını talep etmektedirler.

Bu taleplerin hepsi, bütünüyle haklı taleplerdir ve normal bir insan, İRA üyesi tutukluların politik tutuklu olduklarından şüphe edemez. İngiliz Hükümet şefi Margaret Thatcher, İRA üyelerini "cani" ve "kriminal" olarak göstermeye çalışsa bile. Bobby ve diğer İRA üyesi tutuklular normal mahkemede değil, özel siyasi bir mahkemede yargılandılar. Jürisiz olan bu mahkeme, sanıkların savunmasına dahi doğru dürüst olanak tanımadan, çok kısa bir duruşmada karar vermektedir. Hayır! Bobby Sands intihar etmedi. Onun ölümünden sorumlu olanlar İngiliz emperyalizmi ve onun sözcüsü Londra Hükümeti'dir.

Kuzey İrlanda'daki olaylarla ilgili olarak, yeniden eskimiş iddialar gündeme gelmekte ve bunların, dini çatışmalar olduğu söylenmektedir. Papaz Ian Paisley'in etrafında gruplaşan İngiliz emperyalistleri ve Kuzey İrlandalı faşistlerin, Protestanlar ile Katolikler arasında dini fanatizmi kışkırttıkları doğrudur. Ama, gerçek olan; Kuzey İrlanda'daki bağımsızlık mücadelesinin sosyal ve derin tarihi sebeplerinin olmasıdır.



IRA Savaşçısı Bobby Sands ve arkadaşlarının sürdürdüğü açlık grevi Kuzey İrlanda'nın her yerinde güçlü eylemlerle desteklendi.

Uzun bir dönem bütün İrlanda İngiltere'nin bir sömürgesi idi. İrlanda halkı, İngiliz toprak ağalarının ve emperyalizminin sömürgeci boyunduruğu altında ezilmekte ve acı çekmekteydi. Akılalmaz sömürüden dolayı ülkede sık sık açlık meydana geldi ve her defasında binlerce insan buna kurban gitti. Ülke nüfusu sürekli olarak azaltılmaya çalışıldı ve milyonlarca İrlandalı ülkesini terketmeye zorlandı. Direnme mücadelesinde tutuklananlar ya İngiliz zindanlarına gönderildi veya Avusturalya'ya sürüldüler. İrlandalılar'ın çoğu, bugün İrlanda'dan fazla İrlandalı'nın yaşadığı ABD'ye göç ettiler.

Ama ne açlık ne yoksulluk, ne de vahşi baskı İrlanda halkının bağımsızlık mücadelesine son verebildi. Sık sık meydana gelen ayaklanmalar, İngiliz sömürgecilerinin hakimiyetini sarsıyordu. Bu ayaklanmaların en önemlisi, 1916 yılında İrlanda Komünist Partisi'nin önderlik ettiği "Ostern Ayaklanması"dır. (Bu ayaklanma sırasında da bir İrlandalı açlık grevinde ölmüştü). İRA, bu ayaklanma sırasında doğmuştu. Bu ayaklanma ingiliz kuvvetleri tarafından kanla bastırıldı.

İngiliz emperyalistleri, ilk olarak İkinci Dünya Savaşı'ndan sonra İrlanda'nın büyük bir bölümüne siyasi bağımsızlık vermek zorunda kaldılar. Ve bunun sonucu İrlanda Cumhuriyeti kuruldu. Ama, Kuzey İrlanda İngiliz sömürgesi olarak kaldı. Burada İngiliz işgalcileri hüküm sürmeye devam etti. Federal Almanya'daki İngiliz Ordusunda yer alan askerler, düzenli aralıklarla Kuzey İrlanda'ya gönderilmektedirler. Bu gün de Kuzey İrlanda'daki işsizlik o kadar yüksek ki, İngiltere'nin hiç bir yerinde böyle bir işsizliğe rastlanmamaktadır. Kuzey İrlanda emekçilerinin büyük çoğunluğunun ekonomik durumu oldukça kuşku vericidir. Bunu kanıtlamak için bir çok istatistik vermeye de gerek yok. Belfast veya ülkenin diğer şehirlerindeki işçi mahallelerinden alınmış bir kaç resme bakacak olursak, bu gerçeği bütün çıplaklıkğıyla görmüş oluruz. Kuzey İrlanda emekçilerinin İngiliz emperyalistleri tarafından bu derece acımasızca sömürülmesi ve boyunduruk altında tutulması, halkın kurtuluş mücadelesine maddi bir temel oluşturmaktadır. Ve bu mücadele İngiliz emperyalizmi sökülüp atılmadığı sürece, Kuzey İrlanda bağımsızlığına kavuşamadığı sürece devam edecektir.

Revizyonist DKP ve İrlanda Komünist Partisi, Kuzey İrlanda'da İngiliz emperyalistlerine karşı verilen silahlı mücadeleyi pirensip olarak zararlı görmektedirler. İRA'nın silahlı eylemlerinin her zaman doğru ve amaca uygun olduğu söylenemez ve bu bir gerçektir. Ama, bundan hareket ederek, İngiliz emperyalizmine karşı verilen silahlı mücadelenin kesinlikle hatalı ve yanlış olduğunu savunmak bu bir ihanettir; Leninizm'in inkârıdır. Gerçekler, emperyalizme karşı silahlı mücadelenin halkların kurtuluş savaşında en önemli silah olduğunu bütün dünyaya kanıtlamıştır.

Kuzey İrlanda halkıyla dayanışmayı güçlendirelim!

İngiliz işgalcileri, Kuzey İrlanda'dan defolun!

(„Es lebe der Befreiungskampf in Nordirland" RM / Nr. 20, S. 10)

Yalnız Belfasta değil, resimde görüldüğü gibi ülkenin her tarafında binlerce Kuzey İrlandalı yurtsever İngiliz işgalcilerini protesto etti.

Yüksek okul öğrencilerinin komünist birliği kuruldu!

Mayıs ayının ilk hafta sonunda Ruhr bölgesinde "Komünist Yüksek Okul Öğrencileri" ("Kommunistischen Studenten"-KS); KPD'nin yüksek okul öğrencileri birliğinin kuruluş kongresi yapıldı.

Böylece yüksek okullarda okuyan komünist öğrenciler, kendi komünist örgütünde birleşmiş oldular.

Yüksek okul öğrencilerinin yeniden güçlenen eylemlerinden dolayı, "Komünist Yüksek Okul Öğrencileri" birliğinin önünde büyük görevler durmaktadır. Giderek kötüleşen sosyal durumlarına, yüksek okullardaki gerici politikaya ve ideolojilere, silahlanma yarışına eğitim alanındaki giderlerin kısıtlanması için devlet tarafından sürdürülen faaliyetlere karşı yüksek okul öğrencilerinin mücadeleleri, "KS" için geniş bir çalışma ve mücadele alanı saglamaktadır.

Yüksek okullardaki somut durum ve bununla ilgili "KS"nin görevleri üzerine tartışma da, birliğin kuruluş kongresinin ana konusunu teşkil etmekteydi. Geçmişte yüksek okul politikasında yapılan hatalar da, kuruluş kongresi üyelerinin pratikleri temel alınarak detaylı bir şekilde tartışıldılar. Çünkü, kuruluş kongresi üyelerinin yaklaşık yarısı yüksek okullardaki öğrenci temsilciliklerinin çeşitli fonksiyonlarında çalışmaktadırlar. Gerçi bu kararlı ve yeni bir başlangıçtır. Ama, sıfırdan başlayan bir başlangıç da değil.

Yüksek okullarda okuyan yoldaşlar, yüksek okul öğrencilerinin öz örgütü ve seçilmiş yönetimiyle, kuruluş kongresinde alınan kararlarla gelecek mücadeleler için iyi bir başlangıca sahiptirler. (Kongre ve "KS"nin çalışmaları üzerine "Roter Morgen"ın gelecek sayılarında daha geniş bilgi yazacağız)

Türkiye

"YHK'nın petrol işçilerine verdiği ücreti işveren az buldu"

İşverenler ücretimin düşeceğinden korkmaktadırlar

7 Mayıs tarihli "Milliyet" gazetesinin iç sayfasında ilginç ve işitilmemiş bir haber yeralıyordu. TPAO, "Yüksek Hakem Kurulu"nun petrol işçileri için karara bağladığı "toplusözleşmeyi" düşük ücret yüzünden geri çeviriyor. "Az yiyeceğiz, çok çalışacağız" diyen faşist cunta, işçileri daha uzun süre süngü altında çalıştıramayacaktır.

Cuntanın yedeğindeki "Milliyet" gazetesinde yer alan haber aynen şöyle: *"... İşveren kuruluşu olan Türkiye Petrolleri Anonim Ortaklığı, geçen hafta yürürlüğe konulan petrol işkolunda çalışan işçiler ile ilgili toplusözleşmesinde açıklanan ücret artışının düşük olduğunu yürürlüğe konulan sözleşmenin bu haliyle, personel arasında çalışma zevkini düşüreceğini, bunun sonucu olarak da rafineri ve petrol arama çalışmalarında üretim düşüklüğünün ortaya çıkabileceğini ifade ederek, bu durumu ve kaygılarını Milli Güvenlik Konseyi yetkililerine iletmiştir."*

Türkiye'de bazı işverenlerin işçinin dostu olduğunu ve daha fazla kâr etmek istemediklerini ileri sürmek, elbette aptallık olacaktır. Kapitalistler, işçiler arasındaki huzursuzluğu ve duydukları nefreti açıkça görebilmektedirler. Aynı zamanda işçilerin, açlığa ve sefalete daha uzun süre dayanamayacağını, süngü zoruyla daha fazla çalışamayacağını anlamaktadırlar ve korkmaktadırlar. Faşist cuntanın denetimindeki Yüksek Hakem Kurulu, işçilerin temsilcilerinin katılmadığı toplantılarda, işçilerin ücretlerini belirlemekte ve buna da "toplusözleşme anlaşması" adını vermektedirler.

Bütün ekonomik ve demokratik hakları gaspedilen ve fabrikada süngü zoruyla çalıştırılan Türkiye işçi sınıfı, bu kölelik zincirini mutlaka bir gün kıracaktır. Patronların ve cuntanın korktuğu şey, bir gün başlarına gelecektir. İşçiler, üretimi durduracaklar veya yavaşlatarak, geniş grev eylemlerine giderek ekonomik ve demokratik haklarını söke söke alacaklardır.